

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Neue politische Ausdrucksformen am Beispiel des
„Wohnprojektes Wien“

Verfasser

Simon Büchler

Angestrebter Akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer : Univ. Prof. Dr. Ulrich Brand

Inhalt

1. EINLEITUNG	5
1.1. FRAGESTELLUNG	6
1.2. HYPOTHESEN	6
1.3. VORGEHENSWEISE	7
2. THEORIE	8
2.1. ERKENNTNISINTERESSE DER POLITISCHE ÖKOLOGIE	8
2.2. SOZIALE DIMENSION	10
2.3. POLITISCHE DIMENSION	10
2.4. URBANE POLITISCHE ÖKOLOGIE	14
2.4.1. STÄDTE ALS TRANSFORMIERTE „NATUR“	15
2.4.2. DIE „NACHHALTIGE“ STADT	16
2.4.3. BRUNO LATOURS KONZEPT DER HYBRIDE	17
2.4.4. GESELLSCHAFTLICHER STOFFWECHSEL	18
2.4.5. DIE KAPITALISTISCHE STADT	18
2.4.6. KERNPUNKTE DER UPÖ	19
2.5. BLICKWINKEL AUF DEN UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND	19
3. METHODOLOGIE	21
3.1. INTERVIEWFÜHRUNG	21
3.2. AUSWERTUNG	23
3.3. MEDIENANALYSE	24
4. WOHNPROJEKT WIEN	25
4.1. PROJEKTGESCHICHTE	25
4.2. PROJEKTAUFBAU UND GRUNDLAGEN	27
5. ENTWICKLUNGSGEBIET NORDBAHNHOF	31
5.1. GRUNDSÄTZE DER ENTWICKLUNG DES NORDBAHNHOFS (LEITBILD 1994)	33
5.2. BAUTRÄGERWETTBEWERBE	35
5.2.1. BAUTRÄGERWETTBEWERB „INTERKULTURELLES WOHNEN“	36
5.3. DAS 4-SÄULEN MODELL	37
5.4. STÄDTEBAULICHER IDEENWETTBEWERB	38

6. EMPIRISCHER TEIL	41
6.1. AUSWERTUNG BEWOHNERINNENINTERVIEWS	41
6.1.1. POLITISCHE HANDLUNG?	41
6.1.2. ZIELE.	43
6.1.3. IDENTITÄT	49
6.1.4. STANDORTEINSCHÄTZUNG WIEN.	50
6.1.5. UMSETZUNG	50
6.1.6. PERSPEKTIVE	51
6.1.7. SOZIALE STRUKTUR - ZUGANG ZUM PROJEKT	52
6.1.8. CONCLUSIO	54
6.2. AUSWERTUNG EXPERTINNEN-INTERVIEWS	56
6.2.1. AUSWAHL DER INTERVIEWPARTNERINNEN	56
6.2.2. ZIELVORSTELLUNGEN AM NORDBAHNHOF	57
6.2.3. INSTITUTIONEN	59
6.2.4. WOHNPOLITIK	60
6.2.5. PARTIZIPATION UND MITBESTIMMUNG	61
6.2.6. ROLLE DER BEWOHNERINNEN IN KONFLIKTEN	62
6.2.7. POLITÖKOLOGISCHE PRAXIS UND AUFWERTUNGSPROZESSE	64
6.2.8. EINSCHÄTZUNGEN DES WOHNPROJEKTES WIEN	65
6.3. MEDIENANALYSE	66
6.3.1. AUSWERTUNG	69
7. BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGEN	70
7.1. POLITISCHE HANDLUNG	70
7.2. ZIELE UND MITTEL	71
7.3. TEILNAHMEKRITERIEN- INNERE SOZIALE STRUKTUR	78
7.4. POLITISCHE WIRKUNG	81
7.4.1. RAHMENBEDINGUNGEN	81
7.4.2. REAKTIONEN EXPERTINNEN	88
7.4.3. REAKTION MEDIEN	89
7.4.4. ZUKUNFTSAUSSICHT	90
7.5. NACHHALTIGKEIT	91
8. SCHLUSS	93
9. LITERATURVERZEICHNIS	96
9.1. SEKUNDARLITERATUR	96
9.1.1. ZEITSCHRIFTEN	97
9.2. INTERNETQUELLEN	98
9.3. PRIMÄRQUELLEN	99

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1	73
ABBILDUNG 2	74
ABBILDUNG 3	83
ABBILDUNG 4	85

1. Einleitung

Während medial in Österreich über Politikverdrossenheit sinniert wird und immer weniger Menschen an Wahlen teilnehmen, hält die Behauptung einer entpolitisierten Bevölkerung einer näheren Beobachtung nicht stand. Ein gerüttelt Maß Frust über die klassischen Formen repräsentativer Demokratie kann kaum von der Hand gewiesen werden angesichts der Wahlbeteiligung und des öffentlichen Images von PolitikerInnen. Unterdessen entstehen nicht nur Desinteresse und Gleichgültigkeit, sondern auch ganz neue Formen sich politisch auszudrücken.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit einer möglichen Form gesellschaftspolitische Ansprüche zu formulieren und auch auf experimentellem Wege auszuprobieren. Unter dem Eindruck der seit 2008 schwelenden globalen Finanzkrise und dem wachsenden Eindruck, dass die klassische nationale Politik die Kontrolle zunehmend verliert, gewinnen neue politische Ebenen an Relevanz.

Die zentrale Motivation hinter dieser Arbeit bestand darin, genauer zu untersuchen wie Menschen ihre persönlichen und alltäglichen Lebenspraxen gemeinschaftlich nach gesellschaftspolitischen Vorstellungen ausrichten und welche Chancen in dieser Form der Bearbeitung politökologischer Realitäten liegen.

Hierzu wurde mit dem Wohnprojekt Wienein partizipatives Wohnprojekt ausgewählt dessen Ziele und Strategien, aber auch soziale Struktur verdeutlicht werden sollen. Das WP-Wien eignet sich dazu, zu zeigen zu welchen umfassenden Änderungen persönlicher Lebenspraxen ein Zusammenarbeiten in kleineren Gruppen bereits befähigt. Es steht aber auch exemplarisch für einen neuen Typus von politökologischer Praxis, die vermehrt bei den eigenen Lebensmustern ansetzt.

Die Innenansicht der ProjektteilnehmerInnen soll dabei mittels der Perspektive einiger ausgewählter ExpertInnen und einer Medienanalyse ergänzt werden. Dies ermöglicht auch zu bewerten inwieweit die politökologische Praxis eines Projektes, wie des WP-Wien, wirkmächtig werden kann.

1.1. Fragestellung

Ich möchte anhand des „Wohnprojektes Wien“ untersuchen, ob und inwiefern dieses Projekt von seinen TeilnehmerInnen als politische Handlung verstanden wird, und welche gesellschaftspolitischen Ansprüche sie stellen. Dazu gehört sich anzuschauen welche konkreten Probleme adressiert werden und wie die Lösungsvorstellungen aussehen. Auch die soziale Struktur innerhalb des Projekts interessiert mich. Sie kann darüber Aufschluss geben, welchen politischen Hintergrund, aber auch welche Mittel zur Verfügung stehen auf Seiten der ProjektteilnehmerInnen.

An dem Projekt soll modellhaft gezeigt werden wie sich solche neuen politischen Ausdrucksformen auswirken, indem einige äußere Reaktionen aus verschiedenen Bereichen fokussiert werden.

1.2. Hypothesen

1. Das Wohnprojekt Wien wird von seinen zukünftigen BewohnerInnen auch als gesellschaftspolitisches Instrument verstanden.
2. Das Wohnprojekt Wien kann als Beispiel politökologischer Praxis gesehen werden.
3. Das Wohnprojekt Wien wird in Fachkreisen zwar wahrgenommen und stellenweise auch begrüßt, aber dennoch derzeit nicht als Modell für die breitere Umsetzung angesehen.

1.3. Vorgehensweise

Weil sich viele der Aspekte der Fragestellung nur durch den Verfasser erheben ließen ist der Fokus dieser Arbeit vor allem auf der Auswertung der qualitativen Interviews.

Vorhandene andere Quellen wurden mit einbezogen.

Nach der Themenwahl erfolgte im ersten Schritt eine Einarbeitung in die theoretischen Aspekte der Arbeit als Grundlage. Anknüpfend eine Einarbeitung in die spezielle Materie, sowohl des gewählten Wohnprojektes Wien, als auch der Stadtentwicklungsplanung Wiens, im speziellen des Nordbahnhofes, über öffentlich zugängliche Dokumente. Anschließend folgt der empirische Teil, welcher aus qualitativen Leitfadeninterviews mit den ProjektteilnehmerInnen, ExpertInneninterviews und einer Medienanalyse besteht. Nach der Aufarbeitung dieser erfolgt schließlich die Beantwortung der Forschungsfragen.

2. Theorie

Als theoretische Grundlage für diese Arbeit wird die „Politische Ökologie“ dienen. Da es dazu aber verschiedene Ansätze gibt möchte ich genauer herausarbeiten, welchen ich zu verwenden gedenke, beziehungsweise welche Aspekte der verschiedenen betrachteten, warum dies passend ist und wo mögliche Schwächen und Blindstellen liegen.

2.1. Erkenntnisinteresse der Politische Ökologie

Ein Autor, der im deutschsprachigen Raum sehr vieles zum Thema Politische Ökologie publiziert hat, ist Peter Cornelius Mayer-Tasch. Seine Beschreibung der Politischen Ökologie kann als eine Herausforderung an die bestehenden Wissenschaftsabläufe gelesen werden, weil er nicht weniger fordert, als die Politische Ökologie als neue Leitwissenschaft einzuführen, so „(...)wie der aufklärerische Szientismus zur Leitwissenschaft der Moderne und die Theologie zur Leitwissenschaft des Mittelalters wurde.“¹ Ob es nun die Leitwissenschaft der Postmoderne oder Spätmoderne ist, lässt er weitgehend offen. Eine zentrale Eigenschaft der Politischen Ökologie ist ihr normativer Gehalt. Es ist ein Theorieansatz, der je nach ethischer Grundlage zu mindestens das Überleben des Menschen ermöglichen will, wenn nicht sogar eine lebenswerte Zukunft, ohne dabei genau festzulegen, was dies bedeutet, weil es einer ethischen Diskussion bedarf, Selbiges festzustellen. Obwohl auch empirisch analytische und historisch dialektische Methodik ihren Platz haben, ist dennoch der normativ ontologische Theorieansatz der „zentrale Angelpunkt der Politischen Ökologie“² Als Grundlage dienen dabei nach wie vor naturwissenschaftliche Befunde, diese werden aber dann auf ihre sozioökonomischen Ursachen und auch auf ihre Auswirkungen in den gesellschaftlichen Raum hinein untersucht, und eben auch für die Entwicklung von Instrumenten und Konzepten zur Überwindung oder Abmilderung von etwaigen Krisen. Der grundlegende Unterschied ist also nicht nur der normative Charakter sondern auch der Anspruch eine

1 P.C. Mayer-Tasch: Was ist und wozu betreibt man Politische Ökologie; In: Politische Ökologie - Eine Einführung (Opladen 1999): S 11.

2 P.C. Mayer-Tasch: Was ist und wozu betreibt man Politische Ökologie; In: Politische Ökologie - Eine Einführung (Opladen 1999): S 15.

„methodenpluralistische Integrationswissenschaft“³ zu sein. Oft wird auch der Gegensatz aufgemacht zwischen Wissenschaftspraxis die Spezialwissen erzeugt und solcher, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt.

Die Aufgaben dieser Disziplin sind daher mannigfaltig. Einerseits sollen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsstil und ökologischen Problemen, sowie deren historische Vorgeschichte analysiert werden. Andererseits sollen Macht- und Interessensstrukturen, die erfolgreiche Umweltpolitik verhindern ans Licht gebracht werden. Auch rechtsökologische Strukturanalysen sind dabei sehr wichtig. Gleichzeitig sollen aber immer Zukunftsprojektionen gemacht werden und auch „therapeutische Dimensionen“, sprich Lösungen, entwickelt werden.⁴

Was in diesem Ansatz zu kurz kommt, ist die Auflösung des Widerspruches zwischen dem deskriptiven und normativen Gehalt, und das macht diese Theorie auch sehr angreifbar. Ist es denn möglich, so genau abzustecken was der normative und was der deskriptive Bereich ist? Möglicherweise wäre es zielführender einmal die Debatte auf zu machen, ob nicht alle Theorien einen normativen Gehalt aufweisen.

Außerdem gibt es eine große Blindstelle, indem ökologische Probleme oder Krisen schon einmal vorausgesetzt werden und ihr subjektiver Charakter nicht aufscheint. Der liegt nämlich darin, dass unterschiedliche Gruppen von Menschen unterschiedlich betroffen sind und auch in ihren Möglichkeiten zu reagieren hohe Differenzen aufweisen. Ökologische Krisen und Probleme müssen erst als solche definiert werden, und die Vulnerabilitäten sind ein gewichtiger Teil. Es ist immer die Rede vom (Über)-Leben der Menschen, was Interessengegensätze verschiedener Gruppen völlig ausblendet und zu einer großen Masse homogenisiert. Offen bleibt, was mit den Menschen passiert, die aus unterschiedlichsten Gründen an den vorgeschlagenen Krisenlösungskonzepten nicht teilnehmen wollen oder können. Hier versteckt sich für mich die Gefahr einer elitären Ökodiktatur, wenn man solch einen Ansatz durchjudiziert.

3 P.C. Mayer-Tasch: Aus dem Wörterbuch der politischen Ökologie (München 1985): S 9.

4 VGL P.C. Mayer-Tasch: Aus dem Wörterbuch der politischen Ökologie (München 1985): S 23-28.

Dennoch gibt es einige Aspekte, wie Multidisziplinarität, und die offene Reflexion über die eigenen Ziele, die eine gute Basis bilden für diese Arbeit. Zentral sind die bewusst reflektierte Normativität und das Zusammendenken von derzeit tendenziell abgetrennten Bereichen.

2.2. Soziale Dimension

Von Bryant und Bailey gibt es dazu einen Beitrag, der besser zu illustrieren vermag, was bei Mayer-Tasch weitestgehend fehlt.

Dazu dienen drei fundamentale zusammenhängende Ausgangsannahmen, die zeigen sollen, dass Um- und Mitweltbedingungen und deren Veränderungen Produkte und Gestalter sozialer Prozesse sind: Erstens einmal wird konstatiert, dass Kosten und Gewinne von Veränderungen der Um- und Mitweltbedingungen ungleich verteilt sind. Daraus folgt, dass diese Veränderungen bestehende soziale und ökonomische Ungleichheiten verstärken oder mindern können. Dies wiederum bedeutet, dass sich damit auch die sozialen Kräfteverhältnisse verschieben können. Eine zentrale Forderung ist deswegen, die Veränderungen der Um- und Mitwelt nicht nur zu beschreiben, sondern in Beziehung zu Veränderung menschlicher Aktivitäten zu setzen.⁵ Dies trifft den Kern dieser Arbeit, weil sie veränderte Praktiken im Bereich „Bauen und Wohnen“ beleuchtet, und deren politökologischen Ursachen sowie ihren Folgewirkungen nachspürt.

2.3. Politische Dimension

Einer der wichtigsten Vertreter der Politischen Ökologie im anglo-amerikanischen Raum ist Zweifels Ohne Paul Robbins. Sein Einführungsbuch⁶ gibt eine Rundschau über verschiedene wichtige AutorInnen und deren Herangehensweise und die Debatten der letzten Jahrzehnte, verbleibt aber nicht dabei nur zusammen zu fassen sondern bietet

⁵ Raymond Bryant, Sinéad Bailey: Third world political ecology (Abingdon 1997): S28-29.

⁶ Paul Robbins: Political Ecology a critical introduction (2004).

auch anhand von einigen Fallstudien die politische Praxis, und auch wie die Debatten darauf eingewirkt haben.

Zunächst hat sich die politische Ökologie eng an der politischen Ökonomie orientiert, und dann sind auch formale politische Institutionen mehr in den Fokus geraten. Auch gab es Unterschiede zwischen solchen AutorInnen, die Umweltveränderungen als Zentrum ihrer Arbeit verstanden haben und solchen die sich mehr dem Diskurs um diese Veränderungen angenommen haben. In vielen Arbeiten wurden auch zusätzlich zur Querschnittsmaterie des politischen und ökologischen Systems Fragen der sozialen Gerechtigkeit eingeführt. Dennoch gibt es laut Robbins grundlegende Gemeinsamkeiten. Eines ist nämlich dem Begriff der Politischen Ökologie grundsätzlich eingeschrieben – er muss sich unterscheiden können von apolitischer Ökologie. Klassisch apolitische Ansätze sind für Paul Robbins die „Ecoscarcity“ und die „Modernization“, also grob übersetzt die ökologische Verknappung und die Modernisierung. Im Deutschsprachigen Raum hört man letzteren Ansatz auch häufig unter dem Namen „Leitplankenmodell“.

Dies ist ein sehr treffender Begriff, denn er stellt die Umwelt derart dar, dass sie fixierte und unverrückbare Grenzen aufweist, was auch absolute Limits für die Bedürfnisse der Menschen bedeuten würde. Diese Form des „Malthusianismus“⁷, wie ihn der Autor nennt, ist noch sehr weit verbreitet. Dieser stand Ende des 18. Jahrhunderts für eine umwelpessimistische Einschätzung, wonach die Lebensmittelerzeugung nicht mit dem exponentiellen Bevölkerungswachstum mithalten könne. Er setzte sich dahingehend dafür ein, dass die armen Bevölkerungsschichten keine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erhalten dürften, weil dies zu einem verstärkten Bevölkerungswachstum führe.⁸ Der Kern dieser Ansicht besteht also ebenso in einer als absolut und unveränderlich angenommenen „natürlichen“ Grenze.

Für die Politische Ökologie besteht im Gegensatz zu solch einer Anschauung aber eine dynamische Mensch-Umwelt-Interaktion, in der sich auch die Grenzen in jegliche Richtung verschieben können. Die TeilnehmerInnen im ökologischen System (also nicht nur die Menschen) treten vielmehr als (Mit-) ProduzentInnen von Natur auf, und nicht etwa als abgetrennte Sphäre, die entweder zerstört oder bewahrt. Das soll nicht

7 Paul Robbins: Political Ecology a critical introduction (2004): S 8.

8 VGL Ursula Ferdinand: Das Malthusianische Erbe (Münster 1999): S 28.

bedeuten, dass unbegrenzte Ressourcen vorhanden sind, sondern soll die dynamische Interaktion verdeutlichen, die genaue Voraussagen ungemein erschwert. Letztlich hat sich auch die von Malthus als bald bevorstehende Grenze der Ernährbarkeit der Menschen als falsch herausgestellt. Schließlich leben nun bald sieben Mal so viele Menschen auf der Erde, deren Ernährbarkeit bei einer anderen Verteilungssituation mit den erzeugten Nahrungsmitteln derzeit leicht erreichbar wäre.

Bei Markt- und Modernisierungsansätzen wird auf technisch ökonomische Effizienz gesetzt, was wiederum eine apolitische Antwort auf eine politische Frage ist, nämlich die der Verteilung von Nutzen und Kosten spezifischer Interaktionsformen zwischen Gesellschaft und Um-oder Mitwelt. Verborgен bleibt auch meist die Frage, wer entscheidet was denn nun effizient ist und was technisch wünschenswerter „Fortschritt“ ist, in den es zu investieren gilt. Demnach sind aber auch apolitische Ansätze inhärent politisch, weil sie politische Fragen adressieren und politischen Einfluss ausüben. Das entspricht auch dem generellen Standpunkt der Politischen Ökologie. So steht folgendes bereits in der Einleitung: *„(...) that politics are inevitably ecological and that ecology is inherently political.“*⁹ Der Unterschied liegt also in Wirklichkeit nicht darin, dass Politische Ökologie politischer wäre als andere Ansätze, sondern daran, dass sie dies explizit ausspricht und ihren normativen Gehalt und ihre Ausgangsbehauptungen offen legt.

Im Anschluss stellt Robbins 4 Hauptannahmen auf, die seiner Ansicht nach die verschiedenen Stränge der Fragen, mit denen sich die Politische Ökologie beschäftigt strukturieren. Diesen 4 Grundthesen ist auch jeweils ein Kapitel des Buches gewidmet. Zwei dieser Thesen sind für diese Arbeit sehr relevant:

Konservierungs- und Kontrollthese („the conservation and control thesis“)

In dieser These werden die nationalen Anstrengungen zur Konservierung von „Natur“ unter ein kritisches Licht gestellt. Die nationalen Autoritäten definierten damit die lokalen Produktionsbedingungen als nicht nachhaltig und entzogen den lokalen ProduzentInnen die Kontrolle über ihre Ressourcen. Ressourcenkontrolle sei damit das prioritäre Ziel und nicht die kommunizierten Natur und Umweltschutzanliegen.

9 Paul Robbins: *Political Ecology a critical introduction* (2004): Sxvii.

Umweltidentitäts- und soziale Bewegungsthese („the environmental identity and social movement thesis“)

Diese These steckt ein ganz anderes Feld ab. Hier geht es darum zu zeigen, wie für lokale Gruppen Möglichkeiten für politische Aktionen entstehen und wie sie genutzt werden und wie sie es schaffen mächtige globale Kräfte, sei es politische oder ökonomische, zu beschränken und modifizieren. Auch die Zusammensetzung solcher Gruppen oder eben sozialer Bewegungen, je nach Definition, wird als Chance verstanden, verschiedenste Hintergründe zusammen zu führen. Das bedeutet, dass Umweltschädigungen auch zu einer stärkeren Ermächtigung von Bevölkerungsteilen führen können, weil sie über Gruppengrenzen mobilisierbar werden und eine gemeinsame Identität herstellen können.¹⁰

Da sich diese Arbeit mit einem partizipativen Projekt beschäftigt, dass sich explizit auf politische Einflussnahme der Gestaltung von Um- und Mitweltbedingungen bezieht, ist vor allem die Umweltidentitätsthese relevant, wobei auch Elemente der Kontroll-These mit einfließen werden, nachdem sich die Arbeit auch mit der übergeordneten Ebene der Stadtentwicklung beschäftigt. In beiden Fällen gilt aber, dass die klare Trennlinie zwischen lokal und global zu einfach erscheint, schließlich bezieht sich das Wohnprojekt Wien auf ökologische und soziale Problemlagen, die sie mitunter gar nicht direkt lokal betreffen würden. Für alle Ebenen gilt mittlerweile, dass sie sowohl globale als auch lokale Aspekte in sich untrennbar vereinen.

Als theoretische Grundpfeiler dieser Studie werden die Annahmen fungieren, die eine Trennung zwischen Mensch und Natur auflösen, und ein ganz anderes gesellschaftliches Naturverhältnis unterstellen, nämlich das von Gesellschaft als (Mit-) Produzenten von Natur, aber auch Produkt der Folgewirkungen der (mit-) produzierten „natürlichen“ Prozesse. Wichtig wird auch die Betrachtung von Macht und Interessenskonflikten und sozialen Kräfteverhältnissen sein, die letztlich darüber entscheiden, wie dieser Produktionsprozess abläuft und wer davon wie tangiert wird.

10 VGL Paul Robbins: Political Ecology a critical introduction (2004): S1-16.

2.4. Urbane Politische Ökologie

„Urban political ecology – the regulation of our relationships with nature in cities – is ultimately a question of democracy, governance, and politics of everyday life in cities“¹¹

Eine spezifischere Ausformung der Politischen Ökologie ist die Urbane Politische Ökologie, die den theoretischen Hauptanker dieser Arbeit darstellen wird. Es handelt sich hierbei um eine relativ junge (Sub-)Disziplin.

Gemeinhin basiert Urbane Politische Ökologie (zur Einfachheit abgekürzt als UPÖ) auf der Ansicht, dass urbane Räume eine spezifische Form der Transformation der sozial ökologischen Bedingungen sind, die eine historische Kontingenz haben. Demgemäß sind auch sämtliche städtisch verursachte Probleme auf Basis dieser Regulationsform zu denken. Das Verhältnis zwischen sozialen und ökologischen Prozessen nach Verständnis der UPÖ drückt folgendes Zitat sehr trefflich aus:

„...cities are dense networks of interwoven sociospatial processes that are simultaneously local and global, human and physical, cultural and organic. The myriad transformations and metabolisms that support and maintain urban life (...) always combine physical and social processes as infinitely interconnected“¹²

Neben der Einsicht, dass Städten eine zentrale Rolle zukommt, schon alleine wegen des immer weiter wachsenden Anteils an Menschen, die in ihnen wohnen, seit 2008 ist es bereits mehr als die Hälfte der Menschheit¹³, kommt noch hinzu, dass sie auch noch weit über ihre Grenzen hinaus wirken. Man denke nur einmal an die materiellen und energetischen Inputs und Outputs, die eine Stadt wie Wien produziert, die auf dem Gebiet auf dem die Stadt als solche steht, nicht einmal annähernd gedeckt werden könnten. Aber auch die diskursive Kraft, die von solchen Ballungsräumen ausgeht, ist immens. Es erscheint unrealistisch, zumindest kurz- und mittelfristig, dass es bald eine sich selbst erhaltende Stadt geben kann. Auch darum müssen Städte ihr Verhältnis zum Umland und zur Welt mit bedenken, was eine Herausforderung für die politischen Strukturen bedeuten kann. Dadurch die geographische Zonierung von

11 Roger Keil: Progress Report- Urban Political Ecology; In: Urban Geography Vol 24 (2003): S729.

12 VGL Erik Swyngedouw, Nikolas C. Heynen: Urban Political Ecology, Justice and the Politics of Scale; In: Antipode Volume 35 Issue 5 (2004): S899.

13 United Nations Department of Economic and Social Affairs: Population Division 2009.

Verwaltungsgebieten weder ausreichende Kooperation noch Feedbackschleifen existieren, die überhaupt die Möglichkeit eröffnen würden sich über die gesamten Wirkungen einer Stadt bewusst zu werden, geschweige denn entgegenzusteuern.

2.4.1. Städte als transformierte „Natur“

Die Transformation von Natur hin zu ihren heutigen Formen ist eng verbunden mit der Geschichte der Urbanisation. Ferner ist die Stadt selbst eine transformierte Natur, die Resultat vorangegangener politökologischer Entwicklungen ist. David Harvey hat hierzu einmal einen sehr treffenden Satz gesagt, der bei vielen Menschen erstaunen auslöst, der aber diese neue Konzeption von Natur prägnant auf den Punkt bringt:

„In a fundamental sense, there is in the final analysis nothing unnatural about New York City“¹⁴

Humane Aktivität ist für Harvey nicht außerhalb des Ökosystems anzusiedeln.¹⁵ Welche Transitionen und welche Rückkoppelungen auf die Menschen, oder spezifische Gruppen dadurch ausgelöst werden, ist die entscheidende Frage.

Diese Transformationsprozesse sind auch für sich nichts Besonderes, auch wenn in der Debatte um „Ursprünglichkeit der Natur“ solche Bilder eine Rolle spielen. Richtiger ist, dass jeder lebende Organismus „Natur“ transformieren muss und als Resultat auch wiederum selbst Veränderungen durchlebt.¹⁶ Die Frage ist also nicht das Ob, sondern das Wie erfolgreiche oder „nachhaltige“ Transformation auszusehen hat. Weil aber alles ständig transformiert wird, kann es nie einen Punkt geben an dem eine solche Transformation abgeschlossen ist, auch wenn gewisse Entwicklungsstränge über längere Zeiträume reproduziert werden und so den Anschein der Dauerhaftigkeit erwecken. Insofern ist das Ideal der absoluten Nachhaltigkeit, nach deren Erreichung man sich dauerhafte Existenz gesichert hat eine Illusion. Die Dringlichkeit bestimmt dabei die prognostizierte Zeitnähe und auch die mögliche Umkehrbarkeit. Für die

14 David Harvey: The nature of environment: dialectics of social and environmental change; In: R. Miliband und L. Panitch (Hg): Real Problems, false Solutions. A special edition of the socialist register (London 1993): S28.

15 VGL David Harvey: Justice, Nature and the Geography of Difference (Oxford 1996): S186.

16 VGL Erik Swyngedouw, Nikolas C. Heynen: Urban Political Ecology, Justice and the Politics of Scale; In: Antipode Volume 35 Issue 5 (2004): S903.

Beschreibung dieser Umkehrbarkeit wurde auch der Begriff der Resilienz aus der Biologie entlehnt, und ist in der Debatte sehr wichtig geworden, auch als Ersatz für Nachhaltigkeit, weil er auf etwas Spezifischeres hinweist, nämlich *„... auf den Erhalt des Naturkapitals im Hinblick auf die umfassende Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes“*¹⁷

2.4.2. Die „nachhaltige“ Stadt

Eine weitere wichtige Einsicht, ist die, dass es die nachhaltige Stadt generell nicht geben kann, weil unterschiedliche Gruppen die positiven und negativen Folgen von Urbanisation tragen. Während Umweltqualitäten für einen Teil verbessert werden, führen sie oft gleichzeitig zu Verschlechterungen anderswo. Die Hauptfrage ist also, wer verliert und wer gewinnt, folglich die Frage nach den Kräfteverhältnissen, die Frage nach der subjektiven Nachhaltigkeit, wie ich sie nennen würde. Wer sich beispielsweise mit der Regulation von Ressourcen beschäftigt, muss immer auch im Blick behalten, dass unterschiedliche Regulationsformen bedeuten, dass dies für die unterschiedlichen AkteurInnen Machtverluste oder Gewinne bedeutet, und insofern meist nicht friktionsfrei vonstattengeht. Räumliche Reorganisationsprozesse sind dabei ein integraler Bestandteil sozialer Strategien in der Auseinandersetzung über limitierte Ressourcen.¹⁸

Es ist also wichtig zu verstehen, dass urbaner Raum eine spezifische Form der Naturtransformation darstellt. Auch wenn es Unterschiede gibt zwischen den vielen Städten, die auf der Welt existieren, lassen sich doch Parallelen ziehen (z.B.: hohe Rate versiegelter Flächen, hohe Bewohnerdichte,...), die auch auf gemeinsame Problemlagen und Benefits schließen lassen. Eine eindeutige Abgrenzung gegenüber nicht urbanem Raum dürfte aber gar nicht so einfach sein, wer schon einmal eine Megastadt besucht hat, wird schnell merken, dass sie sich schwer begrenzen lassen, und auch semi-periphere und rurale Räume können Eigenschaften mit urbanem Raum teilen.

Nichtsdestotrotz wird sich diese Arbeit vor allem auf die Stadt Wien als ein Beispiel städtischen Raumes konzentrieren.

17 Konrad Ott: Zu einer Konzeption „starker“ Nachhaltigkeit; In M. Bobbert, M.Düwell & K. Jax (Hg.): Umwelt - Ethik – Recht (Tübingen 2003): S 225

18 VGL Erik Swyngedouw, Nikolas C. Heynen: Urban Political Ecology, Justice and the Politics of Scale; In: Antipode Volume 35 Issue 5 (2004): S913.

2.4.3. Bruno Latours Konzept der Hybride

Das von Bruno Latour entwickelte Konzept der Hybride¹⁹ halte ich nochmal für eine Verfeinerung der Idee von produzierter Natur, weil es verdeutlicht, dass eine Abgrenzung zwischen Natur und Kultur gar nicht möglich ist. Erst im Nachhinein werden diese diskursiv als trennbare Pole dargestellt. Diesen diskursiven Prozess nennt er „Purifikation“. In diesen Prozessen der „Purifikation“ drücken sich auch Machtbeziehungen aus. Laut Swyngedouw werden Hybride aus einer Vielfalt von Prozessen geformt, seien es biologische, physikalische, chemische, materielle, kulturelle, diskursive Praktiken, und soziale Beziehungen zwischen AkteurInnen. All diese Prozesse und Beziehungen verlaufen im Rahmen von dynamischen Bezugssystemen, wie den ökologischen Bedingungen, den ökonomischen Bedingungen, den politischen Bedingungen sowie den kulturellen Bedingungen. Diese Bedingungen sind alle nicht statisch und werden auch von den laufenden Prozessen mit verändert. Dass Hybride nicht einfach ein technokratisches Produkt sind, sondern ihnen machtvoll Prozesse vorangehen und von ihrer Ausgestaltung einzelne AkteurInnen profitieren, und was das für die Politische Ökologie bedeutet findet man bei Anna Zimmer sehr eindrucksvoll beschrieben:

*„ ... hybridisation shows how spatially, temporally, and culturally specific practices and discourses as well as power relations and societal relationships with nature in which they are embedded are negotiated on a daily basis in micro-politics. Political Ecology thereby outgrows the traditional frame of environmental problems and pays attention to wider social-ecological realities“.*²⁰

Die Hauptaufgabe sei es demnach, die Macht über Hybridisierungsprozesse zu identifizieren und Konflikte über diese Prozesse zu analysieren, sowie die Diskurse zu analysieren, in die Hybride eingebettet sind.

¹⁹ Bruno Latour: We have never been modern; (1993).

²⁰ Anna Zimmer: Urban Political Ecology: Theoretical concepts, challenges, and suggested future directions; In: Erdkunde Vol.64 No.4 (2010): S347.

2.4.4. Gesellschaftlicher Stoffwechsel

Auch das Konzept des Metabolismus, zu Deutsch oft gesellschaftlicher Stoffwechsel genannt, hat einen neuen An Schub bekommen über den UPÖ-Ansatz. Grundsätzlich handelt es sich hierbei um Stoffstromanalysen.

Bei der Anwendung solcher Methoden wird aber in der UPÖ ein besonderes Augenmerk auf die politischen Faktoren gelenkt, also wer profitiert von bestimmten Formen des gesellschaftlichen Stoffwechsels und wie und warum sind sie historisch zu Stande gekommen. Hierbei werden sowohl im Kleineren auf politische Wandel und deren Auswirkungen sowie im Größeren auf die Spezifik eines kapitalistischen Metabolismus kritische Blicke gerichtet.

Generell muss man auch anerkennen, dass es für eine Stadt nicht nur eine, sondern sehr viele sozial ökologische Realitäten gibt, weil sich verschiedene Stadtteile und Bereiche sehr stark unterscheiden können. In Städten des globalen Südens ist dies oft noch deutlicher, wenn man nur an Unterschiede zwischen reichen Innenbezirken und Slums an den Stadträndern denkt. Gleichwohl gibt es auch beträchtliche Unterschiede in Städten wie Wien.

2.4.5. Die kapitalistische Stadt

Was ist aber das Spezifische an der kapitalistischen Stadt? In erster Linie ist das wichtigste Merkmal die Kommodifizierung, was so viel bedeutet, dass alles in Warenwert ausgedrückt wird. So werden auch sämtliche städtische Entwicklungsschritte zunächst einmal in Bezug auf ihre Kosten und Nutzen im ökonomischen Sinne bewertet. Gewisse Folgewirkungen werden dabei externalisiert, weil über sie keine kurzfristigen ökonomischen Kosten entstehen und sie damit nicht aufscheinen. Diese Kommodifizierung verschleiert die in sie eingeschriebenen sozialen Kräfteverhältnisse.²¹

21 VGL Nik Heynen, Maria Kaika, Erik Swyngedouw: In the nature of cities (2005): S 5-6.

Als eine Chance für eine umfassende Restrukturierung des urbanen Raumes, wird vielerorts die Demokratisierung der Sphäre der Stadtentwicklung gesehen. In dieser Arbeit wird es auch darum gehen, zu zeigen wie es um diese in Wien steht.

2.4.6. Kernpunkte der UPÖ

Die Grundaussagen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- „Natur“ und Politik existieren nicht unabhängig voneinander, die Trennung ist somit künstlich
- Städte sind transformierte Natur. Sie bestehen aus spezifisch transformierten natürlichen Ressourcen und stehen nicht außerhalb des Ökosystems, sondern sind ein Teil dessen.
- Nutzen und Kosten, die aus spezifisch transformierter Natur entstehen, sind ungleich verteilt, daher muss der Blick zunächst einmal auf soziale Kräfteverhältnisse gerichtet werden anstatt rein technokratische Lösungsmöglichkeiten für „ökologische Probleme“ zu unterstellen.
- „Nachhaltigkeit“ ist sozial und räumlich ungleich verteilt. Bei Entwicklungen muss daher die Frage im Vordergrund stehen, durch wen sich für wen die „Nachhaltigkeit“ verbessert und für wen sie sich möglicherweise dadurch verschlechtert.

2.5. Blickwinkel auf den Untersuchungsgegenstand

Das WP-Wien wurde als ein Beispiel aus der Praxis auserkoren, deren es viele in unterschiedlichsten Bereichen gibt. Es adressiert soziale und ökologische Verhältnisse in ihrer Verflechtung und stellt den Bezug her zu tief verankerten Lebenspraxen in urbanen Wohn- und Lebensformen. Es sucht diese mittels verschiedener Methoden experimentell umzugestalten. Gleichzeitig werden diese Anliegen auch vermittelt, mit dem Ziel Vorbildwirkung zu entfalten. Insofern entwickelt sich innerhalb dieses Projektes die Möglichkeit politökologische Verhältnisse aktiv zu transformieren und einer Transformation auf breiterer Basis zuzuarbeiten.

Aus dem Ansatz der urbanen politischen Ökologie ergeben sich spezifische Blickwinkel auf den Untersuchungsgegenstand. Zentral ist die Frage welcher Nutzen und welche Kosten entstehen für welche Gruppen beim Errichten und Benutzen von Wohnbauten.

Oftmals laufen die Prozesse der Errichtung eines Wohnhauses an seinen BewohnerInnen vorbei und werden nicht wahrgenommen als etwas, das eine Auswirkung auf soziale und ökologische Verhältnisse hat. Gerade deswegen ist das WP-Wien prädestiniert als Untersuchungsgegenstand, weil dessen BetreiberInnen genau diesen Schritt unternehmen. Sie zeigen die verdeckten politökologischen Dimensionen in etwas auf, dass ansonsten als apolitisch wahrgenommen würde.

Die gesellschaftspolitischen Ziele der ProjektbetreiberInnen sollen dabei eruiert und analysiert werden, um anschließend feststellen zu können, inwieweit diese auch in der Lage sind eine politische Wirkung zu entfalten.

Letztlich soll anhand einiger Kriterien die „Nachhaltigkeit“ dieses Projektes diskutiert werden. Die Fragen werden sein, wie wahrscheinlich Langzeitbindung ist, ob eine langfristige Wert/Nutzenerhaltung möglich erscheint, und inwieweit soziale Durchmischung gelingt.

3. Methodologie

Da es sich bei dem gewählten Thema um die Beobachtung und Beschreibung hochaktueller Entwicklungen handelt, die bereits während dem Verfassen dieser Diplomarbeit immer wieder aktuellere Informationen miteinbezieht, ist ein großer Part der Datenbasis aus Primärquellen entnommen. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Quellen. Das Fundament stellen die qualitativen Leitfaden-Interviews, einerseits mit BewohnerInnen des beforschten Wohnprojekt-Wien, andererseits mit unabhängigen ExpertInnen. Hinzugekommen sind aber noch interne Arbeitsprotokolle des WP-Wien, sowie offizielle Dokumente der Stadt Wien wie das Leitbild Nordbahnhof, und Unterlagen zu den Bauträgerwettbewerben.

Da es sich bei einigen Dokumenten um interne Projektdaten handelt, werden diese als CD meinem Betreuer überantwortet, aber nicht mit publiziert. Diese können auch bei mir angefordert werden. Die Interviews mit den BewohnerInnen wurden zudem anonymisiert.

Infolge werden die Erhebungs- und Auswertungsmethoden beschrieben.

3.1. Interviewführung

Die Interviewführung hat sich an der Methode von Nagel und Meuser orientiert.²² Sie empfehlen ein leitfadenorientiertes offenes Interview. Das bedeutet, dass vorab eine Liste an Fragen formuliert wird, die als Gerüst des Gespräches gesehen werden können. Das bedeutet nicht, dass sich nicht zusätzliche Fragen und spezifische Schwerpunkte innerhalb der Gesprächssituation ergeben können. Die Ausweisung der Befragten als ExpertInnen erfolgt durch den/die ForscherIn. Dies ist aber ein relativer Status. In dieser Arbeit hat es zwei Gruppen an Befragten gegeben, die auch jeweils mit Hilfe eines eigenen Leitfadens interviewt wurden. Einerseits waren das zufällig ausgewählte

22 Michael Meuser, Ulrike Nagel: Expertinneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion (2005): S. 71-94.

TeilnehmerInnen des WP-Wien, andererseits einige ausgewählte Personen, die in ihrem professionellen Beruf mit Stadtentwicklung und Wohnbau befasst sind. Diese wurden unter der spezifischen Prämisse ausgewählt, dass die Stadtentwicklungszone Nordbahnhof auch in ihrem Zuständigkeitsbereich liegt. Infolge dessen haben sich die Leitfäden für die ProjektteilnehmerInnen auf die Details des Projektes konzentriert, während der Leitfaden für die Professionalisten vor allem die übergeordnete Ebene der Stadtentwicklung fokussierte. Diesbezüglich kann man bei beiden Gruppen in gewissem Sinne von ExpertInnen sprechen, denn Expert/in ist laut Nagel und Meuser:

„...wer über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse verfügt.“²³

Dies kann man bei den spezifisch gewählten Schwerpunkten der beiden Leitfäden über beide Gruppen behaupten.

Für die Auswahl der WP-Wien Mitglieder wurden als Kriterien Alters- und Geschlechtervielfalt gewählt und anschließend blind aus den dadurch entstehenden Gruppen gezogen, wobei sich von den danach kontaktierten Personen nur mit drei statt der geplanten vier ein Interview realisieren ließ.

Die Sachverständigen zur Thematik der Stadtentwicklung, speziell des Nordbahnhofes, wurden aus den dafür wichtigsten Institutionen gewählt. Letztlich haben sich auch hier nicht alle Institutionen, bzw. deren kontaktierte Vertreter für ein Interview bereit erklärt, somit fehlen VertreterInnen des Wohnfonds Wien und der Eigentümerin ÖBB sowie des Bauträgers Schwarzatal. Gewonnen werden konnten aber VertreterInnen der MA 21A, der Gebietsbetreuung des 2. Wiener Gemeindebezirkes, der MA 50 für Wohnbauforschung und der Bezirkspolitik.

²³ Michael Meuser, Ulrike Nagel: Expertinneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion (2005): S72.

3.2. Auswertung

Zunächst wurden die Tonbandaufnahmen der Interviews vollständig transkribiert. Dabei sind umgangssprachliche Ausdrücke in Schriftdeutsch umgewandelt worden und zum Teil auch grammatische Fehler beglichen, ansonsten aber keine Änderungen vollzogen worden. Indessen wurde bewusst auf nonverbale Elemente verzichtet. Die verschriftlichte Form wurde dann mit Zeilennummern versehen.

Bei der Auswertung war es zunächst wichtig sehr dicht an den Interviews zu bleiben und sämtliche Argumente und Informationen zu sammeln und zu paraphrasieren. Dies ist für eine bessere Übersicht in Form von Excel-Tabellen mit Angabe der Zeile erfolgt, damit man danach schnell in den Transkriptionen fündig werden kann.

Darauf folgte als nächster Schritt eine thematische Einordnung der getätigten Aussagen zu möglichst textnahen Überschriften. Dadurch wird deutlich zu welchen Themen sich die Befragten geäußert haben und welche Positionen sie dazu formuliert haben. Mittels der Methode der Leitfadeninterviews kann ein hoher Grad an Vergleichbarkeit erreicht werden, da dieselben Fragen beantwortet wurden.

Anschließend wurden die beiden Interviewgruppen, mit ihrem jeweils eigenen Leitfaden, erst einmal für sich verglichen und kontextualisiert. Dies ist das Kernstück der Auswertung.

Im Hauptteil schließlich, sollen die gewonnenen Erkenntnisse theoretisch verortet und für die Beantwortung der Forschungsfragen und Hypothesen herangezogen werden.

3.3. Medienanalyse

Die Medienanalyse wurde gewählt, um zusätzliche Perspektiven von außen auf das Wohnprojekt Wien zu gewinnen. Da die Zahl der Artikel sehr überschaubar ist, wurden einige verschiedene Printformate gewählt. Diese sind: Die Tageszeitungen „Der Standard“, „die Presse“, „der Kurier“ und „das Wirtschaftsblatt“, die Wochenzeitung „der Falter“, sowie das Magazin „Trend“.

Als Methode wurde die Imageanalyse verwendet, die eine Form der Medienanalyse ist. Sie untersucht die Bewertungen (Tonalität) von Artikeln zu einem gewissen Thema.²⁴ Zusätzlich wurde auch untersucht ob für die Fragestellung dieser Arbeit relevante Thematiken behandelt wurden. Die Artikel wurden demnach daraufhin untersucht, ob sie auch gesellschaftspolitische Dimensionen von Wohnbauprojekten erörtern.

Der methodische Ansatz der Imageanalyse sieht eine vier-stufige Analyse jedes einzelnen Textes vor, der das Thema behandelt. Dabei sollen Metadaten des Artikels, Anzahl der Nennungen des beobachteten Objekts, Publikationsdaten, Bestimmung der Initiative sowie Bewertung erhoben und zur Übersicht mit einem Kürzel versehen werden:

META: Metadaten sind Werte wie Erscheinungsdatum, Autor, Titel, Länge etc.

PUBL: Publikationsdaten wie Verlag, Druckauflage, Zeitschriftentyp

INIT: Initiative für den Artikel, Eigeninitiative oder Fremdinitiiert (Sponsoring)

BEWT: Bewertung, eigentlicher qualitativer Teil, wie wird besprochener Sachverhalt bewertet, Positiv, Neutral oder Kritisch, welche Argumente werden in Bezug auf die Fragestellung entwickelt²⁵

²⁴ VGL Christian Heinisch: Medienanalyse: Methodik und Wertschöpfung; In: Wägenbauer, Thomas (Hg.): Medienanalyse: Methoden, Ergebnisse, Grenzen (Baden-Baden 2007): S67-75.

²⁵ Ebd. S67-75

4. Wohnprojekt Wien

4.1. Projektgeschichte

Um zu verstehen, wie sich eine Unternehmung wie das „Wohnprojekt Wien“ realisieren lässt, welche Schritte dazu nötig sind, wer daran in welcher Form teilnimmt und teilnehmen kann, muss die Geschichte des Projektes selbst nachvollzogen werden. Außerdem ergeben sich Rückschlüsse auf die politischen Rahmenbedingungen und auf den zeitlichen Kontext, der verstehen hilft, warum das Unterfangen gerade in dieser spezifischen Ausformung zustande gekommen ist.

Die Grundidee eines Wohnprojektes entstand vor allem auf Initiative von Heinz Feldmann im Sommer 2009. Eine Reihe von Treffen, bei denen sich wechselnd interessierte Personen zusammenfanden, hat gezeigt, dass hohe Einigkeit über die Ausrichtung des Projektes bestand, nur einmal gab es anfangs eine Gruppenteilung, weil sich 2 Gruppen herauskristallisierten, eine die eher zentral in Wien, und eine andere, die lieber außerhalb Wiens angesiedelt sein wollte.²⁶

Ab Oktober bildete sich dann die sogenannte „Kerngruppe“ von ca. 20 Personen heraus, und weitere Treffen wurden bald darauf nicht mehr für alle Interessierten, sondern nur mit Einladung ermöglicht, um den Prozess zu beschleunigen. Es sollten aber später noch mehr Personen dazu kommen, und insofern wurde auch ein relativ großes Grundstück gesucht. Auch ein Umbau eines bestehenden Gebäudes wurde angedacht.²⁷

Der Bauträgerwettbewerb der Stadt Wien, erschien der Gruppe als gute Chance für eine Finanzierung eines Neubaus, und so wurde eine Einreichung vorbereitet. Da auch die ArchitektInnen unter den TeilnehmerInnen waren, wurde darüber nachgedacht selbst Bauträger zu werden, weil nur ein solcher eine Einreichung machen kann. Dies hätte aber bedeutet, dass man alle zwei Jahre etwas bauen müsse und so wurde doch ein Bauträger gesucht, und mit Schwarzatal GmbH auch gefunden. Am Nordbahnhof, wo dieser Wettbewerb in der zweiten Phase ausgerichtet wurde, war auch bald ein Grundstück, das den Vorstellungen der Gruppe entsprach, gefunden worden. Weil die

²⁶ VGL Interviewprotokoll mit Heinz Feldmann.

²⁷ VGL Interviewprotokoll mit Heinz Feldmann.

Belastungen für die Gruppe in dieser Phase relativ hoch waren, ist die Gruppe in dieser Phase auf 13 TeilnehmerInnen geschrumpft.²⁸

Im März 2010 war die Abgabe der Einreichung, schon ein Monat später kam der Bescheid, dass man gewonnen hatte. Mit der nunmehrigen Gewissheit über die Realisierbarkeit des Ansinnens, stand einer Gruppenerweiterung nichts mehr im Wege. Im Herbst 2010 sollten 40-50 Neue, was so viel wie 80 % der zukünftigen BewohnerInnen darstellte, gefunden werden. Es meldeten sich aber weit mehr Interessenten und so wurde ein Auswahlverfahren durchgeführt. Jeweils zwei VertreterInnen der Kerngruppe führten zunächst einmal mit in Frage kommenden Personen durch, und konnten mit einem Ampelsystem entscheiden, wer zur Teilnahme berechtigt wurde. Grün bedeutete ein „uneingeschränktes Ja“, Gelb „Vielleicht“ und Rot „Nein“. Von diesem Ampelsystem wussten die Interviewten nichts, aber sie waren sich sehr wohl im Klaren, dass sie gewisse Kriterien erfüllen mussten. Nach diesen Interviews waren dennoch zu viele Personen übrig, die ein grünes Licht bekommen hatten. Es wurde ein Gruppentreffen veranstaltet, bei dem es aber auch nicht in allen Fällen zu einer Entscheidung reichte und so entschied letztlich in einigen Fällen das Los.²⁹

Seit dieser Zeit wurden sehr viele von den Punkten, die nicht schon mittels der Einreichung des Bauträgerwettbewerbs festgelegt wurden gemeinschaftlich geplant, einiges befindet sich nach wie vor in Planung.

Bis spätestens Ende August 2011 soll es eine zweite, sehr kleine Wohnungsvergaberunde mit insgesamt vier Wohnungen geben.³⁰

Baubeginn ist voraussichtlich Frühjahr 2012 und die geplante Fertigstellung soll im Sommer 2013 erfolgen.³¹

Es zeigt sich bei der Durchschau dieses Prozesses, dass zunächst ein hohes Maß an Engagement, aber auch Zugang zu der Information, dass es dieses zunächst noch sehr informelle Projekt überhaupt gibt, von Nöten machte, um mitwirken zu können. Auch

28 VGL Interviewprotokoll mit Heinz Feldmann.

29 Ebd.

30 Ebd.

31 VGL <http://www.wohnprojekt-wien.at/aktuell/> Zugriff: 9.1.2012

musste die Einstellung über die generelle Ausrichtung und Lage des Projektes zusammenpassen. Letztlich waren auch zeitliche und finanzielle Ressourcen notwendig, um die hohe Arbeitsleistung und den nicht unwesentlichen Eigenmittelanteil aufbringen zu können. Dass sich überwiegend Menschen aus einem ähnlich hohen Bildungsniveau zusammengefunden haben³², spricht auch dafür, dass bildungsgebundene Kompetenzen eine Voraussetzung darstellen. Auch wenn die geteilte Einstellung sehr wichtig ist, gibt es keinen klaren ideologischen Überbau. Dessen ungeachtet kann man sehr wohl festhalten, dass ökologische und soziale Nachhaltigkeit stark betont wird, wobei dies sehr diffuse Begriffe sind, die man unterschiedlich ausdeuten kann.

Mit der Teilnahme am Bauträgerwettbewerb hat sich das Projekt in Strukturen eingebunden, die nicht nur an einen spezifischen Ort gebunden sind, sondern auch inhaltliche und rechtliche Ansprüche setzt. In einem späteren Kapitel soll dies genauer beleuchtet werden.

Die Durchführung steht zeitlich im Zeichen einer beginnenden und sich vertiefenden globalen Finanzkrise, die bis heute nachwirkt in Form einer Staatsschuldenkrise.

Auf Gemeindeebene hat sich 2010, nachdem in der Landtagswahl erstmals seit 1996 keine Absolute Mehrheit für die SPÖ zustande kam, eine rot-grüne Koalition gebildet.

4.2. Projektaufbau und Grundlagen

Auch wenn sich seitdem einiges verschoben hat, ist das Protokoll des ersten Treffens³³, bei dem eine Art Ideenpapier entstand, immer noch eine sehr treffende Beschreibung dessen, was das „Wohnprojekt Wien“ ausmacht. Es werden aber auch die in der weiteren Planung entstandenen Änderungen und Ergänzungen nicht ausgespart. Dennoch soll dies bloß ein Grundriss der Projektstruktur sein und keine erschöpfende Beschreibung.

Zunächst ist das Prinzip des Wohnens in Gemeinschaft von Anfang an ein wichtiger Grundpfeiler gewesen. Hierzu wird im Protokoll davon ausgegangen, dass es

32 Auswertungstabelle Umfragebogen ProjektteilnehmerInnen vom 18.06.2011

33 Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009

zunehmend Vereinsamung gibt, und dass es auch ökologisch Sinn macht, gewisse Dinge, die sonst kaum ausgelastet sind, gemeinschaftlich zu nützen.³⁴ Der hohe Anteil Gemeinschaftsfläche, das Carsharing, die Gemeinschaftsgärten, und die geplanten gemeinsamen Aktivitäten³⁵ zeigen, dass es den Teilnehmern damit sehr ernst war. Dennoch ist bereits im ersten Protokoll erwähnt, dass kein Zwang zur Gemeinsamkeit bestehen soll.³⁶

Auch die Durchmischung in der BewohnerInnenstruktur ist als Ziel formuliert worden.³⁷ Hierzu haben sich aber die Kriterien der Durchmischung noch verändert. Im Protokoll waren die festgehaltenen Kriterien eine Durchmischung nach Lebensalter und Beschäftigungsform, über den Bauträgerwettbewerb kam noch eine interkulturelle Durchmischung von mindestens 20 % hinzu.³⁸

Eine ökologische Bau- und Lebensweise war auch von Anfang an ein wichtiges Ziel, und hier wurden auch viele Maßnahmen gesetzt. Zielvorstellung war es hier einen „Ökol. Fußabdruck unter ,1‘ und dennoch eine gute ,Lebensqualität‘ “ zu erreichen.³⁹ In der Umsetzung führte das zu einigen Maßnahmen. Beispiele sind die Verwendung von Slagstar Ökobeton im Bau oder der Nutzung von Brunnenwasser für die Gartenbewässerung und die WC-Spülung. Außerdem soll es ein Niedrigenergiehaus werden mit einem Verbrauch zwischen 15 und 16 kWh.⁴⁰

Ein weiterer Eckpfeiler ist die basisdemokratische Entscheidungsform, die mittlerweile nach einiger innerer Reflektion stark nach den Konzepten der „Soziokratie“⁴¹ gestaltet wurde. Es soll ein Graswurzel-Projekt, ein Projekt partizipativer Mitgestaltung sein, und ist dies auch in hohem Grade.⁴²

34 VGL Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009: S1.

35 VGL BewohnerInnenInterview Transkription 1,2,3.

36 VGL Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009: S1.

37 VGL Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009: S2.

38 VGL Ausschreibungstext des Bauträgerauswahlverfahrens „Interkulturelles Wohnen“: S34.

39 VGL Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009: S2.

40 VGL internes Protokoll der AG Nachhaltigkeit vom 17.3.2011

41 VGL John Buck, Sharon Villines :We the People: Consenting to a Deeper Democracy, A Guide to Sociocratic Principles and Methods.(Washington, DC2007).

42 VGL Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009: S2.

Die Architektur dieser Entscheidungsfindung ist dabei nicht fest vorgegeben sondern muss nach gewissen Kriterien von Gruppen selbst erarbeitet werden. Dazu wurde ein eigener Themenkreis eingerichtet und mittlerweile ist dabei ein sehr umfassendes Gebilde entstanden.

In regelmäßigen Treffen der Großgruppen werden Vorschläge, die größtenteils in den Arbeitsgruppen vorbereitet wurden, wobei es mitunter auch zu spezifischen Themen noch einmal extra Gruppen gibt, besprochen und abgestimmt. Dabei hat jede/r die Möglichkeit eines Vetos, wenn er seine/sie ihre Einwände begründen kann. Es kommen aber bei weitem nicht alle Entscheidungen in die Großgruppe zur Abstimmung. *„In der Vollversammlung werden der Vorstand und die Leiter der AG's gewählt und die Grundsatzentscheidungen des Wohnprojektes getroffen.“*⁴³ Weil es sich um eine Vereinsstruktur handelt, gibt es auch einen Vorstand, sowie LeiterInnen und Delegierte in den einzelnen Arbeitsgruppen, denen gewisse Kompetenzen überantwortet werden und die gemeinsam den Leitungskreis bilden, der wiederum die AG's delegieren kann und eine höhere Entscheidungskompetenz hat.⁴⁴

Um den Wohnraum der Spekulation zu entziehen, und damit kein/e TeilnehmerIn seine/ihre Wohnung ohne Einbezug der Gruppe weitergeben oder gar verkaufen kann, war eine GenossInnenschaft angedacht, bei der die TeilnehmerInnen als MieterInnen auftreten. Wohnraum sollte nicht als Ware gesehen werden und die BewohnerInnen sollten nicht in der KonsumentInnenrolle sein. Dieser Weg wurde letztlich aber nicht gewählt, da sonst die Stadt Wien 1/3 der Wohnungsvergabe beansprucht hätte. De jure ist das Projekt ein Wohnheim, und um trotzdem kein Privateigentum zu haben, gründeten die Teilnehmer zusammen einen Verein, der als Eigentümer fungieren soll, wobei derzeit noch der Bauträger Eigentümer ist und der Kauf erst noch ausverhandelt werden muss.⁴⁵ Dies hat allerdings auch den erwünschten Effekt zur Folge, dass letztlich die Gruppe über die Wohnungsvergabe entscheidet und es kein Privateigentum der einzelnen BezieherInnen gibt.

43 Internes Arbeitsdokument des Themenkreises Soziokratie vom 18.4.2011

44 Ebd.

45 VGL Interviewprotokoll mit Heinz Feldmann.

Ein letzter Grundgedanke war das Einführen einer eigenen Tauschwährung, die zeitbasierend, zinsfrei und inflationsgesichert sein sollte.⁴⁶ Sie ist in Form von Arbeitsstunden, die Projektteilnehmer über die Planungsphase aber auch darüber hinaus zu leisten haben eingeführt worden, wobei es noch keine Möglichkeit gibt, sie in eine andere Währung umzurechnen. Derzeit sollte jeder Teilnehmer elf Stunden pro Monat leisten, die hauptsächlich in den Arbeitsgruppen erbracht werden, die sich an der Planung des Wohnprojekts nach verschiedenen Themengruppen versuchen. Später können dann möglicherweise auch gegenseitige Leistungen wie z. B. Kinderbetreuung, etc. gelten. Dies ist aber alles noch offen, wie auch offen ist, ob das Stundenausmaß gleich bleiben wird.⁴⁷

Einige dieser Konzepte können wohl als Kritik des Status Quo des urbanen Lebens vor allem in „westlichen“ Gesellschaften verstanden werden. Vor allem an der atomisierten Form des Zusammenlebens, aber auch an den ökologischen und sozialen Folgewirkungen etablierter Lebensstile, sowie an den Auswirkungen des spekulativen Finanzmarktes auf die Wohnpreise wird sich abgearbeitet. Die interne alternative Währung ist in ihrer Architektur ebenso wenig ein Zufall, vielmehr ist sie ein gezieltes Gegenmodell zu etablierten Währungssystemen, wenn das auch nicht zu bedeuten hat, dass man deswegen ohne dieses auskommen würde.

⁴⁶ VGL Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009: S1

⁴⁷ VGL BewohnerInnenInterview Transkription 1,2,3.

5. Entwicklungsgebiet Nordbahnhof

Der Nordbahnhof befindet sich im zweiten Wiener Gemeindebezirk, ist somit relativ Zentrumsnahe, jedoch bis dato mit den angrenzenden Gründerzeitvierteln nicht von hoher „Attraktivität“. Das gesamte Gebiet umfasst mittlerweile 75 Hektar Fläche und wird als eine der größten und bedeutendsten innerstädtischen Entwicklungszonen Wiens bezeichnet.⁴⁸

Auf der Homepage der Stadt Wien wird dezidiert davon gesprochen, dass das entstehende Viertel „einen imagefördernden Kontrast zu den historischen Vierteln der Leopoldstadt“⁴⁹ darstellt. Hier werden bereits Vermarktungsinteressen deutlich.

Weil die Breite der Schnellbahntrasse an der Nordbahnstraße eine beträchtliche Reduktion erfahren hat, steht eine zusätzliche Fläche von rund zehn Hektar für neue Nutzungen zur Verfügung.

Für die Nutzung gibt es bereits eine 2004 veröffentlichte Studie, das „Städtebauliches Struktur- und Nutzungskonzept ÖBB-Trasse Wien Nord“.⁵⁰ Noch ist aber offen was genau dort vollzogen wird. Dies und andere noch nicht realisierte Bereiche werden sich in naher Zukunft weiter konkretisieren, wenn der EU-weite städtebauliche Ideenwettbewerb Ende 2011 speziell für den Nordbahnhof durchgeführt wird.⁵¹ Generell wird die Fertigstellung der Entwicklungen für den Nordbahnhof für 2025 vorgesehen.⁵²

Neben der Ausgangsbedingungen, die einzigartig sein dürften, nämlich eine so große freibebaubare Fläche in Zentrumsnähe, was so schnell wohl nicht wieder zu Verfügung stehen dürfte, ist interessant, wie die grundsätzlichen Leitlinien zur Entstehung dieses neuen Stadtviertels sind und wie da ein Projekt wie das WP-Wien einzuordnen ist.

48 VGL <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/> Zugriff: 21.9.2011

49 <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/> Zugriff: 21.9.2011

50 VGL

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/neuerahmenbedingungen.pdf>
Zugriff 21.9.2011

51 VGL <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/vorgaben.pdf> Zugriff 21.9.2011

52 VGL <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/planungsschritte.pdf>
Zugriff 21.9.2011

Hierbei hilft vor allem die Bezugnahme auf das 1994 beschlossene Leitbild und auf die Kriterien, die für die Erneuerung des Leitbildes beschlossen wurden. Es sollen aber dennoch auch die Schwerpunkte der einzelnen Projektphasen noch einmal betont werden, da diese einige neue Punkte mit eingebracht haben.

2008 wurde auf dem Areal nahe der Vorgartenstraße und Haussteinstraße der 31.000 Quadratmeter große Rudolf-Bednar-Park (benannt nach dem SPÖ Bezirksvorsteher 1977–1984) fertig gestellt und eröffnet, nachdem 2005 ein eigener Parkplanungswettbewerb dazu durchgeführt wurde.⁵³

2010 wurde auf einer Gesamtfläche von 14 000 Quadratmeter der Gertrude Fröhlich-Sandner Bildungscampus (ebenso eine Wiener SPÖ Politikerin) eröffnet. Er schließt direkt an den Rudolf-Bednar-Park an. Dieser beherbergt eine Ganztagesvolkschule für 17 Klassen und einen Kindergarten für 11 Gruppen. Insgesamt sollen dort 670 Kinder einen Platz finden.⁵⁴

⁵³ VGL <http://www.wien.gv.at/umwelt/parks/anlagen/rudolf-bednar-park.html> Zugriff: 17.11.2011

⁵⁴ VGL <http://www.wien.gv.at/verwaltung/schulen/nordbahnhof.html> Zugriff: 17.11.2011

5.1. Grundsätze der Entwicklung des Nordbahnhofs (Leitbild 1994)

Im vom Gemeinderat beschlossenen Leitbild Nordbahnhof⁵⁵ aus dem Jahr 1994 stehen folgende Kriterien:

- Weitgehende Nutzung des Standortes im Hinblick auf die ausgezeichnete Erschließung und die innerstädtische Lage sowie zur Minimierung des (stadt-) peripheren Grünlandverbrauches.
- Vorrang für die strukturelle Einbindung in die lokale Stadtlandschaft sowohl im funktionellen als auch im gestalterischen Sinn.
- Verfolgung einer gemischten städtebaulichen Struktur, wie sie im dicht bebauten Bereich Wiens typisch ist. Dies bezieht sich gleichermaßen auf die Nutzungsstruktur, die Baustruktur als auch auf die Bevölkerungs- und Sozialstruktur.
- Berücksichtigung ökologischer Aspekte im Städtebau.
- Sanfte Integration im Hinblick auf Umweltverträglichkeit (vor allem bezogen auf Verkehrserzeugung und Verkehrsmittelwahl).
- Volle infrastrukturelle Versorgung inklusive der Kompensation allfälliger Defizite des Umfeldes.
- Innovative Systemlösungen bezüglich der Anwendbarkeit im gesamten dicht bebauten Bereich Wiens.
- Vorrang für adaptive, in Etappen entwicklungsfähige städtebauliche Lösungen und prozesshafte Entwicklungen zur Qualitätssicherung und Fehlervermeidung, zur breiteren Meinungsbildung und Anpassungsfähigkeit auf sich ändernde Rahmenbedingungen.

⁵⁵ Gemeinderatsbeschluss über das städtebauliche „Leitbild Nordbahnhof“ (1994).

Besonders herauszuheben ist, dass dezidiert eine Angleichung an andere dicht bebaute Gebiete in Wien angestrebt wird. Es soll mehr innerstädtischer Raum geschaffen werden, der in der Regel auf Grund seiner hohen Attraktivität auch hohe Preise hat. Auf der anderen Seite sind sehr viele unterschiedliche Förderungsschienen eingerichtet worden mit dem Ziel leistbaren Wohnraum zu schaffen.

Außerdem ist der prozesshafte Aufbau in Etappen, sogar mit Einbeziehung von Bürgergruppen eine Forderung, die sich von einem rasch gebauten Großprojekt unterscheidet. Insofern können partizipative Kleinprojekte, wie das WP-Wien eines ist, sich hier wiederfinden.

Ökologische Aspekte sind mehrfach formuliert worden und insofern als eines der zentralen Standbeine zu sehen. Auf der anderen Seite ist vieles sehr vage formuliert. „Berücksichtigung ökologischer Aspekte“ heißt nicht, welche damit gemeint sind und bindet auch nicht an spezifische Ziele. Man könnte hier sehr viel weiter gehen und beispielsweise Standards zu Energieverbrauch, Bauverfahren oder Materialnutzung einziehen. Der erste Punkt ist da schon spezifischer, da Zersiedelung auch für Wien ein starkes Thema darstellt, und dichter Stadtbau viele ökologische Vorteile bieten kann⁵⁶. Auch bei der Verkehrsplanung, für die noch ein eigenes Konzept entwickelt wurde, sind Umweltverträglichkeiten erwähnt worden. Eine attraktive Anbindung ist aber wohl nicht nur aus umwelttechnischen Gründen wünschenswert, sondern hat auch entscheidenden Einfluss auf die Attraktivität eines Gebietes.

Im Großen und Ganzen sieht man aber doch deutlich, dass noch einiges sehr offen bleibt. Es bleibt unbeantwortet welcher Bedarf gedeckt werden soll. Ebenso wenig findet man zur Finanzierung. In vielen Fragen fehlen schlicht die Konkretisierungen. Ein Leitbild soll aber auch noch keine allzu konkreten Vorgaben geben und insofern lohnt es sich die weiteren Entwicklungen nachzuzeichnen.

56 VGL Rudolf Peterson: Ökologie der kompakten Stadt; In: Martin Wentz (Hg): Die kompakte Stadt (Frankfurt am Main 2000): S 47-56.

5.2. Bauträgerwettbewerbe

Grundsätzlich sind Bauträgerwettbewerbe öffentliche Auslobungsverfahren, bei dem Bauplätze für geförderte Wohnbauvorhaben vergeben werden. Im Normalfall kann man von mindestens 200 Wohneinheiten ausgehen, damit dieses Instrument zum Einsatz kommt. Hierbei ist es nötig, ein sehr umfassendes Realisierungskonzept einzureichen, das neben den ausführlichen Kriterien des 4-Säulen Modells in jedem Verfahren spezielle Zusatzthemen und Kriterien vorgibt.⁵⁷

„Teilnahmeberechtigt sind die Stadt Wien, alle gemeinnützige Bauträger z.B. im Sinne des WGG 1979 und sonstige einschlägig befugte Personen (Rechtsträger) aus dem EWR z.B. Bauträger im Sinne des § 225 Abs 4, GewO idgF und in ihrem Heimatstaat einschlägig befugte Gewerbetreibende aus dem EWR mit einer Gleichhaltung ihres Befähigungsnachweises gemäß § 373 lit d GewO.“⁵⁸

Die Auswahl wird von einer Fachjury getroffen, die ExpertInnen aus allen relevanten Fachbereichen, VertreterInnen der Stadt Wien und des Wohnfonds Wien besteht. De Jure hat diese Auswahl Empfehlungscharakter und kann vom Auslober begleitet von einer Anführung sachlicher Gründe zu einem anderen Ergebnis führen. De facto wird der Empfehlung aber in der Regel gefolgt.⁵⁹

Die Beiträge der Bauträger die diese Ausschreibung für sich entscheiden konnten, verpflichten sich in der Folge zur Realisierung des Projektes in der von ihnen eingereichten Form. Überprüft wird dies anschließend durch die Dienststellen der Stadt Wien, die mit der Förderungsabwicklung beauftragt sind (MA 25 und MA 50) sowie durch den Auslober. Bei Nichteinhaltungen sind auch Sanktionen möglich. Das geht von Strafzahlungen über den Ausschluss von zukünftigen Wettbewerben bis hin zur Rückabwicklung des Grundstücksverkaufes.⁶⁰

57 VGL <http://www.wohnfonds.wien.at/html/lgsbwbartv.htm> Zugriff: 21.11.2011

58 <http://www.wohnfonds.wien.at/html/lgsbwbartv.htm> Zugriff: 21.11.2011

59 VGL <http://www.wohnfonds.wien.at/html/lgsbwbbuert.htm> Zugriff: 21.11.2011

60 VGL <http://www.wohnfonds.wien.at/html/lgsbwbsicher.htm> Zugriff: 21.11.2011

5.2.1. Bauträgerwettbewerb „Interkulturelles Wohnen“

Der zweite am Nordbahnhof durchgeführte Bauträgerwettbewerb hatte den Titel „Interkulturelles Wohnen.“⁶¹

Neben den Daten, die für Bauträger essentiell sind, wie Kaufbedingungen, Flächen und bebauungsrechtliche Bestimmungen, und spezifischer Planungsleitlinien am Nordbahnhof gibt es noch einen Bereich in der Ausschreibung zum Bauträgerwettbewerb „Interkulturelles Wohnen“, der für diese Arbeit besondere Relevanz hat. Es handelt sich um die namensgebenden Elemente, die darstellen was mit interkulturellem Wohnen gemeint ist, warum und in welcher Form dies erwünscht wird. Die Befassung mit diesen spezifischen Vorgaben ermöglicht eine klarere Einsicht warum im Hinblick auf Bauträgerwettbewerbe auch von „Themenwohnbau“ gesprochen wird.

Die Leitidee des Interkulturellen Wohnens, eine hohe Qualität der Wohnungstypologien, eine adäquate Freiraumqualität und ein Angebot an gemeinschaftlichen Einrichtungen werden betont.⁶²

Realisierungskonzepte, müssen sich auf die gesetzten Leitideen beziehen und diese konkreter ausformulieren mit einem Fokus auf baulich-architektonischer als auch auf sozialorganisatorischer Konzeption.⁶³

Der Mindestanteil an Zuwanderern, der gefordert wird liegt bei 20 %, wobei auch ein höheres Verhältnis angestrebt werden kann.⁶⁴ Dieses muss jedenfalls angeführt werden. Daneben ist es auch nötig die genauere Zusammensetzung der Ethnien fest zu legen. Hierbei wird freigestellt, ob zwei oder mehrere Ethnien angesprochen werden sollen. Im Konzept soll es aber ersichtlich sein, welches Verhältnis welcher Ethnien angesteuert wird. Interessant ist, dass eine Prioritätenliste erstellt wurde. *„An vorderer Stelle steht bei den Herkunftsländern Serbien/Montenegro, es folgt die Türkei, darauf mit Abstand Polen. An vierter Stelle stehen Deutsche.“*⁶⁵

61 Ausschreibungstext des Bauträgerauswahlverfahrens „Interkulturelles Wohnen“.

62 Ebd S33.

63 Ebd S4.

64 Ebd S33-34.

65 Ebd S34.

Mit einem Fragezeichen versehen wird angeregt sich auch noch spezifisch für interkulturelles Wohnen zu überlegen, ob es besondere Vermarktungsformen, Mitbestimmungsmöglichkeiten, spezielle Kompetenzen der zukünftigen BewohnerInnen, und eigene Regeln des Zusammenlebens brauche und wie diese aussehen.⁶⁶

Neben all diesen Punkten die unter der Oberbezeichnung „soziales Management“ zusammengefasst werden, gibt es auch noch Anregungen für architektonische Thematiken.

Diese Vorschläge beinhalten solche über das Wohnungsgemeinschaftsleben, bedürfnisgerechte Grundrisse, Ethnien- und geschlechtsspezifische Gemeinschaftsräume und Freiräume, womöglich Arbeitsräume, identifikationsfördernde Gestaltung, Sicherheitsaspekte, und sogenannte „konfliktvermeidende“ Architektur. Alle diese Punkte sollen für die spezifisch angestrebte Form von Interkulturalität angepasst werden.⁶⁷

5.3. Das 4-Säulen Modell

Das 4-Säulen Modell ist eine wichtige Referenz für den geförderten Wohnbau. Es wird Bauträgern empfohlen sich an seinen Kriterien zu orientieren und kann als Leitlinie verstanden werden, um erfolgreich Förderungen bewilligt zu bekommen. Die Präambel derselben gibt hierzu einen guten Einblick, wie die Rolle von öffentlich gefördertem Wohnbau verstanden wird, aus welchen Säulen die aufgestellten Kriterien bestehen und in welcher Art und Weise die Bauträger mit diesen Kriterien verfahren sollten.

PRÄAMBEL

„Öffentlich geförderter Wohnbau ist der Entwicklung einer sozialen und gerechten Gesellschaft verpflichtet und verantwortlich für die Baukultur und Schönheit der Stadt. Er hat den zeitgenössischen Qualitäten von sozialer Nachhaltigkeit, Architektur, Ökologie und

⁶⁶ Ausschreibungstext des Bauträgerauswahlverfahrens „Interkulturelles Wohnen“: S34-36.

⁶⁷ Ebd. S36-37.

Ökonomie zu entsprechen. Jeder Wohnbau hat deshalb die Anforderungen der 4-Säulen gleichwertig zu berücksichtigen. Aufbauend auf diesen Anforderungen versteht sich die offene Kriterienliste in den vier Bewertungskategorien nicht als Gebrauchsanweisung sondern als Anregung zu einer vertiefenden Auseinandersetzung um die Qualitäten des geförderten Wohnungsbaus in Wien. Sie bleibt offen für neue Ideen und Konzepte, die entlang der gesellschaftlichen Entwicklung notwendig sind.“⁶⁸

Ohne die einzelnen Kriterien im Detail besprechen zu wollen, die wie aus der Präambel zu entnehmen in die 4 Säulen soziale Nachhaltigkeit, Architektur, Ökologie und Ökonomie eingeteilt sind, ist eines für diese Arbeit dennoch äußerst relevant. Die umfassenden Kriterienlisten beinhalten viele Punkte, die dem Wohnprojekt Wien stark entsprechen. Es gibt eine ganze Liste an Kriterien zu dem Überpunkt Wohnen in Gemeinschaft, wo auch Mitbestimmungskonzepte und Baugruppen erwähnt werden. Genauso treffend sind einige Punkte über umweltbewusstes und gesundes Wohnen, bei dem auch die Unterstützung umweltbewusster Lebensstile mit Auflistung einiger Konzepte wie dem Car-Sharing angeführt werden. Bestärkt werden auch identitätsstiftende Maßnahmen und Vernetzung mit sozialer Infrastruktur.

Dies soll zeigen, dass viele der Konzepte des WP-Wien seitens des Förderungsgebers erwünscht sind, wenn auch nicht verpflichtend.

5.4. Städtebaulicher Ideenwettbewerb

Der EU-weite städtebauliche Ideenwettbewerb ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Er hat damit zu tun, dass durch die Verschmälerung einer Gleistrasse zusätzliche zehn

⁶⁸ Ausschreibungstext des Bauträgerauswahlverfahrens „Interkulturelles Wohnen“: S15.

Hektar bebaubare Fläche zur Verfügung stehen.⁶⁹ Dies wurde zum Anlass genommen um das Leitbild zu überarbeiten.

Die wichtigsten Leitlinien, die im Vorfeld formuliert wurden, lassen einiges noch offen. Es wird sehr spannend welche Entwicklungen und Neuerungen noch hinzukommen. Dies ist ein Auszug der zentralen Zielsetzungen⁷⁰:

- Fortführung des Leitbildes 1994 unter den aktuellen Rahmenbedingungen.
- Attraktive stadtgestalterische Ansätze in Hinblick auf Identität, Identifikation und Orientierung.
- Berücksichtigung bestehender Strukturen und der Höhenentwicklung der umgebenden Bebauung.
- Beachtung von Abhängigkeiten zwischen Dichte und Höhenentwicklung der Bebauung in Hinblick auf die Besonnung/Beschattung.
- Impulse und Aufwertung für angrenzende Bezirksteile.
- Funktionelle Vernetzung mit den Strukturen des Umfeldes.
- Entwicklungsfähigkeit und Adaptierbarkeit.

Besonders interessant fand ich den zweiten Punkt, über die Attraktivität, die so weit gehen solle, dass sich BewohnerInnen identifizieren können. Dies ist in einem Neubaugebiet keine Selbstverständlichkeit, Identifikation mit Stadtteilen ist eher etwas, das erst nach einer längeren Dauer des Bestehens einsetzt. Dies geht allerdings sehr

⁶⁹ VGL

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/neuerahmenbedingungen.pdf>
Zugriff: 17.11.20011

⁷⁰ <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/vorgaben.pdf>
Zugriff: 17.11.20011

wohl über Projekte wie das WP-Wien, das eine sehr hohe Identifikation erzielen kann, da es von seinen Bewohnern so stark mit gestaltet wird. Inwiefern sich diese Identifikation aber auf das ganze Gebiet ausweiten lässt, ist sehr schwierig einzuschätzen.

Auch der Wunsch nach einer Aufwertung der angrenzenden Bezirksteile ist bemerkenswert, weil er so direkt noch nie als Ziel formuliert wurde.

Entwicklungsfähigkeit und Adaptierbarkeit sind sehr wichtige Grundstützen von Nachhaltigkeit. Wie viel man bei solch einer dichten Bebauung noch nachbessern kann, ist aber fraglich.

6. Empirischer Teil

6.1. Auswertung BewohnerInnenInterviews

6.1.1. politische Handlung?

Viele würden ein Bau- und Wohnprojekt zunächst nicht als politisches Projekt verstehen, vielleicht noch als Projekt deren Zulassung oder Finanzierung von politischen Kräften ausgeht, aber wohl eher selten als Träger eines gesellschaftspolitischen Anspruches seiner zukünftigen BewohnerInnen. Im Wohnprojekt Wien habe ich aber die Vermutung aufgestellt, dass sehr wohl neben seiner Funktion als möglichst qualitätsvoller Wohn- und Lebensraum auch ein gesellschaftlicher Gestaltungswunsch mitschwingt.

Was man bereits auf der Homepage des Projektes als Motto vorfindet ist, dass man eine sogenannte „Keimzelle der Nachhaltigkeit“ sein will⁷¹. Eine Keimzelle ist ein kleiner Organismus, aus dem etwas sehr viel Größeres erwächst. Weniger als die Formulierung, die versucht mittels naturnaher Begrifflichkeiten gewisse Bilder auszulösen, hat mich aber vor allem dieser dem Ausdruck scheinbar innewohnender Wunsch interessiert, der erahnen lässt, dass man über das Projekt tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen anpeilt. In den Leitfadeninterviews mit den zukünftigen BewohnerInnen habe ich genauer nachgefragt, ob es diesen über das Projekt hinausgehenden Gestaltungswunsch gebe, wie er operationalisiert wird, und welche Ziele denn verfolgt würden. Dies war bei den Befragten durchaus unterschiedlich ausgeformt, dennoch gab es einige gemeinsame Tendenzen.

Einig waren alle Befragten, dass es ein Ansatz des Projektes ist, über seine Grenzen hinaus eine Wirkung zu entwickeln. Wie das aber genau funktionieren sollte, war nicht mehr so eindeutig.⁷²

⁷¹ VGL <http://neu.wohnprojekt-wien.at/unsere-vision/> Zugriff: 9.1.2012

⁷² VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

Eine besonders ausgeprägte öffentliche Aufmerksamkeit am Projekt konnte keiner der Befragten feststellen, von einem war sie nicht einmal erwünscht, weil er ständige BesucherInnen befürchtet, wenn die Aufmerksamkeit zu stark ist.⁷³ Dennoch gibt es im Projekt eine eigene Arbeitsgruppe für Öffentlichkeit, die sich genau darum bemüht. Das läge daran, so meint einer der Befragten, dass es einigen TeilnehmerInnen sehr wichtig sei, dies zu betreiben, und dass speziell die ArchitektInnen, die auch als zukünftige BewohnerInnen am Projekt teilnehmen, ein Interesse daran hätten, dass es beworben wird.⁷⁴ Die öffentliche Arbeit verfolge laut einem Teilnehmer aber auch den Zweck notwendige Fördergelder zu lukrieren.⁷⁵

Was alle befragten TeilnehmerInnen bestätigt haben, ist, dass das direkte Umfeld viel davon mitbekommt und dadurch auch einen Anstoß hat, sich für sich selbst zu überlegen, ob Projekte dieser Art eine Möglichkeit für sie darstellen, oder sich zumindest mit den adressierten Themen auseinander zu setzen.⁷⁶

Angesprochen auf den Austausch mit der zukünftigen Nachbarschaft im Gebiet wo das Wohnhaus entstehen wird, gab es schon etwas unterschiedliche Vorstellungen. Ein gewisser Wunsch zum Austausch sei gegeben, es habe sogar schon ein Viertelfest am Baugrund stattgefunden, um einmal die Nachbarschaft kennen zu lernen, jedoch war die Teilnahme laut einer Bewohnerin sehr gering. Generell gibt es einige Ideen, in welcher Form man die Umgebung teilhaben lassen könnte. Einige Ideen, die dazu im Projekt kursieren, wurden mir in den Interviews näher gebracht. Dazu gehören verschiedene Kurse für Kinder, an denen auch die Kinder aus der Nachbarschaft eingeladen werden und gratis teilnehmen können. Zusätzlich berichtete mir ein Bewohner von der Idee einer frei zugänglichen Fahrradwerkstatt. Aber dies sind nur einige von vielen Ideen.⁷⁷

Inwieweit die vielen Gemeinschaftsräumlichkeiten auch für Nicht-Bewohner offen stehen, scheint indes noch sehr kontrovers zu sein. Ein Interviewpartner vermutete gar, dass viele andere ProjektteilnehmerInnen dahin gehend zu offene und idealistische

73 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S9.

74 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S9.

75 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 2: S6.

76 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

77 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

Vorstellungen hätten, die seiner Ansicht nach an der Realität vorbei gingen. Wie man es dann konkret austariert, welcher Zugang und welche Beschränkungen sich bewähren, könne man ohnehin erst in Reaktion auf die Umgebung testen.⁷⁸ Ein Zweiter sprach eine ähnliche Sorge an und meinte auch, dass, wenn man es zu offen anlege, man dann Probleme haben könnte, das wieder zurück zu nehmen.⁷⁹ Dies scheint also noch nicht restlos geklärt zu sein, und wird wohl auch dann noch besprochen werden müssen, wenn das Haus letztendlich steht und man die konkrete Situation besser einschätzen kann. Dennoch hängt es von der Grundeinstellung ab, wie viele Menschen man gerne um sich haben möchte und vor allem, ob man es schätzt öfter mal Unbekannte in seinen Räumlichkeiten zu haben. Ich denke hier gilt es, wie bei vielen Themen, persönlich individuelle Lebensvorstellungen mit politischen Zielen abzuwägen. Auch wenn sich viele TeilnehmerInnen wünschen einen positiven Eindruck bei möglichst vielen Menschen zu hinterlassen, auf dass sie das Projekt als Denkanstoß und letztendlich als Handlungsaufforderung mitnehmen, werden dennoch Grenzen gesetzt, damit die Lebensqualität der BewohnerInnen dadurch nicht beschränkt wird.

6.1.2. Ziele.

Wenn es also konsensual zu sein scheint, dass eine politische Agenda verfolgt wird, müssen die nächsten Fragen lauten: Wie schaut diese aus? Was sind denn die Ziele, die verfolgt werden? Oder was sind die kritisierten Zustände, die einer Änderung bedürfen? Auf wen bezieht man sich, oder für wen spricht man dabei eigentlich bzw. für wen will man sprechen?

Ein Ziel, das laut einem Mitglied von Anfang an klar und auch das erste und eigentliche Ziel geblieben ist, lautet ein neues städtisches Lebensmodell zu probieren, das sich unter „Leben in Gemeinschaft“ subsumieren lässt.⁸⁰ Ein Leitspruch wie dieser lässt sich noch vielfältig ausformen, ist aber so wie ich ihn lese als Kritik atomisierter Gesellschaft zu

78 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S7.

79 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 2: S5.

80 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S1.

verstehen. Diese drückt sich sehr stark über ihre Stadtwohnformen aus, wo kaum einer seine direkten Nachbarn kennt, was auch eine Bewohnerin so zum Ausdruck brachte.⁸¹ Im Fall des WP-Wien kann man grob darunter verstehen, dass vergleichsweise viele gemeinschaftlich genutzte Flächen vorgesehen sind. Außerdem werden keine Privatautos Platz haben, sondern ein geteilter „E-Carpool“ soll eingerichtet werden. Zudem sind viele gemeinschaftliche Aktivitäten geplant, wird der gesamte Planungsprozess über fast 3 Jahre hinweg von den zukünftigen BewohnerInnen gemeinschaftlich begleitet. Auch in Folge wird die Gemeinschaftsarbeit Bestand haben, wenn die Planung schon abgeschlossen sein wird.⁸²

In vielerlei Hinsicht wird diese Form des Wohnens als ein Lösungsansatz für soziale, aber auch für strukturelle Probleme kommuniziert. Sie soll einen Beitrag zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit leisten und damit beispielgebend sein dafür, dass es nicht nur auf rein technische Lösungen ankommt, sondern auch auf Formen der (Selbst-) Organisation und der praktischen Lebensgestaltung nicht nur von Einzelnen sondern auch von Gruppen von Menschen.⁸³

Weil in der Bewohnerstruktur bewusst nach gewissen Kriterien eine Durchmischung stattfindet, wird die Integrationsleistung betont.⁸⁴ Dabei werden vor allem interkulturelle als auch intergenerationale Durchmischung in den Vordergrund gestellt, erstere war ja auch als Teil des Bauträgerwettbewerbs seitens der Stadt Wien gefordert, über den sich das Projekt realisieren konnte.⁸⁵ Die Integrationspolitik der Stadt Wien wurde in einem der Interviews auch offen kritisiert.⁸⁶

Ein Bewohner wies darauf hin, dass es nicht unüblich ist, dass größere Neubaugebiete vor allem Jungfamilien anziehen, und dadurch die Fläche auf Dauer nicht optimal genützt würde, weil Strukturen geschaffen würden, die nach einigen Jahrzehnten schon

81 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 3: S8.

82 VGL <http://neu.wohnprojekt-wien.at/projekt/> Zugriff: 9.1.2012

83 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

84 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S11.

85 VGL Ausschreibungstext des Bauträgerauswahlverfahrens „Interkulturelles Wohnen“ S34.

86 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 3: S4.

nicht mehr sinnvoll wären. Wenn die Kinder die Haushalte der Eltern verließen, seien beispielsweise die Kindergärten nicht mehr in Benützung oder müssten aufwendig umfunktioniert werden um zum Beispiel als Altersheime für die dort gebliebenen Eltern zu dienen. Auch hierbei könne eine Durchmischung jüngerer und älterer Bewohner Abhilfe verschaffen.⁸⁷

Zusätzlich zu dem ohnehin verpflichtenden Anteil von mindestens 20% BewohnerInnen mit Migrationshintergrund⁸⁸, kursiert auch noch die Idee, die Wohnungen, die derzeit noch nicht belegt wurden, für einige AsylwerberInnen zur Verfügung zu stellen, wobei das nur eine von vielen Ideen für diese Wohnungen ist. Relativ sicher ist, dass sie einem sozialen Zweck zugeführt werden sollen, so sich eine Finanzierung dafür aufstellen lässt. Inwieweit und zu welchen Anteilen diese Finanzierung intern oder extern ist, ist aber zum Zeitpunkt der Interviews noch Diskussionsgegenstand.⁸⁹

Gewisse Betreuungsleistungen, sei es nun für Kinder oder SeniorInnen, die vor allem angesichts des demographischen Wandels an Brisanz gewinnen dürften, können sich die Befragten auch vorstellen für ihre zukünftigen NachbarInnen zu leisten.⁹⁰ Dies würde sich in der derzeitigen Art und Weise, wie Staaten ihre Leistungen bilanzieren positiv niederschlagen, weil ansonsten möglicherweise Kosten entstünden, die in den staatlichen Sozialsystemen anfallen würden. Insofern würden gemeinschaftliche Wohnmodelle die Staatshaushalte entlasten.

Ein weiteres Ziel, das aber nicht alle von mir Befragten vorbehaltlos teilten, ist, dass der Wohnraum dem spekulativen Markt entzogen werden soll. Darauf hat sich zumindest die Kerngruppe geeinigt, indem sie es so gestaltet haben, dass keiner der Teilnehmenden privat über die Wohnung verfügen kann. Dies ist als Kritik an der Funktion des Marktes zu lesen. Zumindest was Wohnraum betrifft, scheint also Marktversagen von den ProjektteilnehmerInnen empfunden zu werden, auch wenn ein

87 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S4-5.

88 Ausschreibungstext des Bauträgerauswahlverfahrens „Interkulturelles Wohnen“

89 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 2: S4.

90 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3

Bewohner zum Ausdruck brachte, dass es für ihn ein Problem darstellt, dass er die Wohnung nie wird kaufen können.⁹¹ Umgesetzt wurde dieses Ziel, indem man den extra für das Wohnprojekt gegründeten Verein als Käufer fungieren lassen will. Momentan ist dies aber noch nicht abgewickelt und der Bauträger ist Eigentümer.⁹² So verhindert man, dass einzelne BewohnerInnen ihre Wohnung verkaufen können, hat die Wohnungen aber gleichzeitig im gemeinschaftlichen Eigentum, also auch keine übergeordnete äußere Instanz. Der Wert, den das Gebäude beziehungsweise eine Wohnung auf dem „freien Markt“ dann jeweils hätte, spielt in Folge keine Rolle mehr, weil der/die BenutzerIn nicht mehr eigenmächtig verkaufen kann. Neue BewohnerInnen müssten dann wie schon ihre Vorgänger einen gewissen Eigenmittelanteil, und eine Miete bezahlen, die sich aber auch nicht an Marktpreisen orientieren muss. Gewisse Kosten müssen aber dennoch gedeckt werden, deren Preise an den Kapitalmärkten gebildet werden, wie zum Beispiel Strom und Beheizung. Diese werden aber ob der guten Verbrauchswerte vergleichsweise niedrig ausfallen.

Auch das eigene Währungssystem, in Form von Arbeitsstunden, die man auch als Guthaben ansammeln kann, entspringt den sehr frühen Ideen aus den ersten Treffen der Kerngruppe.⁹³ Der Bewohner, der dort schon dabei war, meinte auch, dass man das vor dem Hintergrund der Finanzkrise sehen müsste, die zu diesem Zeitpunkt noch sehr frisch in den Köpfen war.⁹⁴ Hierbei ist es auch noch unklar, ob je ein Tauschverhältnis zu anderen Währungen hergestellt werden soll, derzeit ist dem noch nicht so.⁹⁵ Auch die derzeit vorgeschriebene Mindestanzahl geleisteter Stunden von elf im Monat ist nicht in Stein gemeißelt. Stunden, die über diese elf hinaus geleistet werden, werden den ProjektteilnehmerInnen gut geschrieben und können für Dienste der anderen eingesetzt werden. Jede Stunde zählt dabei gleich, ganz egal welche Qualifikation ihr vorausgeht oder in welcher Form sie geleistet wird, es muss nur Einigkeit darüber bestehen, dass sie gewünscht ist. Dies kann über direkte Erfragung von Diensten oder aber über fest zugeordnete Funktionen abgewickelt werden. Konkret nannte mir ein Gesprächspartner die Kinderbetreuung oder Gitarrenstunde als erfragte und den Saunawart als feste

91 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 2: S2.

92 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S3.

93 VGL Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009:S1.

94 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S1.

95 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S2.

Funktion.⁹⁶ Schon im Planungsprozess fällt vor allem in den Arbeitsgruppen, wie ihr Name schon erahnen lässt, einiges an Arbeit an. Auf der Homepage spricht die Gruppe von „*eigenen Zeittauschsystemen, mit denen wir Arbeit neu und fair bewerten*“⁹⁷ Die Sprengkraft einer solchen Maßnahme ist nicht zu unterschätzen, hebt sie, wenn auch auf das Projekt begrenzt, kapitalistische Mechanismen auf den Faktor Arbeit aus. Ein solches Zeittauschsystem würde viele soziale Ungleichheiten nivellieren.

Das Ziel, das jetzt im Vordergrund zu stehen scheint, die „Nachhaltigkeit“ kam erst ein wenig später dazu. Dass dies ein ziemlich inflationärer und schwammiger Begriff im aktuellen Diskurs ist, bedarf kaum mehr einer Erwähnung. Dieses Ziel kann man wohl als sehr breit gefächert annehmen. So fielen auch in den Interviews immer wieder Begriffe wie „soziale Nachhaltigkeit“ oder „ökologische Nachhaltigkeit“, um dies noch klarer einzugrenzen. Diese Begriffe schwingen dann bei vielen der Ziele mit. Dabei kann man die Maßnahmen, die auf ökologische Nachhaltigkeit abzielen, noch einfacher festmachen, seien es bestimmte Materialien, die für den Bau eingesetzt werden oder Systeme, die den laufenden Energie- und Ressourcenverbrauch sehr niedrig zu halten versuchen. Grundsätzlich gibt es eine recht intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit, es besteht sogar eine eigene Arbeitsgruppe, die sich dem Thema widmet. Im Interview habe ich die Frage gestellt, was denn eine nachhaltige Stadt ausmacht, welche Kriterien sie erfüllen müsse. Auch dies wurde unterschiedlich aufgefasst. Während eine Person auf Faktoren wie ausreichend Grünflächen und öffentlichen Raum, sowie einem gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr hinwies⁹⁸, hielt eine andere befragte Person alle ökologischen Faktoren für nachgeordnete Thematiken und wollte erst einmal soziale Nachhaltigkeit als Basis. Darauf folgte vor allem eine Gewichtung auf die Frage gerechterer Löhne und der Beschränkung von Lohnunterschieden in Unternehmen.⁹⁹ Die dritte Person legte dar, dass es weniger Autoverkehr geben müsse, mehr „natürliche“ Grünflächen, dass auf Baumaterialien geachtet werden müsse, und dass eine nachhaltige Stadt atomstromfrei sein müsse. Dies seien die ökologischen Aspekte. Dann gebe es aber noch soziale wie die

96 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 2: S2.

97 <http://neu.wohnprojekt-wien.at/projekt/> Zugriff: 9.1.2012

98 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 2: S3.

99 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S5-6.

Integrationspolitik, bei der Wien noch sehr viel zu verbessern habe.¹⁰⁰ Man sieht also, dass es eine breite Fächerung an Vorstellungen und Themen gibt, die mit dem Begriff Nachhaltige Stadt verbunden werden.

Es war nicht der inhaltliche Schwerpunkt der Interviewleitfäden ein genaues Bild davon zu bekommen, welche Dimensionen von Nachhaltigkeit bei den Befragten mitspielen und wie sie diese definieren, deswegen ist eine gewisse Unschärfe geblieben.

Zuletzt kann man noch ein weiteres Thema zu den Zielen zählen, auch wenn dieser Punkt auf die Frage nach den Zielsetzungen des Projektes von niemandem direkt erwähnt wurde. Er kam zu späteren Zeitpunkten in allen Interviews vor und darf wohl, weil er so konsequent exerziert wird, auch zu den Zielen, vielleicht zum Teil auch schon zu den Mitteln gezählt werden. Die Rede ist von dem sehr partizipativen Modell der Mitgestaltung, das in diesem Fall mittels des Konzepts der „Soziokratie“¹⁰¹ gestaltet wird. Die Form in der Entscheidungen zustande kommen, auch wenn dies noch in seinen Feinheiten nicht vollends geklärt ist, unterscheidet sich stark von den gewohnten Abläufen in Bau- und Wohnprojekten, aber es unterscheidet sich auch von den Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung, die jede/r BewohnerIn als BürgerIn Österreichs erleben kann, und zwar durch sein ausgeprägtes partizipatives Moment. Im Grunde gilt für alle Entscheidungen, die in der gesamten Gruppe getroffen werden, die Einstimmigkeit, wobei genau das noch einer der Diskussionspunkte zu sein scheint, nämlich welche Entscheidungen das sein sollen, die alle treffen. Dies wird von allen Interviewten als ein sehr gut funktionierendes System beschrieben, was einige auch sehr überrascht hat, trotz der stellenweisen Konflikte, die aber laut einem Bewohner nicht gravierend sind trotz so mancher anstrengenden Diskussion.¹⁰²

100 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 3: S4.

101 VGL John Buck, Sharon Villines : We the People: Consenting to a Deeper Democracy, A Guide to Sociocratic Principles and Methods. (Washington, DC 2007).

102 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

6.1.3. Identität

Ein wichtiges Thema war das der Identität. Dabei ging es mir darum fest zu stellen, ob sich mittels eines solchen Projektes Identitäten bilden oder verfestigen, wie diese aussehen und was daraus folgt. Um gemeinschaftlich gesellschaftspolitische Ziele zu formulieren und umzusetzen braucht es eine gewisse Gruppenidentität.

Diese Identität definiert sich vor allem über Kritik am Status quo der ökosozialen Bedingungen und entwickelt in vielen Bereichen neue Lebenspraxen. Nachhaltigkeit ist dabei ein zentraler Begriff, der, wenn man so will, die Utopie dieser neuen Identität darstellt. Es ist aber keine rückwärtsgewandte, antimoderne Haltung, die ich hier feststelle, sondern eine, die sich ganz nahe an urbane Modernität andockt und deren Interesse sich nicht selten auf technologische Innovationen im Sinne einer ökologischen Modernisierung richtet. Dennoch geht es über bloß technokratische Fragen hinaus, wenn Menschen ihre gewohnten Lebenspraxen überdenken und anschließend teilweise verändern, und genau dies passiert meiner Ansicht nach momentan in gesteigertem Maße.

Im Wohnprojekt Wien finden sich meiner Ansicht einige Anzeichen dafür, dass man dieses als identitätsbildend im oben beschriebenen Rahmen bezeichnen könnte. Dass sich hierbei generell Menschen zusammengefunden haben, die ohnehin schon eine ähnliche Einstellung bezüglich vieler Themen haben, oder wie es eine Befragte ausdrückte eine Gruppe, die das gleiche Ziel verfolge¹⁰³, ist eine wichtige Vorinformation. Dennoch hat sich das mitunter noch einmal verstärkt. Ein Interviewter brachte es auf den Punkt, indem er sagte, dass das *„bei sehr vielen eigentlich wirklich zur Zeit fast das wichtigste Thema im Leben“*¹⁰⁴ sei und die Identifikation dementsprechend hoch sei. Es ist mithin auch notwendig im Hinblick auf die vielen Anstrengungen die seitens der TeilnehmerInnen unternommen werden, dass diese Tätigkeiten identitätsstiftend sind, also als sinnstiftend wahrgenommen werden. Seitens eines Interviewpartners wurde bestätigt, dass trotz einschlägiger Vorkenntnisse, eine derart intensive Beschäftigung mit dem Thema Nachhaltigkeit vorher nie bestanden hat und dies auch in konkrete Handlungen münde. Beispielsweise habe er seitdem ein viel größeres Augenmerk auf den Energieverbrauch von Geräten gerichtet, die er neu

103 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 3: S2.

104 Transkription BewohnerInnenInterview 2: S13.

kaufe.¹⁰⁵ Man kann also davon ausgehen, dass sowohl geistige Beschäftigung als auch praktische Handlungen in einem als identitär erlebten Prozess verstärkend wirken. Dies ist insbesondere in Bezug auf die nötigen Anstrengungen nicht zu unterschätzen.

6.1.4. Standorteinschätzung Wien.

Über Wien hatten die Befragten alle ein ähnliches Bild. Es entwickle sich in die richtige Richtung, sei auch in gewissen Aspekten schon sehr lebenswert, aber es gebe noch viel Verbesserungsbedarf.¹⁰⁶ Eine Person meinte, dass alle Entwicklungen ambivalent zu sehen seien und vielleicht nur sehr oberflächlich betrachtet dem gerecht werden, was sie zu leisten vorgeben.¹⁰⁷ Dennoch war es den Befragten klar, dass auch ihr Projekt mit davon abhing, ob die Stadt Wien es fördert, was sie letztendlich getan hat. Ein Bewohner meinte dazu, dass Wien eben an Alternativprojekten auch nicht vorbeigehen könne, dass solche aber noch viel zu wenig passieren würden, weil sie mit so viel Mühe verbunden seien und man viel mehr hätte, wenn es seitens der Stadt mehr Unterstützung gebe.¹⁰⁸

6.1.5. Umsetzung

Auf meine Frage ob es in der Umsetzung Probleme gebe, und wenn ja, ob sie eher inneren Auffassungsunterschieden geschuldet sind oder erst in der Auseinandersetzung mit den äußeren Institutionen entstünden, wie beispielsweise Bauträger, Magistrate, regionale und überregionale Politik, wurde mir sehr einhellig gesagt, dass nur wenige Probleme aufkämen. Die innere Meinungsfindung funktioniere weitestgehend sehr gut. Konflikte, wenn auch vorhanden, seien nicht gravierend. Auch in der Kooperation mit den anderen Institutionen musste ich nachbohren um überhaupt ein paar Beispiele für Auseinandersetzungen zu finden. Aber auch da habe ich eine große Gelassenheit und einen Optimismus der Gesprächspartner in der Lösung etwaiger offener Fragen vernehmen können.¹⁰⁹ In der Freiraumplanung gab es seitens des Bauträgers

¹⁰⁵ Transkription BewohnerInnenInterview 2: S12.

¹⁰⁶ VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

¹⁰⁷ VGL Transkription BewohnerInnenInterview 3: S2.

¹⁰⁸ VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S13.

¹⁰⁹ VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

anscheinend divergierende Vorstellungen, wobei sich hierbei bereits die BewohnerInnen durchgesetzt haben.¹¹⁰ Auch wenn es noch nicht vollends geklärt ist, musste man sich in einem Punkt dem Gesetzgeber beugen, der aus feuerpolizeilichen Gründen die gewünschte Holzfassade nicht zulässt. Hierzu sagte mir ein Projektmitglied, dass es sich nicht lohne gegen gesetzliche Vorgaben vorzugehen, weil das den Zeithorizont eines solchen Bauprojektes übersteige.¹¹¹ Von direkten Auseinandersetzungen mit der Stadt Wien, sei es nun auf der Verwaltungsebene oder mit den politischen Akteuren, konnte mir keiner der Befragten berichten. Das mag aber auch daran liegen, dass man sich über die Einreichung bei dem Bauträgerwettbewerb schon auf viele Kriterien, die seitens der Stadt Wien aufgestellt werden, eingelassen hat.

6.1.6. Perspektive

Die letztendliche Konkretisierung des Projektes steht in vielen Belangen noch bevor, da der Bauprozess noch nicht begonnen wurde und somit auch noch keine Erfahrungen im Zusammenleben gemacht werden konnten. Viel ist auch im Zielgebiet rund um den Baugrund offen. Fragen nach der zukünftigen Infrastruktur bleiben ebenso teilweise offen wie Fragen nach dem Funktionieren der vielen Ideen und Pläne, die derzeit gemacht werden. Trotzdem entwickeln die viel mit dem Planen beschäftigten TeilnehmerInnen meiner Ansicht nach ein Gefühl dafür, wie sich einige Faktoren auf dem zukünftig bewohnten Gebiet entwickeln könnten. Durch ihre Einbindung in die Planung, die auch den Austausch mit verschiedensten Institutionen beinhaltet, und durch die intensive interne Kommunikation, wissen die einzelnen TeilnehmerInnen mit Sicherheit deutlich mehr über die Entwicklungen am Nordbahnhof als ein/e durchschnittliche/r BewohnerIn desselben.

Eine Tendenz war aus den Interviews deutlich heraus zu hören. Die derzeitige infrastrukturelle Versorgung wird als unzureichend eingeschätzt und die Perspektive auf eine grundlegende Besserung in naher Zukunft wird stark bezweifelt. Dabei waren

110 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 3: S6.

111 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S10.

die vor allem angesprochenen Mängel vor allem bei der Nahversorgung und der schulischen Infrastruktur verortet.¹¹² Ein Bewohner bemängelte aber auch die kulturellen und gastronomischen Möglichkeiten als unzureichend.¹¹³ Auch wenn diese Defizite dezidiert von der Stadt Wien erwähnt werden und es Anstrengungen geben soll diese zu beheben¹¹⁴, blieben gewisse Zweifel bei den Befragten bestehen.

Des Weiteren meinte ein zukünftiger Bewohner, dass die Altersstruktur und damit die Lebendigkeit des neuen Viertels noch über lange Zeiträume sehr unbefriedigend sein werden.¹¹⁵

6.1.7. Soziale Struktur – Zugang zum Projekt

Was für mich auch von hoher Relevanz war, war die Frage nach den Zugangsbedingungen. Wer kann bei einem solchen Projekt mitmachen, welche Kriterien müssen ProjektteilnehmerInnen erfüllen und wie wird das Aufnahme-procedere gestaltet?

Zunächst einmal erklärte mir ein Bewohner, dass es unterschiedliche Phasen gab. In der ersten Phase hatte man noch freien Zugang, wo sich bei einigen Treffen Interessierte versammelt haben. Als es dann an die Grundstückssuche ging, und das Ganze konkret wurde, kristallisierte sich dann eine Gruppe heraus, und über die Einreichung zum Bauträgerwettbewerb wurde eine feste Gruppe fixiert. Danach gab es einen Aufnahme-prozess bei dem sich BewerberInnen mit zwei Personen aus der so genannten Kerngruppe, also den Leuten, die schon fix dabei waren, treffen mussten um eine Art, wenn man so will, Casting zu machen.¹¹⁶ Hierbei betonten alle von mir Befragten, dass es sehr angenehme Gespräche waren, in denen man auch als Bewerber viele Fragen klären konnte.¹¹⁷

112 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

113 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S8.

114 VGL Gemeinderatsbeschluss über das städtebauliche „Leitbild Nordbahnhof“ (1994).

115 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S8.

116 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S1-3.

117 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

Auf meine Frage nach welchen Kriterien denn die Leute ausgesucht wurden, führten die Befragten an, dass man die finanziellen Mittel haben musste und bereit sein musste die elf Stunden Arbeit, die im Monat vorgesehen sind, zu leisten.¹¹⁸ Des Weiteren führte einer an, dass es von Vorteil war, wenn man Zugewanderte/r, HandwerkerIn oder KünstlerIn war, weil von diesen welche gesucht wurden.¹¹⁹

Weil in dem soziokratischen System ein/e Jede/r de facto ein Vetorecht habe, mussten auch gewisse Grundbedingungen stimmen, meinte ein Bewohner, damit eine Einzelperson das Projekt nicht sprengen könne.¹²⁰ Das ist wohl so zu verstehen, dass man vorher ein Stück weit testet, ob BewerberInnen mit den Zielen des Projektes weitgehend konform gehen und ob sie zu zentralen Themen ähnliche Meinungen haben. Beispielsweise ließe sich kaum eine zu ökologischen Zwecken teurere Variante durchsetzen, wenn nicht alle den Wunsch teilen würden ökologische Aspekte einzubeziehen.

Bei einem Blick in die Fragebogen, die mir ein wesentlicher Teil der Bewohner ausgefüllt haben, merkt man, dass beinahe alle einen akademischen Abschluss haben.¹²¹ Als formuliertes Kriterium war der Bildungsstand nirgends zu finden, aber es scheint doch in diesem Projekt so zu sein, dass es förderlich ist. Möglicherweise ist es bereits notwendig um überhaupt davon zu erfahren oder sich für Projekte dieser Art zu interessieren. Für die inhaltliche Arbeit in den Arbeitsgruppen ist es aus meiner Sicht jedenfalls kaum denkbar ohne einem großen Maß an Vorwissen auf Augenhöhe mitreden zu können.

118 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

119 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 2: S2-3.

120 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S5.

121 Auswertungstabelle Umfragebogen ProjektteilnehmerInnen vom 18.06.2011

6.1.8. Conclusio

Zusammenfassend kann man also folgende Aussagen tätigen. Die befragten TeilnehmerInnen verfolgen über das Wohnbauprojekt gesellschaftspolitische Anliegen. Dies geschieht hauptsächlich auf persönlicher Ebene, es gibt aber auch Versuche medial zu kommunizieren. Des Weiteren wird man von den politischen und bürokratischen Stadtplanungsapparaten wahrgenommen und will auch dort Impulse setzen. Es wird auch ein gewisser Zielkonflikt zwischen Impulsgebung und Wohnqualität festgestellt, weil sich einige vor zu reger öffentlicher Anteilnahme direkt in ihrem Lebensbereich fürchten.

Ich orte vier maßgebliche Ziele.

Das erste Ziel ist dabei ein neues städtisches Lebensmodell, das in hohem Maße gemeinschaftlich ausgerichtet ist, aber eben mit der Begrenzung, dass mit Gemeinschaft im Kern die Projekt-TeilnehmerInnen gemeint sind. Dies soll sowohl soziale, ökonomische wie auch ökologische Benefits bringen. Dazu wurde noch der Wunsch größerer Durchmischung sowie besserer Integration zum Ausdruck gebracht, sowohl was kulturelle Gruppen als auch verschiedene Altersgruppen betreffen. Was noch diskutiert wird ist die mögliche Einbindung sozial Bedürftiger.

Ein weiteres kritisiertes Feld ist das der neoliberalen Wirtschaftsweise. Auch wenn das dezidiert nicht in den Interviews formuliert wurde, so richten sich die Maßnahmen wie der Entzug des Wohnraumes zu spekulativen Zwecken, das Gemeinschafts- statt Privateigentum und die interne Alternativwährung, doch klar gegen spezifische neoliberale Wirtschaftspraktiken.

Das dritte Ziel ist eine nicht so energie- und materialintensive Bau- und Lebensweise, sprich ökologische Nachhaltigkeit. Hierbei lassen sich relativ einfach Kriterien aufstellen und dies ist auch der Teil, der sich am ehesten mit Entscheidungsträgern kommunizieren lässt. Damit sollen anderen Dimensionen von Nachhaltigkeit, die mitgedacht werden und von einigen sogar bewusst in das Zentrum gerückt wurden, nicht ausgeblendet werden. Vielmehr schwingen diese Dimensionen, seien sie nun sozialer oder ökonomischer Natur in allen beschriebenen Zielen mit.

Das vierte maßgebliche Ziel ist eine basisdemokratische Entscheidungsfindung in Form der „Soziokratie“¹²². Hier werden partizipative Instrumente geübt, die sich viele auch in anderen Bereichen wünschen würden. In allen Interviews wurde stark betont, wie gut diese Form der Beschlussfassung funktioniert.

Bei den befragten TeilnehmerInnen herrscht ein hoher Grad an Identifizierung mit dem Projekt, was auch nötig ist, wenn man auf die erforderliche individuelle Leistung blickt.

Die Umsetzung erschien den Befragten als weitestgehend problemlos, sowohl in Bezug auf innere, wie auch auf äußere AkteurInnen. Das mag aber auch daran liegen, dass man sich über die Einreichung bei dem Bauträgerwettbewerb schon auf viele Kriterien, die seitens der Stadt Wien aufgestellt werden, eingelassen hat.

Die soziale Struktur innerhalb des Projektes ist bei einigen Faktoren stark durchmischt, speziell bei einem aber sehr eingeschränkt. Kulturell, altersmäßig und nach dem Geschlecht gibt es eine vielfältige Durchmischung. Einheitlich dagegen ist der soziale Hintergrund, es handelt sich um höher gebildete Menschen, fast durchwegs AkademikerInnen¹²³.

122 VGL John Buck, Sharon Villines : We the People: Consenting to a Deeper Democracy, A Guide to Sociocratic Principles and Methods. (Washington, DC 2007).

123 Auswertungstabelle Umfragebogen ProjektteilnehmerInnen vom 18.06.2011

6.2. Auswertung ExpertInnen-Interviews

6.2.1. Auswahl der InterviewpartnerInnen

Um den Statements der TeilnehmerInnen des Projektes eine qualifizierte Außensicht entgegenzustellen wurden vier ExpertInneninterviews geführt. Sie arbeiten in Bereichen, die in Folge kurz beschrieben werden sollen, um deren Relevanz zu demonstrieren, aber auch um die Einordnung der geäußerten Standpunkte zu erleichtern.

Das erste Interview wurde mit Dipl. Ing. Alexandra Madreiter geführt. Sie arbeitet bei der MA 21A Stadteilplanung und Flächennutzung Innen-West im Dezernat 1, das unter anderem für den 2. Wiener Gemeindebezirk zuständig ist, in dem sich der Nordbahnhof befindet. Sie fungierte damit als Expertin was den Planungsprozess seitens der Wiener Stadtverwaltung betrifft und ist auch direkt für das Gebiet zuständig, in dem das Wohnprojekt Wien verwirklicht wird. Die Verwaltung spielt eine wichtige Rolle als Schnittstelle zwischen Politik, Bauträgern, dem Eigentümer und auch den zukünftigen BewohnerInnen.

Ein weiteres Interview fand mit Dr. Wolfgang Förster statt. Er arbeitet in der MA 50 im Bereich Wohnbauforschung und ist eine zentrale Anlaufstelle für einen fundierten Überblick zum Wiener Wohnbau. Die MA 50 macht regelmäßige Studien und Evaluationen in Bezug auf Wohnbau und Stadterneuerung und kann somit einen empirisch fundierten Blick auf Teile der Fragestellung dieser Arbeit ermöglichen. Des Weiteren ist sie auch direkt planerisch in vielerlei Formen operativ beteiligt.

Der dritte Interviewpartner war Peter Mlzech. Er arbeitet in der Gebietsbetreuung des 2. Wiener Gemeindebezirkes. Die Aufgabe dieser Stellen ist eine Schnittstelle zwischen BewohnerInnen und Stadt zu sein, was die Themen Wohnen, Wohnbau, Stadt(-teil)entwicklung und Stadterneuerung angeht. Es ist die zentrale Kommunikationsstelle, auf welche BewohnerInnen des jeweiligen Bezirkes oder Stadtteiles sehr einfach und direkt zugreifen können. Sanfte Stadterneuerung ist einer der Hauptgrundsätze, es wird versucht, vor allem sanierungsbedürftige Stadtviertel behutsam aufzuwerten. Formell

untersteht die Gebietsbetreuung der MA 25.¹²⁴ Durch den sehr umfangreichen direkten Kontakt zu BewohnerInnen auf dem und rund um das Zielgebiet Nordbahnhof, kann ein weiterer Blickwinkel eingebracht werden.

Gerhard Kubik, der vierte Interviewpartner, ist Bezirksvorsteher des 2. Wiener Gemeindebezirkes und das bereits seit 1999. Er ist darüber hinaus schon seit 1969 Parteifunktionär der SPÖ¹²⁵, die den Bezirksvorsteher, seit es diesen gibt, ununterbrochen stellt. Dennoch hat sich politisch in dieser Zeit einiges verschoben. In den 1990ern kostete eine sehr stark aufkommende FPÖ den Sozialdemokraten erstmals die absolute Mehrheit. Auch wenn im beginnenden neuen Jahrtausend wieder Zugewinne gemacht werden konnten, da die FPÖ stark an Stimmen verloren hatte, war eine absolute Mehrheit nie wieder in Reichweite. Dies lag sicherlich auch stark an den Wahlerfolgen der Grünen, die 2005 sogar den 2. Platz belegten. Die Situation heute erinnert wieder stark an die 1990er, da die FPÖ wieder an Boden gewinnt und 2010 wieder knapp vor den Grünen die zweitstärkste Kraft werden konnte.¹²⁶

Dies ist deshalb relevant, weil die Realisierung des Entwicklungsgebietes am Nordbahnhof in genau diesen Zeitraum (seit 1994) fällt, und somit auch in Bezug auf die jeweiligen politischen Bedingungen gedacht werden muss.

Die Bezirkspolitik spielt eine wesentliche Rolle bei der Ausgestaltung von Stadtentwicklungsgebieten, wenn es auch planerische Institutionen auf Ebene der Stadt gibt. So ist es auch nicht überraschend, dass mit dem Leitbild das zentralste Dokument der Planungen am Nordbahnhof auf Ebene des Gemeinderats beschlossen wurde. Selbstverständlich wurden in der Planung auch die anderen relevanten Ebenen einbezogen, ehe es dazu kam.

6.2.2. Zielvorstellungen am Nordbahnhof

Was aus sämtlichen Interviews hervorging war der Fokus vor allem auf den Wohnbau, der auf dem Gebiet des ehemaligen Nordbahnhofes verfolgt wird, wenn auch für ebenso viele Menschen auf dem Gebiet Arbeitsräumlichkeiten geschaffen werden soll. Dabei wurde vor allem darauf geachtet ein relativ vielfältiges Wohnprofil zu bedienen um

124 VGL <http://www.gbstern.at/> Zugriff 27. Oktober 2011

125 VGL <http://www.wien.spoe.at/gerhard-kubik> Zugriff: 03.11.2011

126 VGL <http://de.wikipedia.org/wiki/Leopoldstadt#Politik> Zugriff: 03.11.2011

möglichst unterschiedliche Gruppen anzusprechen. Demgemäß wurde stark auf Themenwohnbau gesetzt, aber auch eine Mischung aus Finanzierungsinstrumenten kam zur Anwendung. Es gab auch ein eigenes Verkehrskonzept, das in allen Gesprächen thematisiert wurde und zwar durchwegs als etwas Positives, das den nicht motorisierten Individualverkehr verstärken soll und auch die Wohnqualität durch beruhigte Zonen in den Mittelpunkt stellt. Die Hinweise im Leitbild 1994 auf ökologische Aspekte im Städtebau und die sanfte Integration im Hinblick auf Umweltverträglichkeit (wenn dem auch teilweise im Verkehrskonzept Rechnung getragen wird) wurden hingegen in keinem Interview angesprochen. Die Frage dazu war bewusst offen formuliert.¹²⁷

Auch das Plädoyer gegen den zunehmenden Stadtperipheren Grünlandverbrauch, sprich gegen Zersiedelung, dem die Entwicklung eines innerstädtischen Wohnbereichs laut Leitbild entgegenwirke, fand keine Erwähnung.¹²⁸

Die Wohnbautätigkeiten in Wien wurden seitens aller InterviewpartnerInnen auf einen steigenden Bedarf zurückgeführt. Dieser soll auch mittel- und langfristig weiter steigen, sodass es weiterhin als notwendig erachtet wird in ähnlichem Maße zu bauen.¹²⁹ Laut Förster handelt es sich dabei um rund sieben- bis achttausend Wohnungen, die jährlich neu errichtet werden müssten.¹³⁰

Gebieten wie dem Nordbahnhof haben zu diesem Zweck eine besondere Bedeutung, da bebaubare Grundstücksreserven nur begrenzt vorhanden sind. Fünfzig Prozent des Stadtgebietes sind geschütztes Grünland, und können daher nicht bebaut werden.¹³¹

Zudem hat man mit dem Nordbahnhofsgelände auch noch ein unerschlossenes Gebiet, das es in dieser Größenordnung und Qualität im innerstädtischen Bereich sonst nicht gebe.¹³² Seitens Kubik wurde noch einmal erwähnt, dass es eine Besonderheit sei, dass ein Großteil der Infrastruktur schon vorhanden sei, was auch einen Vorteil darstelle.¹³³

Da es sich um ein relativ großes Gebiet handelt, wurde auch mehrmals von einem neuen Stadtteil gesprochen. Madreiter meinte gar es solle so etwas wie eine multifunktionale

127 VGL ExpertInneninterviews mit Förster, Kubik, Madreiter und Mlzech.

128 VGL ExpertInneninterviews mit Förster, Kubik, Madreiter und Mlzech.

129 VGL ExpertInneninterviews mit Förster, Kubik, Madreiter und Mlzech.

130 VGL Interviewtranskript Förster vom 20.07.2011: S1.

131 Ebd. S1

132 Ebd. S2

133 VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S1.

kleinere Stadt mit einer stadtähnlichen Dichte entstehen, die möglichst große Bevölkerungskreise anspricht. Dies solle unter anderem über eine Durchmischung von Wohnformen erreicht werden.¹³⁴

Die beiden Bauträgerwettbewerbe, die als Themenwohnbau solch eine Durchmischung fördern, wurden betitelt mit „Junges und kostengünstiges Wohnen“ und „Multikulturelles Wohnen“. Ersterer gehe laut Madreiter auf eine Diskussion rund um eine Studie zur Jugend in Wien zurück und sei auch der Beobachtung geschuldet, dass sich geförderter Wohnbau permanent an der Kostenobergrenze orientiert. Hier würde angesichts dessen der Versuch gestartet, billigere Möglichkeiten zu schaffen.¹³⁵ Der zweite Bauträgerwettbewerb mit dem Fokus auf Interkulturalität, ergab sich dadurch, dass sich die Integrationsfrage durch den Zuzug auch aus der EU auf eine neue Art gestellt habe. Es gebe immer aktuelle politische Fragestellungen, die in den Wohnbau einfließen.¹³⁶

Derzeit ist ein neues Leitbild in Planung, aufbauend auf einem städtebaulichen Ideenwettbewerb. Eines der Leitkonzepte, das dabei vorgegeben wurde ist das „Gender Mainstreaming“. Dies sei, laut Madreiter, ein relativ neues Konzept und daher noch nicht in alten Dokumenten zu finden, wenn es auch schon wichtig war, dass die Zielgruppen, die „Gender Mainstreaming“ meint, auch damals schon angesprochen wurden. Jetzt werde es aber bei allen Planungsschritten mit gedacht und eben anders genannt.¹³⁷

6.2.3. Institutionen

Für einen Laien ist es auf den ersten Blick schwierig einen Überblick zu erlangen, welche Akteure in die Planung und Realisierung eines Stadtentwicklungsprojektes dieser Größenordnung eingebunden sind und auf welche Art. Hierzu reicht es nicht sich nur das Institutionengefüge anzusehen, man muss auch sehen wie gewisse Spielräume letztlich genutzt werden. Dafür sind Gespräche mit Insidern unentbehrlich. Beispielsweise war hierzu aus dem Interview mit Madreiter einiges darüber zu entnehmen wie das Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Planungsebenen, aber

134 VGL Interviewtranskript Madreiter vom 5.07.2011: S1-2.

135 VGL Interviewtranskript Madreiter vom 5.07.2011: S2.

136 VGL Interviewtranskript Madreiter vom 5.07.2011: S2.

137 VGL Interviewtranskript Madreiter vom 5.07.2011: S2-3.

auch das Zusammenspiel mit der ÖBB sowie das mit der Politik und den verschiedenen planungsrelevanten Fachdienststellen funktioniert.

Exemplarisch konnte sie mir den Prozess der zur Erstellung des Leitbildes 1994 geführt hat nacherzählen. Zunächst einmal würden mit dem/der EigentümerIn, im Fall des Nordbahnhofes ist dies die ÖBB, Vorverträge und Absichtsvereinbarungen abgeschlossen. Im Vorfeld und auch danach würden mit den verschiedenen Dienststellen, die unterschiedliche Kompetenzen und Aufgaben wahrnehmen, planerische Konzepte erstellt. Dies sei ein längerer Prozess, bis dann Einigkeit erzielt werden könne. Daneben gebe es aber auch politische Gremien, deren VertreterInnen aber schon im vorangegangenen Prozess immer wieder eingebunden seien. Auf Ebene der sogenannten Bezirksentwicklungskommission wird das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen zwischen den verschiedenen Dienststellen und der ÖBB vorgestellt und es besteht die Möglichkeit zu Stellungnahmen. Auf Stadtebene gibt es die Stadtentwicklungskommission, die einen Beschluss fassen könne. In letzter Konsequenz werde das Ganze dann, wie auch in diesem Fall, dem Gemeinderat vorgelegt, dessen Beschlussfassung dann auch Rechtssicherheit gebe.¹³⁸

Seitens des Bezirksvorstehers Kubik war zu vernehmen, dass es eine enge und konsensual orientierte Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bezirksebene gebe.¹³⁹

Etwas zu kurz kam die Rolle des Wohnfonds Wien, bei dem unerfreulicher Weise auch niemand zu einem Interview bereit war.

6.2.4. Wohnpolitik

Direkten Bezug zum Stellenwert von Wohnpolitik, auch auf Grund einer eigens gestellten Frage, nahm Gerhard Kubik, indem er hervorhob, dass Wohnpolitik Gesellschaftspolitik sei und darüber sozialer Ausgleich stattfinde. Er unterstrich dabei auch den Unterschied zu vielen anderen Städten, die dadurch weniger Durchmischung hätten und mehr Probleme speziell für die untersten Einkommensschichten.¹⁴⁰

138 VGL Interviewtranskript Madreiter vom 5.7.2011: S4-5.

139 VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S3.

140 VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S5.

Indirekt konnte man aber auch bei den übrigen ExpertInnen heraus lesen, dass sie die Faktoren sozialen Ausgleich und Durchmischung als planerisches Ziel in Wien anerkennen und auch anstreben, sowohl innerhalb, als auch außerhalb des angesprochenen Entwicklungsgebietes. Als Instrumente zur Erreichung dieser Ziele wurden die Wohnbauförderung, die geförderte Sanierung aber auch das Mietrecht mehrmals erwähnt.¹⁴¹

6.2.5. Partizipation und Mitbestimmung

Auch zu dem Punkt der Entwicklung von Mitbestimmung und Partizipation innerhalb Wiens gab es die einhellige Meinung, dass sich diese verstärkt habe und auch weiterhin zunehmen werde.¹⁴² Wenn auch seitens des Bezirksvorstehers darauf hingewiesen wurde, dass es eigentlich nichts besonders Neues sei, schließlich gebe es Gebietsbetreuungen schon seit über 20 Jahren.¹⁴³ Auch die Einschränkung, dass sich kein repräsentatives Abbild erstellen ließe mit dem Personenkreis, der an solchen Prozessen teilnimmt, wurde mehrmals angeführt.¹⁴⁴

Im konkreten Fall des Nordbahnhofes, was für andere Neubaugebiete gleichermaßen gilt, gibt es aber kaum Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Es stellt sich auch die Frage, wer dort mitbestimmen können soll. Darauf hat auch Bezirksvorsteher Kubik hingewiesen. Zur Zeit der Planung steht noch gar nicht fest, wer einmal dort wohnen wird, und insofern könne man die BewohnerInnen des Gebietes nicht einbinden.¹⁴⁵ In dem Interview mit Madreiter ist diesbezüglich ein interessanter Aspekt vorgekommen. Auf einer eigens für die Bauvorhaben am Nordbahnhof abgehaltenen Informationsveranstaltung wurde der Wunsch nach einer eigenen Gebietsbetreuung nachdrücklich artikuliert. Diese gibt es aber üblicherweise nur in älteren Stadtteilen und auch seitens des Magistrats in dem Madreiter tätig ist, sind keine Mittel dafür vorgesehen eine Gebietsbetreuung einzurichten. Ein klarer gebietsbezogener

141 VGL ExpertInneninterviews mit Förster, Kubik, Madreiter und Mlzech.

142 VGL ExpertInneninterviews mit Förster, Kubik, Madreiter und Mlzech.

143 VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S5.

144 VGL ExpertInneninterviews mit Förster, Kubik, Madreiter und Mlzech.

145 VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S5-6.

Ansprechpartner wird somit in naher Zukunft höchstwahrscheinlich nicht zur Verfügung stehen.¹⁴⁶

6.2.6. Rolle der BewohnerInnen in Konflikten

Ein Zielkonflikt in der Planung war laut Auskunft von Madreiter und Mlzech der Anteil der Grünraumfläche. Hier seien unterschiedliche Fachdienststellen zu divergierenden Forderungen gelangt. Laut Peter Mlzech gibt es bei diesem Thema ohnedies immer Auseinandersetzungen.¹⁴⁷ Madreiter ließ auch durchblicken, dass neben den Forderungen einiger Fachdienststellen zu mehr Grünraum auch die Einflussnahme seitens der ÖBB stattgefunden habe, die für möglichst viel Bruttogeschossfläche plädierte, weil sich daraus eine höhere Wertschöpfung erzielen ließe. Letztlich sei es aber gar nicht möglich gewesen die geforderten Flächen für Grünraum frei zu geben, wenn man in der hohen innerstädtischen Dichte bauen wolle, so wie es das Leitbild vorsehe.¹⁴⁸

Der Kompromiss wurde gefunden, indem man für eine gute Anbindung an nahe gelegene große Grünräume gesorgt habe, und durch die Schaffung des Bednar Parks, mit dem sämtliche befragten ExpertInnen sehr zufrieden schienen.¹⁴⁹

Ein weiterer Konflikt, der vor allem von Kubik explizit betont wurde, war der um die Anteile an Parkraum für PKWs.¹⁵⁰ Bereits aus dem Verkehrskonzept geht hervor, dass es eine Forcierung von nicht motorisiertem Individualverkehr, sprich von FußgängerInnen und RadfahrerInnen, geben soll.¹⁵¹ Im Bezug darauf wurde auch die Stellplatzfrage für Autos diskutiert. Anscheinend gingen die Forderungen dabei aber auseinander. Kubik betonte, dass es ein Ziel sei die Autonutzung zu minimieren durch attraktive Angebote im öffentlichen Nahverkehr. Trotzdem seien Stellplätze nötig, weil man das Auto, wenn

146 VGL Interviewtranskript Madreiter vom 5.7.2011: S7.

147 VGL Interviewtranskript Mlzech vom 6.07.2011: S2.

148 VGL Interviewtranskript Madreiter vom 5.7.2011: S5.

149 VGL ExpertInneninterviews mit Förster, Kubik, Madreiter und Mlzech.

150 VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S4.

151 VGL <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/verkehr-neu.pdf> Zugriff: 11.01.2012

auch seltener, so doch immer noch brauche und auch Besuche und Lieferungen mitgedacht werden müssten.¹⁵² Peter Mlzech hielt das Ergebnis, trotz der Zeitspanne die seit der Erstellung des Konzeptes verflossen ist, nach wie vor für fortschrittlich.¹⁵³

An diesen beiden Konflikten wird deutlich, dass sich die Entscheidungen maßgeblich auf Ebenen abspielen, auf die BürgerInnen keinen direkten Zugriff haben. Aus den beiden Informationsveranstaltungen, die Interessierten BürgerInnen einen Einblick gewähren sollten, wurden Protokolle angefertigt, welche Anliegen die BesucherInnen hervorgebracht haben. Grün- und Freifläche, sowie Fragen und Wünsche bezüglich des Verkehrs haben dabei eine zentrale Rolle gespielt.¹⁵⁴ Bezirksvorsteher Kubik meinte hierzu: *„Ich denke Politik ist auch dazu gewählt, dass sie dann einmal Entscheidungen trifft, die von der lauten Minderheit aus Versammlungen nicht getragen werden.“*¹⁵⁵ Auch Förster meinte dazu, man bekäme bei partizipativen Mitbestimmungsmodellen kein repräsentatives Abbild der Bevölkerung zustande.¹⁵⁶ Da sich dies auch über das WP-Wien behaupten lässt, stellt sich die Frage, ob es möglich ist ein Instrumentarium zu entwickeln, das einen repräsentativeren Bevölkerungsteil einzubinden imstande ist. Als Ziel war dies aber in keinem der Interviews zu vernehmen.

152 VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S4.

153 VGL Interviewtranskript Mlzech vom 6.07.2011: S7.

154 VGL <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/zusammenfassung-neu.pdf> , <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/zusammenfassung.pdf>
Zugriff: 11.01.2012

155 VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S5.

156 VGL Interviewtranskript Förster vom 20.07.2011: S4.

6.2.7. Politökologische Praxis und Aufwertungsprozesse

Da das Wohnprojekt Wien auch gewillt ist durch einige Maßnahmen die Wohnqualität des Umfeldes zu verbessern, beispielsweise durch einen wöchentlichen Bauernmarkt, offene Gemeinschaftsräume und kulturelle Veranstaltungen, könnte man Auswirkungen auf die Attraktivität der Zone vermuten. Der direkte Beweis der Auswirkungen eines einzelnen Bauprojektes auf die angrenzenden Viertel dürfte aber schwer zu erbringen sein und so zielte die Frage auf die gesamte Entwicklungszone ab.

Weil leistbares und attraktives Wohnen eines der Ziele ist und man mit dem Nordbahnhof eine sehr attraktive Zone schaffen will, und sich auch dezidiert eine Aufwertung der umliegenden Gebiete seitens der Stadt Wien wünscht¹⁵⁷, wollte ich wissen, ob es auch Anstrengungen gibt die umliegenden Stadtteile vor einer Preissteigerung bei den Mieten zu schützen. Hierzu bekam ich einige Einschränkungen, die verdeutlichen sollten, was in Zukunft rund um den Nordbahnhof passieren könnte. Zunächst einmal meinte Mlzech, dass die Aufwertung kaum ursächlich mit dem Errichten des Stadtteiles Nordbahnhof zusammenhänge. Vielmehr seien Stadterneuerungsprozesse in den Stadtteilen selber oder die geplante Ansiedelung der WU maßgebliche Aufwertungen.¹⁵⁸ Auf der anderen Seite bestätigte mir Förster, dass es sich in den umliegenden Gebieten überwiegend um öffentlichen Wohnbau handle und dort eine schubartige Preissteigerung ausgeschlossen sei.¹⁵⁹ Dennoch drückten sowohl Förster als auch Kubik und Mlzech aus, dass es ein klares Ziel sei die Gebiete aufzuwerten, wenn auch maßvoll und möglichst mit einem hohen Maß an Mieterschutz.¹⁶⁰ Neben öffentlichem Wohnbau und geförderter Sanierung könne dies auch das Mietrecht garantieren, wobei dieses für Förster nicht streng genug ist¹⁶¹ und Mlzech hier in den letzten Jahren sogar Tendenzen ortet, die dieses stark liberalisiert hätten.¹⁶² Kubik merkte auch an, dass es im 2. Wiener Gemeindebezirk ein Negativbeispiel gebe, wo es nicht gelungen sei Wohnen auf einem günstigen Niveau zu

157 <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/vorgaben.pdf>Zugriff: 17.11.20011

158 VGL Interviewtranskript Mlzech vom 6.07.2011: S9-10.

159 VGL Interviewtranskript Förster vom 20.07.2011: S8.

160 VGL ExpertInneninterviews mit Förster, Kubik und Mlzech.

161 VGL Interviewtranskript Förster vom 20.07.2011: S8.

162 VGL Interviewtranskript Mlzech vom 6.07.2011: S9.

halten, nämlich das Karmeliterviertel. Wünschenswert sei aber im Optimalfall eine Mischung von unterschiedlichen Finanzierungsformen.¹⁶³

Zusammenfassend kann man also behaupten, dass die ExpertInnen nur sehr geringe Aufwertungstendenzen vom Nordbahnhof ausgehend auf das Umfeld erwarten, dass diese auch in vielen Fällen abgedeckt werden können und in maßvoller Weise auch erwünscht seien. Politökologische Praxis wird nicht als Preistreiber für die Mieten der umliegenden Wohnhäuser angesehen.

6.2.8. Einschätzungen des Wohnprojektes Wien

Die Reaktionen auf das WP-Wien fielen sehr unterschiedlich aus. Sämtlichen InterviewpartnerInnen war das Projekt ein Begriff, wenn auch die Informationslage über die Details unterschiedlich ausgeprägt war.

Madreiter, argumentierte aus der Sicht einer Beamtin im planerischen Bereich, die mit vielen Projekten vertraut sein dürfte. Ein Nachteil partizipativer Projekte, wie des WP-Wien, sei es, dass die Wohnungen so maßgeschneidert auf die individuellen persönlichen Bedürfnisse der TeilnehmerInnen seien, dass sie an den Marktbedürfnissen vorbei gehen würden, sobald einmal jemand auszieht. Folglich wären sie dann überaus schwer zu verkaufen. Als Vorteil hingegen sehe sie die starke Identifikation der BewohnerInnen mit dem Wohnbau und dem Umfeld. Das sei sicher sehr positiv für das Zusammenleben im Gebiet und angesichts dieser Tatsache seien mehr Projekte dieser Art auch wünschenswert.¹⁶⁴

Laut Mlzech existiere bei partizipativen Projekten wie dem WP-Wien der Vorteil, dass die Identifikation größer sei. Gleichwohl ist aber der Aufwand sehr hoch und dies kann als Nachteil gesehen werden. Viele würden das für sich nicht wollen, den meisten würde bereits die Mitsprache, die Bauträger ihnen einrichten, ausreichen.¹⁶⁵

Kubik meinte dazu, dass die Menschen, die bei so etwas mitmachen würden dies auch wollen würden und ähnlich denken würden und dadurch sicherlich eine bessere Gemeinschaft formen würden. Auf der anderen Seite gebe es viele Menschen, die so etwas nicht wollen, deswegen sei so ein Projekt auch die Ausnahme. Für die Bauträger

163 VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S9.

164 VGL Interviewtranskript Madreiter vom 5.7.2011: S8.

165 VGL Interviewtranskript Mlzech vom 6.07.2011: S9.

sei es auch eine große Herausforderung, da sie gezwungen seien während des Baus immer wieder neu planen zu müssen. Darüber hinaus bestehe die Gefahr, dass TeilnehmerInnen abspringen würden und es, wenn dann Neue dazu kämen, nicht mehr so gut funktionieren würde.¹⁶⁶

An den Äußerungen lässt sich ablesen, dass generell eine positive Resonanz besteht, was partizipative Projekte betrifft, aber keiner dazu tendiert diesem Projekt einem Modellcharakter beizumessen. Vielmehr scheint es sich in der Einschätzung der ExpertInnen um eine erwünschte Alternative zu handeln, die in einem Großteil der Projekte nicht gangbar ist.

6.3. Medienanalyse

Es wurden nur Artikel ausgesucht, die das WP-Wien erwähnen und über das Thema Baugruppen/Baugemeinschaften berichten. Sämtliche der gewählten Artikel vollziehen dies in relativ umfassender Weise und eignen sich daher gut für eine qualitative Auswertung.

1. Artikel

META: 12./13. Februar 2011, „Gestalten, wohnen, leben“, von Petra Ramsauer

PUBL: publiziert in „Die Presse“, Tageszeitung

INIT: Eigeninitiative

BEWT: positiv; Die Flexibilität in der Gestaltung der Lebensräume für die BewohnerInnen wird betont. Projekte werden als Reaktion auf gesellschaftlichen Wandel dargestellt. Die positive Wirkung auf Neubaugebiete durch die höhere Identifikation und Lebendigkeit wird erwähnt. Problem der Grundstückskäufe wird thematisiert, weil Baugruppen langsamer entscheiden würden. Dies soll in Deutschland aufgrund politischer Rahmenbedingungen schon weit besser funktionieren. WP-Wien als ein Beispiel erwähnt, es soll in Wien ca. ein Dutzend mit rund 600 BewohnerInnen geben.

¹⁶⁶ VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S8-9.

2. Artikel

META: 10.Juli 2010, „Gemeinsam wohnen, kochen, essen, spielen und arbeiten“, von Ursula Horvath

PUBL: publiziert in „der Kurier“, Tageszeitung

INIT: Eigeninitiative

BEWT: neutral; Das Co-housing Prinzip wird beschrieben, mit dem Fokus auf ökonomischen Synergieeffekten und der gemeinschaftlichen Lebensform. WP-Wien wird als „Co-housing light“ beschrieben, weil neben der Gemeinschaftlichkeit, der Privatsphäre ein hoher Stellenwert eingeräumt werde. Gesellschaftspolitische Faktoren weitestgehend ausgeblendet.

3. Artikel

META: 11.Januar 2012, „Erst reden, dann bauen“, von Maik Novotny

PUBL: publiziert in „Der Standard“, Tageszeitung

INIT: Eigeninitiative

BEWT: neutral; Fokus auf Architektenperspektive. NutzerInnenbedürfnisse durch Kommunikation mit ArchitektInnen besser berücksichtigt. Politischer Gehalt nicht thematisiert.

4. Artikel

META: 15.September 2010, „Wohnst du noch oder teilst du schon?“, von Joseph Gepp

PUBL: publiziert in „Der Falter“, Wochenzeitung

INIT: Eigeninitiative

BEWT: positiv; Baugemeinschaften als Trend aus Deutschland. Viele Vorteile genannt: ökonomische, Lösungen für Problematiken durch Entwicklungen von Kleinfamilienstrukturen in Städten, soziale Funktion, Energie + Raumspareffekte. „Kleinboom“ in Österreich, Funktion als „Urbanisierungskerne“. „Träger urbaner Lebensentwürfe“ für die Zukunft.

5. Artikel

META: 11.März 2011, „Baugruppen suchen oft vergeblich nach Flächen“, von Alexandra Rotter

PUBL: publiziert in „Das Wirtschaftsblatt“, Tageszeitung

INIT: Eigeninitiative

BEWT: neutral; Baugruppen als Trend, der aus der alternativen Ecke in die Mitte der Gesellschaft vorrückt. Problematik ist in Wien die Grundstücksuche für solche. Baugruppen. In Hamburg als vorbildlich dargestellt, weil automatisch 15 – 20 % der Flächen fix an Baugemeinschaften vergeben würden. Dies sei unter Umständen in Wien auch bald möglich, da sich die Grünen für diese Themen interessieren würden. WP-Wien wird breit mit seinen Eckdaten vorgestellt, aber kaum reflektiert. Gesellschaftspolitische Dimension wird nicht thematisiert.

6. Artikel

META: Novemberausgabe 2011, „Gemeinsam statt einsam“, von Ulrike Moser

PUBL: publiziert in „Der Trend“, Monatliches Magazin

INIT: Eigeninitiative

BEWT: positiv, kritisch; kleiner Boom in Österreich bei Baugemeinschaften, Kann, muss aber nicht billiger sein. Aber sehr zeitintensiv. Problematisch: rechtliche Absicherung vor allem bei Ausstieg. Kann auch eine Gefährdung für solche Projekte darstellen, wenn Leute aussteigen. Hürde: Grundstückskauf, Lösung wäre politisch herbeizuführen. Erstmals so geschehen in Seestadt Aspern. WP-Wien wird sehr positiv umschrieben. Gemeinschaftsgedanke und soziokratisches Modell werden breit erörtert.

6.3.1. Auswertung

Zusammenfassend kann man feststellen, dass es überwiegend positive Resonanzen zum WP-Wien sowie zu Baugruppen im Allgemeinen gibt. Zwei sind in einer eher neutralen Tonalität verfasst, ohne jedoch Kritisierenswerte Punkte zu finden. Der einzige Artikel, der kritischere Argumente hervorbringt, nämlich jener im Magazin Trend, hat dennoch eine positive Tonalität gegenüber der vorgestellten Projekte, auch im Falle des WP-Wien.

Eine weitere übergreifende Einsicht ist die, dass ein, wenn auch kleiner, Trend am Entstehen ist. Baugemeinschaften treten in Wien vermehrt auf. Dennoch ist man noch weit von vielen anderen Städten entfernt. Herausgehoben wurden einige Male Städte in Deutschland, die vor allem auf Grund der Beseitigung eines Problems seitens der Regionalpolitik erfolgreich sind, nämlich dem der schwierigen Grundstücksakquise für Baugemeinschaften. Dies sei gelungen durch die reglementierte Fixvergabe, welche es laut dem Artikel in „der Trend“ nun erstmals auch in Wien, und zwar in Seestadt Aspern, gegeben habe.

Die Thematisierung des gesellschaftspolitischen Moments solcher Projekte war nicht durchgängig in allen Artikeln zu vernehmen. In genau drei Artikeln, also der Hälfte, war dies aber der Fall. Diese haben in ihren Erläuterungen eine sehr positive Replik auf die gesellschaftspolitische Wirkung gegeben. So war im Falter-Artikel gar die Rede von „Trägern urbaner Lebensentwürfe“¹⁶⁷, was diesen Projekten einen hohen Stellenwert einräumt.

Das WP-Wien kam in allen gewählten Artikeln ausgesprochen positiv zur Geltung. Selbst in den neutraleren Artikeln wurde das Projekt eher beworben als beschrieben, was auch daran liegen könnte, dass dem Anschein nach teilweise Formulierungen direkt von ProjektteilnehmerInnen übernommen wurden ohne diese kritisch zu reflektieren.

167 Joseph Gepp: Wohnst du noch oder lebst du schon? In: Der Falter (15.09.2010).

7. Beantwortung der Forschungsfragen

7.1. Politische Handlung

Während in Österreich oftmals von Politikverdrossenheit, speziell bei jungen Menschen die Rede ist, ist es die Aufgabe von PolitikwissenschaftlerInnen diesen Befund wo nötig zu differenzieren. Viele nehmen dabei eine Verschiebung dessen wahr, was als politische Handlung verstanden und gesetzt wird. Während parteipolitisches Engagement unzweifelhaft zurück geht sind andere Formen der Kommunikation und Umsetzung gesellschaftspolitischer Ansprüche im Vormarsch.

Angesichts dieses Umstandes können auch in ein Bau- und Wohnprojekt, neben der üblichen Zielvorgaben des leistbaren und qualitätsvollen Wohnens für die BewohnerInnen und einer profitablen Umsetzung für die mit dem Bau beschäftigten Akteure, politische Dimensionen eingeschrieben werden.

Dies kann auf mehreren Ebenen ansetzen. Zunächst wird vielerorts auf die möglichen sozialökologischen Folgewirkungen von persönlicher Lebenspraxis, und Wohnen ist ein gewichtiger Teil dieser, direkt Bezug genommen. Dazu gibt es sehr viele Aspekte. Beispielsweise hat der wohnbezogene Energieverbrauch direkte Folgewirkungen. Neben der Entscheidung welche Art der Energieerzeugung bevorzugt wird kann man auch direkt beim Verbrauch ansetzen. Energiepolitik ist ein realpolitisch gewichtiges Thema und die nutzerseitige Einflussnahme wird von vielen unterschätzt. Organisiert man sich so, dass man weniger Energie benötigt und diese vielleicht auch dezentral selbst herstellen kann, hat man nicht nur spezifische Abhängigkeiten beseitigt, sondern auch seine Unterstützung für Negativwirkungen seitens des herkömmlichen Energieregimes eingestellt. So kann direkt Einfluss auf die Art der Energieerzeugung genommen werden ohne den Umweg über politische Vertretungen gehen zu müssen, wenn auch beschränkt auf seinen persönlichen Einflussbereich.

Im Wohnprojekt Wien ist noch offen, ab wann zumindest teilweise selbst Strom erzeugt werden kann und zu welchem Anteil. Es soll mittelfristig eine Photovoltaik-Anlage geben¹⁶⁸. Man hat bereits beim Verbrauch angesetzt und einen Niedrigenergiestandard

¹⁶⁸ VGL Einreichungsunterlagen zum Bauträgerauswahlverfahren.

über zahlreiche bauliche Maßnahmen erreicht und baut auch auf sparsame Gerätschaften und eine Kommunikation für einen bewusst sparsamen Umgang mit Energie. Diskutiert wurde auch viel, welcher Anbieter den Ansprüchen der TeilnehmerInnen am ehesten gerecht wird.

In weiterer Folge ist aber auch die Öffentlichkeitsarbeit ein politisches Werkzeug. Die Kommunikation der gesetzten Praktiken und der Motivation dazu in Verbindung mit der Darstellung von Lebensqualitätszuwächsen für die TeilnehmerInnen will so etwas wie ein alternatives Leitbild schaffen. Ein attraktives Lebensmodell, welches gleichzeitig gesellschaftspolitischen Wunschvorstellungen Möglichkeitsräume schaffen soll.¹⁶⁹

Die zwei Stränge sind also, direkte Folgewirkungen von Lebenspraxen durch geänderte Rahmenbedingungen und Verhaltensweisen zu modifizieren, sowie Impulse an andere Menschen zu geben ihre persönlichen Lebenspraxen ebenso kritisch zu überdenken.

Die Frage, ob das Wohnprojekt Wien, oder dessen TeilnehmerInnen diese politische Dimension bewusst verfolgen, konnte anhand der Interviews klar mit Ja beantwortet werden.¹⁷⁰ Auch aus der Formulierung des Leitmotivs „Keimzelle der Nachhaltigkeit“¹⁷¹ geht dies eindeutig hervor. Man will auch etwas über die Projektgrenzen hinaus bewirken.

7.2. Ziele und Mittel

Weniger eindeutig und viel differenzierter war die Fragestellung welches die Ziele seien und wie dieser gesellschaftspolitische Gestaltungswunsch am besten zu operationalisieren sei.

Während bei einigen TeilnehmerInnen der Wunsch besteht ihre Botschaften über viel Öffentlichkeitsarbeit zu verbreiten, stieß genau dies bei anderen auf Skepsis. Auch über die Öffnung des Hauses selbst nach außen, also inwieweit dem Projekt Außenstehende in Aktivitäten eingebunden werden oder Gemeinschaftsflächen mit benutzen können, gibt es derzeit keine klare Einigkeit. Es scheint dabei einige Bedenken zu geben, dass zu

169 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

170 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

171 VGL <http://neu.wohnprojekt-wien.at/projekt/> Zugriff: 9.1.2012

starke Öffentlichkeitsarbeit und Öffnung die Lebensqualität der BewohnerInnen schmälern könnte und somit auch das ganze Projekt gefährden würde. Ein Grundtenor scheint zu sein, dass sich das direkte Umfeld aller Beteiligten sehr viel mehr mit den anvisierten Themen auseinandersetzen würde.¹⁷² Nachdem das Thema derzeit noch sehr unkonkret ist, weil das Haus noch nicht gebaut ist und ein Zusammenleben noch nicht stattfindet, wird sich hier sicherlich noch einiges an Bewegungsspielraum ergeben und eine konkrete Vorgangsweise herauskristallisieren

Auch die politische Ebene könnte laut der Meinung eines Interviewten von Projekten wie dem WP-Wien vieles mitnehmen und anderswo ermöglichen oder dessen Ermöglichung zumindest erleichtern.¹⁷³ Derzeit gibt es schon einen Internetauftritt, immer wieder mediale Berichterstattung, eine eigene Arbeitsgruppe (AG Öffentlichkeit), und diverse Teilnahmen an einschlägigen Veranstaltungen.

Die genaueren politischen Forderungen sind dabei ähnlich diffus, wie sie dies bei vielen anderen zivilgesellschaftlichen politischen Bewegungen zu sein scheinen. In den verschiedenen Interviews wurden dazu unterschiedlichste Punkte betont.

Dennoch lassen sich einige Leitlinien herausarbeiten aus den Wortspenden der ProjektteilnehmerInnen. Als Fundierung dienen die beschlossenen Pläne und Maßnahmen, die innerhalb des TeilnehmerInnenfeldes breit besprochen und akkordiert wurden.

Ein zentrales Thema des Projektes ist es eine neue Form urbaner Gemeinschaftlichkeit zu entwickeln, die aus der Kritik von Fehlentwicklungen vor allem städtischer Gemeinschaftsbildung gespeist sein dürfte. Hier kann man sehr viele Aspekte aus den verschiedenen Interviews einbringen. Es geht um ein höheres Level an Gemeinschaftsgefühl, Schaffung von Gruppenidentitäten, besserer Integrationsleistungen, vor allem, aber nicht nur in Bezug auf interkulturelle Integration, und Lebensqualitäts- und Effizienzsteigerungen durch gemeinschaftlichere Ressourcennutzung.¹⁷⁴ Es werden also direkt sozialökologische Themen adressiert, die sich durch eine gemeinschaftlichere Wohn- und Lebensweise in ganz anderer Form bearbeiten lassen. Dies lässt aber dennoch offen, wie eine solche Gemeinschaftlichkeit in

172 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

173 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S13.

174 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

größeren Einheiten zu stiften wäre, im Gegensatz zu solch überschaubaren Gruppen wo sich alle zugehörigen Personen persönlich kennen können.

Das Thema der Durchmischung, das auch seitens der Stadt Wien betont wurde¹⁷⁵, scheint dabei auch ein wichtiger Aspekt zu sein. Der vom Bauträgerwettbewerb gesetzte Schwerpunkt auf kulturelle Durchmischung wird hierbei noch durch einen Generationen und Geschlechtermix innerhalb des Projektes erweitert.¹⁷⁶ Speziell ein Generationenmix, sprich ein Zusammenleben von Jung und Alt, ist in Neubaugebieten eine Seltenheit und stellt auch eines der Probleme dar, die dort entstehen können.¹⁷⁷ Dennoch kann man nicht von einer generellen Durchmischung sprechen, weil es auf einigen Ebenen auch eine relativ homogene Gruppe ist. Beispielsweise ist das durchschnittliche Bildungsniveau sehr hoch. Durchmischung ist insofern auch für politische Einflussnahme sehr relevant, als dass es einfacher ist, unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit den jeweiligen Botschaften zu erreichen und somit seinen politischen Einflussradius erhöht, wenn man selbst eine vielfältige Gruppe ist, die Zugänge zu unterschiedlichen Milieus hat.

Altersstruktur

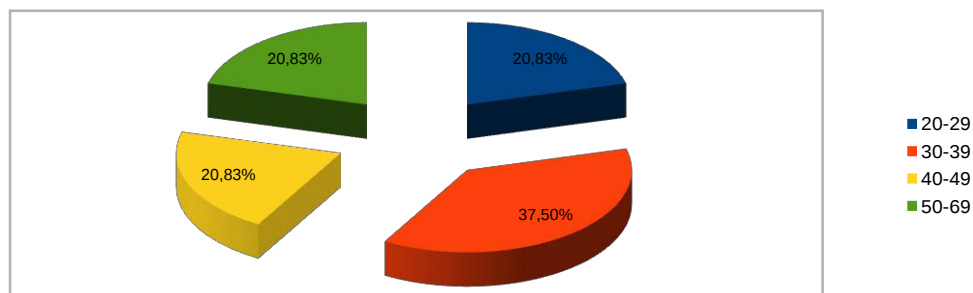


Abbildung 1

175 VGL Ausschreibungstext des Bauträgerauswahlverfahrens „Interkulturelles Wohnen“.

176 VGL Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009:S 1-2.

177 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S8.

Höchste abgeschlossene Schulbildung

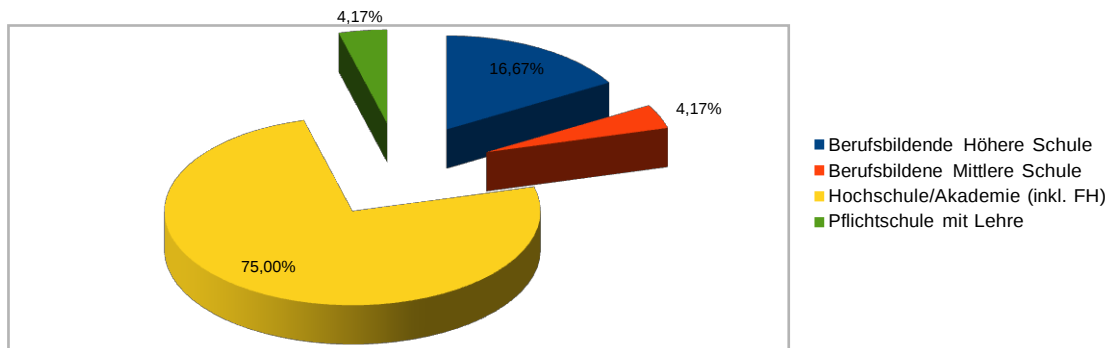


Abbildung 2

In Abbildung 1 wird veranschaulicht, dass die Altersgruppen relativ gleichmäßig verteilt sind. In Abbildung 2 hingegen sieht man, dass dies bei der höchsten abgeschlossenen Schulbildung nicht der Fall ist.

Einige in den Interviews geäußerten Gedanken richteten sich auch in Richtung Wirtschaftssystem und wirtschaftspolitische Regulation. Es kamen Verteilungsfragen¹⁷⁸, Kritiken an den Auswirkungen spekulativer Finanzmärkte¹⁷⁹ sowie Fragen zur Stabilität des derzeitigen Geldsystems zur Sprache¹⁸⁰. Gleichzeitig gibt es auch projektinterne Maßnahmen die Teile dieser Thematiken adressieren: Die gewählte Form den Wohnraum als Vereinseigentum zu bewirtschaften, und dadurch die Entscheidung ob, an wen und zu welchen Konditionen Wohnungen vergeben werden, der Gruppe zu überantworten, kann einige als negativ empfundene Folgen der Spekulation mit Wohnraum abfedern.¹⁸¹ So kann es nicht passieren, dass Wohnungen als Wertanlage gekauft werden und womöglich leer stehen. Auch kann der Verein die Preise in der

¹⁷⁸ VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S6.

¹⁷⁹ VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S3.

¹⁸⁰ VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S14.

¹⁸¹ VGL Interviewprotokoll mit Heinz Feldmann.

Gruppe moderieren und sich an den finanziellen Möglichkeiten der BewohnerInnen orientieren, wenn das seitens der Gruppe erwünscht ist. Durch die hoch individualisierten Wohnungen kommt es auch nicht dazu, dass sich die Grundrisse, Infrastruktur und Einrichtungen der Wohnung an der Nachfragesituation der Märkte orientieren. Das bedeutet auch ein ganz anderes Verhältnis zwischen Wohnraum und BewohnerIn, das sich kaum mit den gewohnten Produkt- und Konsumentenverhältnis beschreiben lässt, da die ProjektteilnehmerInnen in gewissem Sinne zu MitproduzentInnen werden. All diese Faktoren erschweren der Wohnraumspekulation den Zugriff.

Verteilungsfragen sind auch vereinsintern ein heiß diskutiertes Thema. Es gibt dazu eine Arbeitsgruppe, die AG Solidarität. Es werden sowohl projektinterne als auch externe Solidarität thematisiert. Aus den Interviews ist hervorgegangen, dass es eine längere Debatte bezüglich Offenlegung der Vermögens- und Einkommenssituation aller TeilnehmerInnen gegeben habe, bei der vorläufig die Bedenken dagegen überwogen haben.¹⁸² Gleichzeitig ist aber debattiert worden, wie man unter Umständen sich intern gegenseitig unterstützen könnte und die zumindest in dem Zeitraum der Interviews wahrscheinlichste Lösung war ein System, das auf Anonymität und Freiwilligkeit beruht, sowohl auf Geber als auch auf Empfängerseite. Im Gespräch ist eine Art solidarischer Notfallfonds. Externe Solidarität wird beispielsweise durch die Vergabe von drei bis vier Wohnungen an sozial Bedürftige angedacht, wobei die AdressatInnen und auch die Finanzierung noch geklärt werden müssen.¹⁸³ Spannend ist dabei auch, dass zu dem Thema Armut bewusst die Facette der Zeitarmut hinzugezogen wurde um sich nicht auf die rein monetäre Ebene zu beschränken.¹⁸⁴

Da für einige TeilnehmerInnen wohl auch im Einfluss der Erfahrungen der globalen Finanzkrise, die 2008 ihren Ausgang nahm, die Stabilität und Nachhaltigkeit des Geldsystems als hinterfragenswert erachtet wird¹⁸⁵, hat es auch auf diesem Sektor eine Maßnahme gegeben. Es wurde ein eigenes paralleles Währungssystem kreiert, das nur für ProjektteilnehmerInnen gilt. Die Währung ist zeitbasierend, zinsfrei und inflationsgesichert. Dabei können Arbeitsstunden, die für das Projekt geleistet werden, aber auch solche, die von einzelnen TeilnehmerInnen nachgefragt werden

182 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 2: S13-14.

183 VGL Protokoll des AG Solidarität-treffens am 01.10.2011: S1.

184 VGL. Protokoll des AG Solidarität-treffens am 01.10.2011: S1.

185 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S14.

gutgeschrieben werden. Über das monatliche Mindestmaß von elf Stunden, das jeder zu leisten hat hinaus, kann eine solche Gutschrift in Folge zur Bezahlung der individuell nachgefragten Stunden verwendet werden. Für die Zukunft ist möglicherweise auch eine Umwechslung in konventionelle Währungen denkbar. Momentan ist dies nicht der Fall.¹⁸⁶ Bemerkenswert ist diese eigene Währung dennoch und auch vielfältig in ihren möglichen Auswirkungen. Zunächst sorgt sie einmal dafür, dass es transparenter wird, wer wie viele Stunden für das Projekt leistet. Besonders bei solch zeit- und aufwandintensiven Tätigkeiten, vor allem wenn sie im klassischen Sinne unbezahlt sind, kann dies einiges Konfliktpotential bergen, wenn Einzelne das Gefühl bekommen viel mehr zu leisten als andere. So hat man die Möglichkeit dies besser darstellen und untermauern zu können. Gleichzeitig können diejenigen, die mehr Stunden erbringen, sich ein Guthaben ansammeln, das in der Folge einen realen Wert besitzt. Sie können auf kreative Weise Wege finden dieses Guthaben einzusetzen auf Basis der vielen Fähigkeiten, die seitens der unterschiedlichen Mitglieder eingebracht werden. Jegliche geleistete Stunde, sei sie nun besonders qualifiziert oder nicht, hat dabei denselben Wert, was eine fundamental andere Bemessungsweise darstellt als die gewohnte marktwirtschaftliche. Dadurch, dass keine Zinsen anfallen, entfällt der Umverteilungseffekt und auch der Anreiz Kapital zu akkumulieren und zu halten ist nicht gegeben. Die fehlende Inflation kann auch eine große Sicherheit darstellen, speziell zu Zeiten wo die konventionelle Währung eine hohe Instabilität aufweist kann man dann vermehrt auf die Alternativwährung umsteigen. Die Grenzen sind aber dadurch gesetzt, dass man diese Währung vermutlich meist in Form von Dienstleistungen einsetzen wird können, weil man keine produzierenden Gewerbe mit einschließt und auch die Berechnungsform in Arbeitsstunden eher darauf abzielt. Für ein Produkt müssten sowohl der Arbeitsaufwand als auch die Materialkosten beglichen werden, wofür hierbei die Möglichkeit fehlt, weil es keinen Bezug zu konventionellen Währungen gibt. Dies kann aber bei Bedarf unter Umständen noch folgen, was aber auch Fragen bezüglich der Inflation aufwerfen würde.

Das Thema einer nachhaltigen oder zukunftsfähigen Welt wird von den TeilnehmerInnen nicht auf seine rein ökologischen Facetten beschränkt, sondern immer in Beziehung zu anderen Dimensionen gesetzt, wie aus den Interviews klar hervor

186 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S2.

ging.¹⁸⁷ Dies ist generell ein Querschnittsthema, das sich nur schwerlich eingrenzen lässt. Auch die eigene AG Nachhaltigkeit hat diesbezüglich projektintern die Rolle der Beiträge der verschiedenen Arbeitsgruppen in Bezug auf diese vielfältigen Dimensionen zu reflektieren, zu vermitteln und gegebenenfalls Synergien herzustellen. Die TeilnehmerInnen beschäftigen sich beispielsweise mit Beleuchtungskonzepten, Mülltrennung und -vermeidung, Einkaufsgemeinschaften und Lebensmittellagerung, Küchengerätewahl. Auf der anderen Seite wird eine „Nachhaltigkeits-Fibel“ erstellt, die praktische Tipps sammeln soll für umweltgerechte und sozialverträgliche Lebensstile.¹⁸⁸ Dies sind nur Ausschnitte aus der Arbeit einer Gruppe, die veranschaulichen sollen, wie breit gefächert die Themen sind.

Eines der Ziele ist auch eine neue Form der demokratischen Strukturen. Es besteht der Wunsch nach mehr Mitbestimmung und Mitgestaltung auch über die Projektgrenzen hinaus. Projektintern wird ein sehr spannendes Entscheidungsfindungsverfahren getestet und auch nach außen kommuniziert. Dafür wurde das Konzept der „Soziokratie“¹⁸⁹ verwendet, das überaus basisdemokratische, partizipative Züge hat. Grundsätzlich gilt bei allen Abstimmungen, die der Großgruppe vorgelegt werden das Einstimmigkeitsprinzip. Der Unterschied zu einer reinen „ja“ oder „nein“ Entscheidung liegt aber darin, dass für ein Nein nachvollziehbare Gründe genannt werden müssen, und das anstatt eines „Ja“ auch ein „Ich kann damit leben“ als Antwort möglich ist, was die Erzielung einer Einigung erleichtert.¹⁹⁰ Von den befragten Projektmitgliedern kam einhellig das Statement, dass dies sehr gut funktioniere¹⁹¹, einer hatte im Vorfeld große Skepsis und war anschließend sehr positiv überrascht.¹⁹² Der Wunsch nach einem Mehr an Mitbestimmung ist kein Alleinstellungsmerkmal dieses Projektes, sondern folgt einem allgemeinem Trend. Basisdemokratische Entscheidungsfindung hingegen ist in vielen Bevölkerungskreisen noch nicht ausreichend bekannt. Die politische Aufgabe besteht somit darin, nicht nur eine Forderung für zusätzliche Mitbestimmung zu forcieren, sondern auch die Frage nach der strukturellen Ausformung zu stellen und

187 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

188 VGL Internes Protokoll der AG Nachhaltigkeit vom 17.3.2011

189 VGL John Buck, Sharon Villines : We the People: Consenting to a Deeper Democracy, A Guide to Sociocratic Principles and Methods. (Washington, DC 2007).

190 VGL Internes Arbeitsdokument des Themenkreises Soziokratie vom 18.4.2011

191 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

192 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 2: S8.

exemplarisch eine sehr progressive Gestaltung dieser vorstellbar zu machen, indem man sie ausprobiert und vermittelt.

Anhand dieser Zielsetzungen kann man konstatieren, inwiefern es sich um politökologische Praxis handelt. Es werden sowohl soziale als auch ökologische Verhältnisse thematisiert und in Verbindung gesetzt. Diese Ziele richten sich in Teilen auch an globale Systeme, und auch die gesetzten Maßnahmen sind in der Lage, in Teilen auf diese direkt einzuwirken. Dass man in der Lage ist einige Abhängigkeiten zu modifizieren zeigt eine politische Wirkung. Insofern macht es Sinn von politökologischer Praxis zu sprechen.

7.3. Teilnahmekriterien - innere soziale Struktur

Eine besonders kritische Frage ist die der Teilnahmebedingungen. Dabei gibt es implizite und explizite Exklusionsprozesse, die man aber genauer betrachten und einordnen muss und deren Folgen man auch abzuschätzen hat. Diese Frage wurde auch bei den BewohnerInnen-Interviews behandelt. Es wurde so beschrieben, dass zunächst jede/r Interessierte an den offenen Gruppentreffen teilnehmen konnte, das aber, als sich das Projekt mehr zu konkretisieren begann, eine geschlossene Gruppe gebildet wurde, die in Folge dann auch über die Aufnahme weiterer TeilnehmerInnen entschied. Dies wurde in Form von Gesprächen ermittelt, die jeweils von 2 Mitgliedern der sogenannten „Kerngruppe“ geleitet wurden.¹⁹³ Bei der Frage nach explizit formulierten Kriterien wurde genannt, dass man die nötigen finanziellen Mittel haben müsse sowie die Bereitschaft den nötigen Aufwand zu leisten. Daneben suchte man auch verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund, da man sich eine Quote gesetzt hat und auch Künstler waren laut einem Interviewten eine Zielgruppe. Auch eine ähnliche Einstellung zu der Motivation und den Zielen eines solchen Projektes sollen eine Rolle gespielt haben.¹⁹⁴

Was in keinem der Interviews Erwähnung fand, aber aus der Auswertung der von ProjektteilnehmerInnen ausgefüllten Fragebögen klar hervorgeht, ist der auffallend

¹⁹³ VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1: S1-3.

¹⁹⁴ VGL Transkription BewohnerInnenInterview 1,2,3.

hohe durchschnittliche Bildungsgrad¹⁹⁵. Dieser ist zur Bewältigung der anspruchsvollen Planungsarbeit mitunter auch notwendig. Es gibt vielerlei Gründe für diesen Zustand. Auch das Umweltbewusstsein orientiert sich an dem Bildungsniveau¹⁹⁶. Differenzierte Studien legen nahe, dass es viel mehr Faktoren gibt, die beim Umweltbewusstsein eine Rolle spielen. Hilfreich sind dabei auch solche, die in verschiedene Milieus einteilen und so auch soziale und kulturelle Faktoren berücksichtigen.¹⁹⁷ Dennoch kann es nicht der Weisheit letzter Schluss sein, dass nur hoch gebildete Menschen an partizipativen Projekten dieser Art teilnehmen können, schließlich sind sie gesamtgesellschaftlich eine Minderheit.

Neben der Bereitschaft den hohen Aufwand zu leisten, benötigt es auch die zeitlichen Ressourcen dazu. Hierbei gibt es auch innerhalb des Projektes unterschiedliche Situationen und auch schon einzelne Personen, die aufgrund von Überforderung aussteigen mussten.¹⁹⁸ Hinzu kommt auch der Zugang zu dem benötigten Fachwissen. Um an einem Bauträgerwettbewerb teilnehmen zu können, benötigt man die Expertise vieler Personen in den Bereichen Architektur und Bauwesen sowie einen ausgewiesenen Bauträger, denn nur diese können einreichen.

Eine der Hauptfragen der urbanen politischen Ökologie ist, ob aus der Verbesserung der Situation einer Gruppe eine Verschlechterung für eine andere entsteht. Dazu gilt es zu klären, welche Verbesserungen dieses Projekt für seine Mitglieder möglicherweise bedeutet und diese als repräsentativ für viele andere ähnliche Projekte anzusehen und nicht nur als Einzelphänomen. Ob es generell eine Verbesserung darstellt, an solch einem Projekt teilzunehmen, ist eine hoch subjektive Einschätzungsfrage. Ein Faktor, der aber objektiv ein Vorteil ist, ist, dass man mittels dieses Projektes staatliche Förderungsgelder lukrieren konnte, die anderen Menschen zum Wohnen nicht zur Verfügung stehen. In einigen Bereichen besteht aber zumindest die Bereitschaft, Nicht-Teilnehmer mit profitieren zu lassen, beispielsweise wenn man gewisse Gemeinschaftsflächen zur Mitbenutzung freigeben würde. Die durch die Attraktivität

195 Auswertungstabelle Umfragebogen ProjektteilnehmerInnen vom 18.06.2011

196 VGL BOaS – Büro für die Organisation angewandter Sozialforschung: Klima:aktiv-Sozialkapitalforschung (Wien 2008): S43.

197 VGL Studie Umweltbundesamt: Umweltbewusstsein in Deutschland 2010 – repräsentative Bevölkerungsumfrage.

198 VGL Transkription BewohnerInnenInterview 2: S14.

von den neu entstehenden Wohnbauten und dessen Umgebung möglicherweise ausgehende Aufwertung wird in vielen Fällen durch die umliegenden geförderten Wohnbauten abgedeckt.¹⁹⁹ Das bedeutet, dass die geförderten Wohnbauten einen Miet- oder Kaufpreis haben, der sich unter den Marktwerten bewegt und von der Stadt Wien reglementiert wird. Dies ist aber für angrenzende Wohnungen im Privatbesitz nicht der Fall, insofern profitieren möglicherweise die BesitzerInnen, während die MieterInnen mit mittelfristigen Preisanstiegen zu rechnen hätten.

Als Erkenntnis aus den ExpertInneninterviews geht allerdings hervor, dass diese Entwicklung aufgrund einiger Faktoren nicht überschätzt werden sollte. Zum einen meinte der in der Gebietsbetreuung des 2. Bezirks arbeitende Mlzech, dass die Aufwertung nur zu sehr geringen Anteilen auf die Entwicklung eines neuen Stadtteiles am Nordbahnhof zurückzuführen sei, sondern Faktoren wie Stadterneuerung oder die Ansiedelung der WU dabei eine viel prägendere Rolle spielen würden.²⁰⁰ Hinzu kommt noch die Einschätzung des in der Wohnbauforschung tätigen Herrn Förster, der meinte, dass es in den umliegenden Gebieten schon dadurch abgedeckt werde, dass es dort überwiegend geförderten Wohnbau gebe.²⁰¹ Dennoch drückten beide aus, dass es vor allem mietrechtliche Verbesserungen brauche um den Mieterschutz langfristig zu garantieren und um der Verdrängung vorzubeugen.

Ein gewichtiger Teil der gesellschaftspolitischen Ansprüche des WP-Wien behandelt soziale Gerechtigkeit beziehungsweise eine Einbeziehung der Sozialverträglichkeit in die Art wie Menschen wohnen. Insofern werden Verbesserungen der Lebensumstände nicht lediglich für die eigene Gruppe, sondern auch darüber hinaus angestrebt.²⁰² Viele der dabei behandelten Probleme kann man in folgende Kategorien zuteilen: Ausbeutung, Gesundheitsschädigung, Ressourcenverteilung, Verteilung der Folgekosten von spezifischen Formen der Umweltbearbeitung. All diese Thematiken adressieren vor allem die Situation der global gesehen marginalisiertesten Bevölkerungsgruppen, der keine/r der TeilnehmerInnen angehört. Sie scheinen sich aber aus ethischen Erwägungen heraus mitverantwortlich zu fühlen an diesen Ungleichheiten. Dennoch ist es fraglich, ob es möglich ist, seinen Anteil an dieser Schräglage in der gewählten Art und Weise zu verkleinern, wenn man die benötigten Ressourcen bedenkt, die für solch ein

199 VGL Interviewtranskript Förster vom 20.07.2011: S8.

200 VGL Interviewtranskript Mlzech vom 6.07.2011: S9-10.

201 VGL Interviewtranskript Förster vom 20.07.2011: S8.

202 VGL Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009: S2.

Projekt gebündelt werden müssen, auch wenn auf der anderen Seite einige gespart werden. Zumindest aber sind die Thematisierung der vielschichtigen Ungleichheiten und ein Versuch den Zusammenhang mit den eigenen Lebenspraxen herzustellen wichtige Schritte, die das Politische im Privaten und in von vielen als apolitisch wahrgenommenen Bereichen aufdeckt. Dies ist eine der politökologische Leistungen.

7.4. Politische Wirkung

7.4.1. Rahmenbedingungen

Während das WP-Wien versucht mittels ihres Projektes politische Ziele zu artikulieren und dadurch zu forcieren, gibt es für dessen Durchführung Rahmenbedingungen, die realen politischen Interessen geschuldet sind. Insofern kommt man nicht umhin, diese zu benennen und zu analysieren und dadurch zu zeigen, welche Spannungsfelder es möglicherweise geben könnte oder welche Widersprüchlichkeiten dabei entstehen seine gesellschaftspolitischen Ansprüche in spezifische Rahmenbedingungen einzubinden. Gleichzeitig aber auch welche Spielräume sich eröffnen und wie diese genutzt werden.

Zunächst ist es einmal wichtig zu verstehen, dass es nicht ein solitäres Interesse ist, das maßgeblich entscheidet unter welchen Rahmenbedingungen Wohnbauprojekte in Wien abzulaufen haben, sondern eine Vielzahl, die in unterschiedlicher Form und auf unterschiedlichen Ebenen ausverhandelt werden. So ist es beispielsweise alles andere als unerheblich, was auf Europäischer Ebene geschieht. Eine 2010 beschlossene neue EU-Gebäuderichtlinie sieht beispielsweise ab 2020 vor, dass sämtliche Neubauten nahezu Nullenergiestandards erreichen müssen.²⁰³ Dies ist nur ein Beispiel für eine Reihe von EU-Vorgaben, die auch jetzt schon direkte Einwirkung auf Neubaustandards haben.

Auf Ebene des Bundes werden diese Richtlinien dann in nationales Recht übersetzt, aber auch eigene nationale Spezifika in Gesetzen formuliert. Auch über den Länderfinanzausgleich, mit dem der Bund gemeinsam mit den Ländern beschließt welche Budgetmittel überhaupt zur Verfügung stehen, werden Fakten geschaffen.

²⁰³ VGL http://www.enev-online.de/epbd/epbd_2010_tuschinski_novelle_eu_gebaeuderichtlinie.pdf
Zugriff: 2.12.2011

Eine multiskalare Analyse über das Zusammenwirken all dieser Ebenen wäre überaus ergiebig und relevant, sprengt aber den Rahmen dieser Diplomarbeit. Stattdessen liegt der Fokus auf regionalpolitischer Entscheidungsebene, also der Politik der Stadt Wien und im Speziellen des 2. Wiener Gemeindebezirkes.

Um besser einordnen zu können in welcher Größenordnung Wien in die Wohnbauförderung investiert, lohnt sich ein Blick auf das Budget. Im Jahr 2010 wurden 11,45 Milliarden Euro an Gesamtausgaben verzeichnet.²⁰⁴ Davon gingen 427 Millionen in die Wohnbauförderung.²⁰⁵ Das sind rund 3,7 %. Diese Zahl bezieht sich rein auf die Förderung von Wohnbau. Bei der Errichtung eines Stadtentwicklungsgebietes fallen zusätzlich noch in vielen anderen Bereichen Kosten an, bei der Infrastruktur beispielsweise, für die Grünflächen – und Freizeitflächengestaltung und in vielen anderen Bereichen.

Aus den Gesprächen mit Förster von der MA 50 und vor allem Bezirksvorsteher Kubik war zu entnehmen, dass Wohnbau die Hauptmotivation für die Einrichtung von Entwicklungszonen, wie der Nordbahnhof eine ist, darstellt.

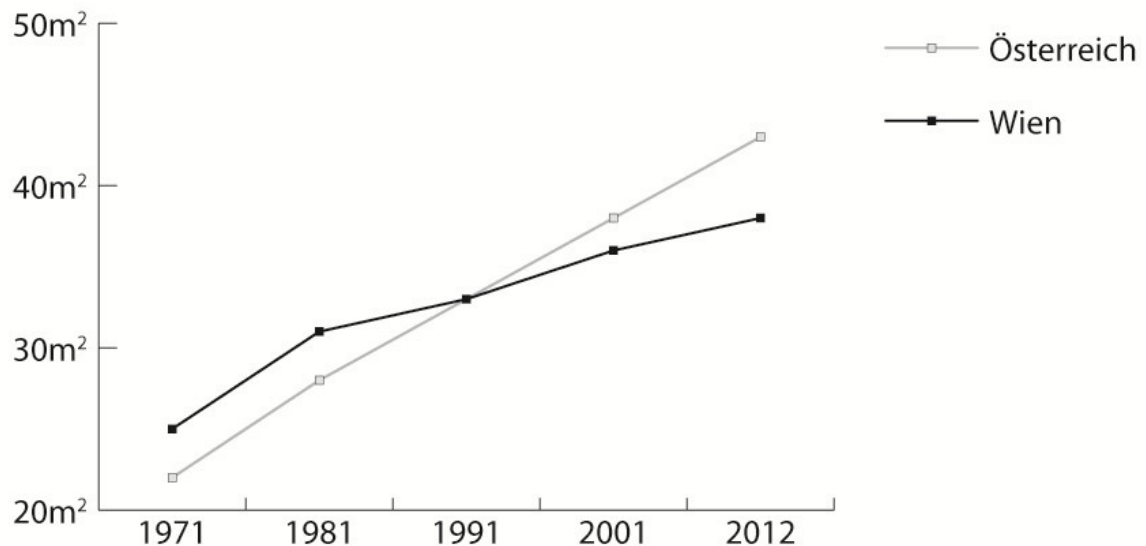
Die einfache Formel hierbei lautet: Wien wächst, ergo wächst der Bedarf an Wohnraum mit, was wiederum dazu führt, dass man weiter bauen muss. In der Realität muss man aber doch etwas genauer hinsehen. Zunächst stellt sich die Frage, welcher Art denn das Wachstum ist. Ist die Geburtenrate hoch genug für ein Wachstum oder handelt es sich um Zuzug. Wichtig ist dann auch genau zu schauen in welcher Form dieser Zuzug erfolgt. Über welche Mittel verfügen die hinzu gekommenen, sind es eher Einzelpersonen oder Familien. Dies ist auch in eine übergeordnete demographische Frage einzubetten. Die Zahl der StadtbewohnerInnen alleine lässt nur sehr bedingt Rückschlüsse auf den tatsächlich nachgefragten Wohnraum zu. Wichtige Fragen wie die Altersstruktur, die durchschnittliche HaushaltsteilnehmerInnenzahl, sowie die zur Verfügung stehenden Mittel spielen eine erhebliche Rolle. Es gibt aber auch weichere Kriterien. So entwickeln sich Trends zu gewissen Wohnformen, wobei dies sehr vielfältig ist, und auch die Qualitätskriterien seitens der Stadt entwickeln sich immer weiter. Sogenannte Substandardwohnungen würden heute in der Form nicht mehr gebaut wie dies früher der Fall war.

204 <http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/ra10/pdf/05.pdf> Zugriff: 2.12.2011

205 <http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/ra10/pdf/13.pdf> Zugriff: 2.12.2011

An folgender Grafik kann man die Entwicklung deutlich ablesen. Der Wohnraum den eine Person im Durchschnitt zur Verfügung hat ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen.

Durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Quadratmeter



Quelle: Statistik Austria – Statistisches Jahrbuch 2012

Abbildung 3

Zum aktuellen Bedarf und dessen mittelfristigen Prognose wird seitens der Wohnbauforschung regelmäßig anhand sehr vieler Kriterien genau dies untersucht um besser voraus planen zu können. So verwundert es nicht, dass dieses Thema speziell im Interview mit Herrn Dr. Förster zur Sprache kam. In Wien wächst der Bedarf nicht nur aufgrund der Bevölkerungswachstumsraten, sondern auch auf Grund eines Trends zu mehr Einpersonenhaushalten, sei es wegen der zunehmenden Single-Raten oder der steigenden Lebenserwartung. Aus dem Aktuellsten Bericht zum Wohnraumbedarf aus dem Jahr 2007 ist zu entnehmen: „*Dass sich dieser Bedarf in einem überschaubaren Zeitraum und zu leistbaren Konditionen decken lässt, zählt zu den Ansprüchen der Wohnpolitik der Stadt Wien.*“²⁰⁶ Ein Spannungsfeld, das in dieser Form der Behandlung auftritt ist, dass sich darauf beschränkt wird den Bedarf möglichst breit zu bedienen, ohne dabei die ihm innewohnenden Problematiken zu thematisieren. Wenn der

²⁰⁶ Bericht der Synthesis Forschung: Der Bedarf an Neuversorgung mit Wohnraum – Trends und Prognosen 2000-2015 (Wien 2007): S3.

Wohnraum, den eine Person im Schnitt zur Verfügung hat immer weiter steigt, hat dies zur Folge, dass sich gewisse Entwicklungen, die an das Wohnen gekoppelt sind, verschärfen könnten. Dies ist aber ganz und gar nicht einfach zu kommunizieren, wenn man sich nicht den Unmut der Bevölkerung zuziehen will. Letztendlich ist beispielsweise die Zersiedelung auf den stark verbreitenden Wunsch nach dieser Lebensform des frei stehenden Einfamilienhauses „im Grünen“ zurück zu führen. Auch ist es für viele Menschen, gerade in den untersten Einkommenssegmenten, eine große Verbesserung, wenn man gewisse Mindestkriterien zur Wohnraumqualität einzieht. Dies beschränkt sich aber nicht rein auf den zur Verfügung stehenden Platz. Eine mögliche Option um sich diesem Spannungsfeld zu entziehen ist es attraktive Alternativen auszuprobieren. Diese müssen aber auch angenommen werden. Diverse Formen von Gemeinschaftlichem Nutzen statt Besitzen können auch für Wohnraum Anwendung finden. Dies kann man auf unterschiedlichste Arten und Weisen organisieren. Hierbei kann man sich das WP-Wien insoweit als Vorbild nehmen, weil es viel Gemeinschaftlichen Raum zur Verfügung stellt. Andererseits muss das seitens der BewohnerInnen auch erwünscht sein, damit es auch genutzt wird.

Ein wichtiger Sektor der Rahmenbedingungen sind die Flächenwidmungspläne. Hierin setzen die planerischen Abteilungen der Stadt Wien fest, was an welchem Ort überhaupt gebaut werden darf. Dies erfolgt nicht völlig willkürlich, sondern ist seinerseits auch an verschiedenste gesetzliche Bestimmungen gebunden. Dennoch gibt es viele Spielräume für die Stadt. Diese Rahmenbedingungen haben in jüngerer Vergangenheit eine Zersiedelung erleichtert. Nach wie vor besteht ein großer Teil der Neubauten in diesem Land aus (in den meisten Fällen frei stehenden) Einfamilienhäusern, wie aus folgender Grafik zu entnehmen ist.



Quelle: Statistik Austria

Abbildung 4

Insofern ist ein innerstädtisches Entwicklungsgebiet mit hoher Dichte wie die Nordbahnhofgründe eine Ausnahme. Darauf direkt seitens der BürgerInnen einzuwirken ist überaus schwierig, weil es eines hohen Sachverständes bedarf und auch keine Beteiligungsverfahren auf dieser Ebene existieren. Dennoch muss man diese entscheidende Phase thematisieren, weil sie weit reichende Folgen hat.

Baurechtliche Vorgaben sind ebenso zu erfüllen. In Bezug auf das WP-Wien hat es diesbezüglich eine längere Auseinandersetzung um das Material der Fassade gegeben. Die angestrebte Holzfassade war bei Gebäuden dieser Größenordnung nach Meinung einiger Stellen nicht zulässig und musste verworfen werden²⁰⁷.

Entscheidet man sich für die Teilnahme an einem Bauträgerwettbewerb, dann sind eine Vielzahl von zusätzlichen Kriterien zu erfüllen²⁰⁸, wobei die Sammlung der Kriterien so umfassend und auch teilweise offen formuliert ist, dass sich noch viele Gestaltungsspielräume ergeben. Dennoch gehen die Vorgaben bei dieser Förderschiene

207 VGL Interviewprotokoll mit Heinz Feldmann

208 VGL Ausschreibungstext des Bauträgerauswahlverfahrens „Interkulturelles Wohnen“.

weit darüber hinaus, was man beispielsweise bei einer frei finanzierten Gebäudeerrichtung beachten muss.

Wenn man sich einen kurzen Überblick verschafft über die Projekte, die innerhalb der beiden Bauträgerwettbewerbe auserkoren wurden, aber auch darüber hinaus die geplanten oder kürzlich umgesetzten Wohnbauprojekte, beispielsweise in Aspern Seestadt²⁰⁹ oder auf dem Gebiet rund um den neu entstehenden Bahnhof (Sonnwendviertel)²¹⁰, dann fällt auf, dass sehr viele Projekte einen besonderen Schwerpunkt auf ökologische Thematiken legen. Dies geschieht in unterschiedlichsten Formen, ist aber dennoch ein durchgängiger Trend. Weitaus dünner gesät sind hingegen Projekte, die auf basisdemokratischer Mitbestimmung basieren.

Ob und inwiefern sich die verschiedenen Neubauten dazu eignen ökosoziale Verhältnisse zu verschieben, kann an vielen Stellen bezweifelt werden. Jedenfalls nimmt in der Selbstdarstellung die „grüne“ Facette einen zentralen Punkt ein. Mithin bleiben dadurch Interessen verborgen, wie die Vermarktung und Verwertungsinteressen oder das Sozialprestige, welches technologisch innovativen Bauten begegnet, die auch noch kommunizieren in der Lage zu sein, ökologische Probleme zu lösen. Weil diese Thematik derzeit so attraktiv ist und neben marktbezogenen Wertbemessungen auch viele staatliche Mittel an sich bindet, erfahren sie einen Boom. Insofern binden sich Profitinteressen problemlos an Formen des „ökologischen Bauens“. Immer mehr Bauträger eignen sich deshalb Know How in diesem Bereich an und bieten in ihrem Portfolio auch solche Projekte an, die man in den Bereich „ökologisches Bauen“ einordnen kann.

Auch seitens der Stadt Wien spielt die Attraktivität „grüner Projekte“ eine Rolle im Wettbewerb mit anderen Städten, weil immer mehr Aufmerksamkeit darauf gerichtet wird.

Robbins Konservierungs- und Kontrollthese²¹¹ greift mitunter auch im Bereich Wohnbau. Es gibt zwar nicht direkt vor Ort lokale Produzenten im Wohnbau, die mittels Bedienung der Natur- und Umweltschutzrhetorik aus der Produktion gedrängt werden,

209 VGL <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/zielgebiete/donaustadt-aspern/projekte.html> Zugriff: 24.01.2012

210 VGL <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/zielgebiete/erdbergermais/teilgebiete/index.html> Zugriff: 24.01.2012

211 Paul Robbins: Political Ecology a critical introduction (2004).

aber es kann als zusätzliche Legitimation eingesetzt werden, um globale Ressourcen in so hohem Maße zu beanspruchen. Ressourcenkontrolle als primäres Ziel wird dadurch legitimiert, dass sie Umweltschutzanliegen geschuldet sei und insofern ist es für viele Städte nicht unerheblich ein grünes Image aufzubauen, um auch in Zukunft viele Ressourcen an sich binden zu können.

Für das WP-Wien ist die Umweltidentitätsthese²¹² überaus relevant. Es gibt zwar auch einige Überschneidungen in der Zusammensetzung der Gruppe, die an diesem Projekt teilnimmt. Dennoch ist der hohe Grad der Interkulturalität und der Altersmix ein Anzeichen dafür, dass es sich in vielerlei Hinsicht um eine inhomogene Gruppe handelt. Ein starker Aspekt, der dieses Projekt funktionsfähig hält, ist somit eine Art Gruppenidentität, die sich klar gegenüber einigen globalen Kräften positioniert und es auch in einigen Bereichen schafft politische und ökonomische Kräfte zu beschränken oder zu modifizieren. Man denke nur einmal an die Maßnahmen, die den geschaffenen Wohnraum der Spekulation entzieht oder an die alternative Währung.

Die Ursache dafür, dass es eine Häufung von Menschen gibt, die sich derartigen Projekten anschließen, kann hier nicht schließend beantwortet werden, da dies nicht Hauptgegenstand der Untersuchung war. Dennoch soll vorsichtig eine These formuliert werden, die eine Erklärungsmöglichkeit bietet. Die globale Mittelschicht wächst vor allem auf Grund der Entwicklungen in den Schwellenländern. Es kündigt sich ein verschärfter Ressourcenkampf an, weil immer mehr Menschen einen Lebensstil führen der auf dem Ge- und Verbrauch globaler, endlicher Ressourcen basiert. Durch Projekte, die an einer Veränderung des Lebensstils ansetzen, kann man den Ressourceneintrag mindern, möglichst ohne dabei die gefühlte Lebensqualität zu verschlechtern. Andererseits erhöht man auch die Legitimität für die weiter bezogenen Ressourcen.

Die ÖBB als Grundeigentümerin hat zunächst einmal ein Interesse daran eine Wertschöpfung zu erzeugen, das heißt die Gründe möglichst profitabel zu verkaufen. Dies kann am besten erreicht werden indem möglichst viel Bruttogeschossfläche geschaffen wird.²¹³ Die Flächen, die für Grün- und Freiraum verwendet werden, sind in dieser Hinsicht weniger rentabel. So kann man es unter anderem auch auf diesen Einfluss zurückführen, dass eine überaus hohe Dichte der Bebauung angestrebt wird.

212 Ebd.

213 VGL Interviewtranskript Madreiter vom 5.7.2011: S5.

Gleichsam kann man eine dichte Bauweise auch ökologisch begründen, weil weniger Flächenverbrauch, weniger Transportwege und weniger Abwärme entstehen.

In der Wiener Stadtverwaltung spielen im Bereich Wohnbau unterschiedliche Fachstellen eine Rolle. Dadurch, dass sie unterschiedliche Zuständigkeiten haben, ist auch die Fokussierung verschieden.

Die SPÖ Bezirkspolitik hat zwar ununterbrochen seit 1945 die stärkste Position inne, hat aber in den letzten Wahlen zunächst 2005 an die Grünen und dann 2010 an die FPÖ viele Stimmen verloren, nachdem man schon einmal in den 1990ern starke Einbußen hinnehmen musste. Das am Nordbahnhofgelände die Themenkomplexe Nachhaltigkeit, Integration und Jugend besondere Schwerpunkte erfahren kann hinsichtlich dieser politischen Kräfteverhältnisse kaum ein Zufall sein, denn die ersteren beiden Themen sind die Schwerpunktthemen dieser beiden Oppositionsparteien und die Jugend (16–29 Jahre) ist jenes Wählersegment, bei dem die SPÖ am wenigsten Stimmenanteile bekommen hat.²¹⁴

Da es sich bei der Wohnpolitik laut Bezirksvorsteher Gerhard Kubik um eine wichtige Form der Gesellschaftspolitik handelt²¹⁵, kann man davon ausgehen, dass wahlstrategische Motive einen entscheidenden Anteil an der Ausgestaltung wichtiger Entwicklungsgebiete darstellen.

7.4.2. Reaktionen ExpertInnen

Die Reaktionen der im Zuge dieser Diplomarbeit befragten ExpertInnen auf das WP-Wien waren durchwegs sehr positiv. Das Projekt wurde begrüßt und auch seine Vorteile gegenüber anderen hervorgehoben.²¹⁶ Dennoch folgte beispielsweise bei Kubik die Einschränkung, dass dies nur eine kleine NutzerInnengruppe sei, die sich Projekte in dieser Form überhaupt wünschen würde.²¹⁷ Dies deckt sich auch mit der Zusammensetzung der Projekte auf dem Entwicklungsgebiet Nordbahnhof, das als exemplarisch für andere gesehen werden kann. Baugruppen bleiben die Ausnahme.

²¹⁴ Sora Studie: Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Gemeinderatswahl (Wien 2010).

²¹⁵ VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S5.

²¹⁶ VGL ExpertInneninterviews mit Förster, Kubik, Madreiter und Mlzech.

²¹⁷ VGL Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011: S8-9.

Dennoch kann man Details, die in solchen Projekten herausgearbeitet werden als Anstoß für andere Projekte nehmen und sollte sich einmal ein Trend zu mehr solcher Projekte entwickeln, kann man auch auf die Erfahrungen solcher Vorläufer zurückgreifen.

7.4.3. Reaktion Medien

Auch in einigen Printmedien haben sich Artikel mit dem WP-Wien befasst. Als Beispiele wurden Artikel aus Standard, Presse, Trend, Falter, Kurier und Wirtschaftsblatt ausgewählt. Sämtliche sind qualitativ hochwertige Printmedien mit unterschiedlichen Blattlinien, was eine gewisse Vielfalt gewährleistet.

Dem WP-Wien und ähnlichen Projekten wird ein sehr positives Zeugnis ausgestellt und es wird damit gerechnet, dass derzeit ein Trend zu mehr solcher Projekte am Entstehen ist. Das größte Problem, das dem im Weg stehe ist die mitunter schwierige Grundstücksfindung. Da professionelle Bauträger oftmals schneller entscheiden können als Baugruppen, seien diese viel eher in der Lage Grundstücke zu akquirieren. Dies könne am Beispiel einiger deutscher Städte dadurch gelöst werden, dass Baugründe seitens der Stadt fix solchen Baugemeinschaften zugesichert wurden. In Wien sei dies in Seestadt Aspern bereits so erfolgt und die Aussicht sei nicht so schlecht, da sich die neu an der Stadtregierung teilnehmenden Grünen sehr dafür interessieren würden.

In jenen Artikeln, in denen die gesellschaftspolitische Dimension des WP-Wien und anderer Baugemeinschaftsprojekte thematisiert wurde, werden diesen hohe Kompetenzen zur Lösung sozialer und ökologischer Probleme zugetraut. Dies ist bei der Hälfte der Artikel der Fall. Sie könnten dazu beitragen die Vereinsamung aufgrund des gesellschaftlichen Wandels hin zu Kleinfamilienstrukturen in Städten zu mindern. Ferner könnten sie Kostenreduktion für soziale Systeme wie Pflege und Kinderbetreuung, Einschränkung des individuellen Ressourcenbedarfes, ökonomische Ersparnisse und flexiblere Bedürfnisbefriedigung gewährleisten.

Wenn man einmal von der indirekten Folgewirkung eines eingeschränkten Ressourcenbedarfes absieht, dann wurde die Verteilungsgerechtigkeit von Kosten und Nutzen sozialökologischer Verhältnisse nicht angesprochen. In diesem Zusammenhang

wurde auch die Ressourcenersparnis nirgendwo thematisiert. Es geht letztlich nur um die Vorteile für die BewohnerInnen oder der jeweiligen Viertel- oder Stadtgemeinschaft.

Auch die zum Teil sehr systemkritischen Ideen und Maßnahmen des WP-Wien finden an keiner Stelle Beachtung, obwohl es sich zum Teil um sehr kritische Blätter handelt. Dass sich das Gemeinschaftseigentum im Falle des WP-Wien gegen Einflüsse der Finanzmarktspekulation richtet wurde nicht festgestellt. Die Alternative Währung, die das Ziel hat Arbeit in ganz neuer egalitärer Form zu bewerten wurde nicht einmal erwähnt.

Insofern muss man feststellen, dass einige der Ziele des WP-Wien nicht medial vermittelt werden konnten und dadurch auf diesem Weg auch keine Wirkung entfalten können.

7.4.4. Zukunftsaussicht

Das sich mit der richtigen Stadtentwicklungsplanung soziale und ökologische „Probleme“ erfolgreich bearbeiten lassen, ohne dabei darauf einzugehen, welche Gruppen in welcher Form ursächlich für diese verantwortlich sind und auch einen Nutzen davon tragen, und welche Gruppen die spezifischen Folgewirkungen zu spüren bekommen, sprich ohne einen Blick auf die soziale Kräfteverhältnisse, kann unter politökologischer Perspektive verneint werden. Formen der breiten partizipativen Beteiligung könnten dabei ein Schlüssel sein andere Interessen als die üblichen einzubinden. Das Angebot ist aber nur sehr begrenzt vorhanden und die Schwelle ist auch sehr hoch. Dies liegt nicht alleine an den Strukturen, sondern wohl auch daran, dass bestehende Angebote nicht breit wahrgenommen werden. Projekte wie das WP-Wien stellen nach wie vor die Ausnahme dar, können aber Impulse setzen wie solche Prozesse organisiert werden könnten.

Gleichzeitig muss man aber auch sehen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen sich mittels als sozialökologisch innovativ kommunizierter Projekte einen nicht unbeträchtlichen Teil an Ressourcen anzueignen imstande sind. Wenn solche Projekte also zu mindestens in der Errichtung teurer sind als der Durchschnitt, dann muss man davon ausgehen, dass sie für eine breite Masse nicht möglich sind.

7.5. Nachhaltigkeit

Weil der Begriff „Nachhaltigkeit“ eine der zentralen Forderungen und ein von allen Seiten immer wieder genannter Terminus war, möchte ich einleitend eine nähere Beschreibung dessen, wie „Nachhaltigkeit“ in dieser Arbeit zu verstehen ist, voranschicken. Wenn man den Begriff „Nachhaltigkeit“ benutzt, muss man sich seiner Schwächen bewusst sein. Weil sich in dynamischen Systemen alles ständig transformiert, kann es nie einen Punkt geben an dem eine solche Transformation abgeschlossen ist, auch wenn gewisse Entwicklungsstränge über längere Zeiträume reproduziert werden und so den Anschein der Dauerhaftigkeit erwecken. Insofern ist das Ideal der absoluten Nachhaltigkeit, nach deren Erreichung man sich dauerhafte Existenz gesichert hat, eine Illusion. Trotzdem kann man an dem Begriff festhalten, in Form eines Ideals, dem man sich annähern kann indem man tendenziell längerfristig funktionsfähige Lösungen sucht (in vollem Bewusstsein dass die erwünschte Funktion davor definiert werden muss) und von Entwicklungspfaden absieht die mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Menschheit oder Teile davon existenzbedrohend sind. Hier sei auch angemerkt, dass diese Lesart den Begriff anthropozentrisch verwendet. Es geht um die Fortdauer und Qualität menschlicher Existenz. Im Gegensatz dazu kann es bei biozentrischer Ethik auch sein, dass man zu dem Schluss kommt, dass eine relativ bessere Nachhaltigkeit, im Sinne von längerfristiger stabilen Systemen, eher ohne den Menschen realisierbar ist. Diese Möglichkeit lässt ein anthropozentrischer Ansatz aber bewusst nicht zu.

Beim WP-Wien fällt die Bewertung der Nachhaltigkeit schwer, da es sich um ein Projekt in Planung handelt, und sich deswegen eine Evaluierung des Funktionierens diverser Kriterien noch nicht durchführen lässt. Dennoch sollen hier einige wichtige Kriterien besprochen werden, in Form einer Prognose.

Ob eine Langzeitbindung entsteht, die für das erfolgreiche Gelingen auf Dauer von hoher Wichtigkeit ist, kann noch nicht schließend beantwortet werden. Einige Faktoren deuten aber darauf hin, dass die Fluktuation weitaus geringer sein wird, als es in regulären Wohnhäusern der Fall wäre. Zunächst einmal ist der Aufwand bis zum Einzug, den jede/r TeilnehmerIn investiert hat enorm hoch. Selbst diejenigen, die erst in der letzten

Phase eingestiegen sind, haben eine fast zweijährige Vorlaufzeit. Zudem hat sich über die vielen Treffen und Aktivitäten eine Gruppendynamik entwickelt, man kennt sich untereinander. Letztlich ist noch anzuführen, dass durch das Selbstverständnis als Vorbildprojekt Identitätsbildung betrieben wurde, die eine Bindungsfunktion mit sich bringen kann. All diese Faktoren bringen mich zu dem Schluss, dass eine höhere Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Fluktuation niedrig sein wird, was eine gewisse Stabilität bedeutet. Dies muss sich aber in der Realität bewähren.

Die langfristige Wert- und Nutzenerhaltung ist ebenso schwierig vorauszusehen. Letztlich stellt sich auch die Frage von welchem Wert und welchem Nutzen die Rede ist, also wer diesen definiert. Auf der rein ökonomischen Ebene kommt der Werterhaltung zu Gute, dass von einem eher pfleglichen Umgang ausgegangen werden kann, da sich die BewohnerInnen nicht nur für die privaten Räumlichkeiten, sondern für das gesamte Haus samt Areal verantwortlich fühlen. Die Instandhaltung wird von den BewohnerInnen selbst durchgeführt. Die bereits im Bau vorgesehene Nutzerflexibilität in vielen Bereichen kann außerdem dafür sorgen, dass sich das Haus ändernden Bedürfnissen anzupassen vermag.

Soziale Durchmischung gelingt, wie bereits angeführt bei einigen Faktoren wie der Interkulturalität und des Alters ausgesprochen gut. Beim Bildungsstandard allerdings nicht. Ob eine möglichst hohe soziale Durchmischung der Nachhaltigkeit zuträglich ist, bleibt indes höchst umstritten.

8. Schluss

Das Ziel dieser Diplomarbeit war es neue Formen gesellschaftspolitischer Aktivitäten zu untersuchen. Als exemplarisches Untersuchungsobjekt hat dabei ein alternatives Wohnbauprojekt gedient, anhand dessen sich feststellen ließ, ob die TeilnehmerInnen die über das Projekt gesetzten Handlungen als politische verstünden und wenn dem so ist, welche Ziele dabei mit welchen Mitteln verfolgt würden. Demgegenüber sollten Rahmenbedingungen und Reaktionen von außen umrissen werden, um zu zeigen ob diese gesellschaftspolitischen Ansprüche auch Wirkmächtigkeit erlangen.

Anhand der geführten Interviews stellte sich heraus, dass gesellschaftspolitische Ansprüche eine tragende Rolle für die Befragten spielen. Diese sind dann individuell unterschiedlich gewichtet, es gibt aber eine feststellbare Linie. Zu den Zielen gehören das Leben in Gemeinschaft als Verbesserung sozialökologischer Problemlagen, eine interkulturelle und generationale Durchmischung, den Wohnraum der Spekulation zu entziehen, durch eine Alternativwährung die Effekte der konventionellen Währung zu modifizieren und Arbeit auf eine neue Art zu bewerten, ein höheres Maß basisdemokratischer Mitbestimmung, ein Umsteuern zu mehr „sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit“, und konkret ein niedrigerer Pro-Kopf Ressourcenverbrauch. Es gibt bisweilen unterschiedliche Einschätzungen welche Probleme drängender sind oder was unter Nachhaltigkeit denn genau zu verstehen sei, dennoch konnte man sich auf viele Maßnahmen einigen.

Neben den konkreten Maßnahmen im Projekt selbst, will man auch Impulse nach außen setzen indem man die Konzepte auf unterschiedlichen Ebenen bewirbt. Auch darüber gibt es aber projektintern ungeklärte Fragen, inwieweit die Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden darf, um nicht den Wohnort und das Projekt zu gefährden.

Die Analyse der inneren sozialen Struktur des WP-Wien diente dem Zweck zu zeigen, welche Inklusions- und Exklusionsprozesse es bei derartigen Projekten gibt und wie diese entstehen. Dabei wurde schnell deutlich, dass es eine hohe Inklusion gibt, was die Herkunft und das Alter betrifft und dadurch auch in diesen Bereichen eine beachtliche Durchmischung erreicht werden konnte. Gleichzeitig gibt es aber Exklusionsgründe, die nicht von der Hand zu weisen sind. Ein Faktor ist dabei der Bildungsgrad, der bei den

TeilnehmerInnen deutlich über dem Durchschnitt liegt. Des Weiteren sind beträchtliche finanzielle und zeitliche Ressourcen von Nöten. Daneben war es auch wichtig, dass ähnliche politische Einstellungen zu den Kernthemen vorhanden sind.

Die zweite wichtige Ebene waren die Rahmenbedingungen, vor allem die regionalen. Dabei ging es darum Interessen und Kräfteverhältnisse sichtbar zu machen, die bei einem Wohnbauprojekt eine wichtige Rolle spielen. Interessensgegensätze gibt es vor allem dort, wo Profitinteressen mit BewohnerInnenwünschen kollidieren, wie beispielsweise der Anteil von Grün- und Freiraum auf dem Entwicklungsgebiet Nordbahnhof auf dem das WP-Wien realisiert wird. Es gibt aber auch Möglichkeiten des Andockens bestehender Interessen, da sich innovative Wohnbauprojekte eignen um einem Standort zusätzliche Attraktivität zu verleihen und sich so auch bessere Preise im Umfeld erzielen lassen.

Sowohl von den Stellungnahmen der mittels qualitativer Leitfadeninterviews befragten ExpertInnen, als auch von den Reaktionen der Printmedien, die mit Hilfe einer Medienanalyse untersucht wurden, kann man ablesen, dass es ein überaus positives Feedback für das WP-Wien und vergleichbare Projekte gibt. Dabei kommen aber nur einige Aspekte zur Geltung. Solche, die besonders gesellschaftskritisch sind und emanzipatorische Wirkung beinhalten, werden kaum wahrgenommen und beworben und sind somit auch nicht in der Lage sich maßgeblich zu verbreiten.

Abschließend muss man auch feststellen, dass innovative Projekte, wie das WP-Wien zwar gewisse Trends anzeigen, speziell was technologische Standards betrifft, es aber weit stärkere Trends gibt, die dem Modell entgegenlaufen, wie ein stetig wachsender Pro-Kopf-Wohnraumbedarf²¹⁸. Insofern erscheint eine Minderung des Pro-Kopf Ressourcenbedarfs unter den derzeitigen Entwicklungen als unwahrscheinlich, zumal es paradoxerweise in vielerlei Hinsicht deutlich teurer ist weniger (schädliche) Ressourcen zu gebrauchen. Zusätzlich ist der Aufwand, der nötig ist um ein Leben mit einem geringeren Ressourceninput zu führen enorm hoch, wie auch das WP-Wien vorführt.

218 Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2012: S280.

Trotz alledem können Projekte wie das WP-Wien dazu dienen, sich mit vielen gesellschaftlich relevanten Themen auseinander zu setzen und um Raum für Experimente zu sein, deren Wert für die Zukunft sich erst über längere Zeiträume herausstellen wird können.

9. Literaturverzeichnis

9.1. Sekundärliteratur

Anna Zimmer: Urban Political Ecology: Theoretical concepts, challenges, and suggested future directions; In: Erdkunde Vol. 64 No.4 (2010).

Bericht der Synthesis Forschung: Der Bedarf an Neuversorgung mit Wohnraum – Trends und Prognosen 2000-2015 (Wien 2007).

BOaS - Büro für die Organisation angewandter Sozialforschung: Klima: aktiv-Sozialkapitalforschung (Wien 2008).

Bruno Latour: We have never been modern (1993).

Christian Heinisch: Medienanalyse: Methodik und Wertschöpfung; In: Wägenbauer, Thomas (Hg.): Medienanalyse: Methoden, Ergebnisse, Grenzen.(Baden-Baden 2007).

David Harvey: Justice, Nature and the Geography of Difference. (Oxford 1996).

David Harvey: The nature of environment: dialectics of social and environmental change; In: R. Miliband und L. Panitch (Hg): Real Problems, false Solutions. A special edition of the socialist register (London 1993).

Erik Swyngedouw, Nikolas C. Heynen: Urban Political Ecology, Justice and the Politics of Scale;In: Antipode Volume 35 Issue 5; (2004).

John Buck, Sharon Villines: We the People: Consenting to a Deeper Democracy, A Guide to Sociocratic Principles and Methods. (Washington, DC 2007).

Konrad Ott: Zu einer Konzeption „starker“ Nachhaltigkeit; In: M. Bobbert, M.Düwell & K. Jax (Hg.): Umwelt - Ethik – Recht (Tübingen 2003).

Michael Meuser, Ulrike Nagel: Expertinneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion (2005).

Nik Heynen, Maria Kaika, Erik Swyngedouw; In the nature of cities; (2005).

Paul Robbins: Political Ecology a critical introduction; (2004).

P.C. Mayer-Tasch: Was ist und wozu betreibt man Politische Ökologie; In: Politische Ökologie Eine Einführung (Opladen 1999).

P.C. Mayer-Tasch: Aus dem Wörterbuch der politischen Ökologie (München 1985).

Raymond Bryant, Sinéad Bailey: Third world political ecology (Abingdon 1997).

Rudolf Peterson: Ökologie der kompakten Stadt; In: Martin Wentz (Hg): Die kompakte Stadt (Frankfurt am Main 2000).

Sora Studie: Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Gemeinderatswahl (Wien 2010).

Studie Umweltbundesamt: Umweltbewusstsein in Deutschland 2010 – repräsentative Bevölkerungsumfrage (2010).

United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division. (2009).

Ursula Ferdinand: Das Malthusianische Erbe (Münster 1999).

9.1.1. Zeitschriften

Alexandra Rotter: Baugruppen suchen oft vergeblich nach Flächen; In: Das Wirtschaftsblatt (11.03.2011).

Joseph Gepp: Wohnst du noch oder lebst du schon? In: Der Falter (15.09.2010).

Maik Novotny: Erst reden, dann bauen; In: Der Standard (11.01.2012).

Petra Ramsauer: Gestalten, wohnen, leben; In: Die Presse (12./13.02.2011).

Ulrike Moser: Gemeinsam statt einsam; In: Der Trend (November 2011).

Ursula Horvarth: Gemeinsam wohnen, kochen, essen, spielen und arbeiten; In: Der Kurier (10.07.2010).

9.2. Internetquellen

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/> Zugriff: 21.9.2011

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/> Zugriff: 21.9.2011

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/neuerahmenbedingungen.pdf>
Zugriff 21.9.2011

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/vorgaben.pdf>
Zugriff 21.9.2011

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/nordbahnhof/pdf/planungsschritte.pdf>
Zugriff 21.9.2011

<http://www.wien.gv.at/umwelt/parks/anlagen/rudolf-bednar-park.html> Zugriff:
17.11.2011

<http://www.wien.gv.at/verwaltung/schulen/nordbahnhof.html> Zugriff: 17.11.2011

<http://www.wohnfonds.wien.at/html/lgsbwbartv.htm> Zugriff: 21.11.2011

<http://www.wohnfonds.wien.at/html/lgsbwbeurt.htm> Zugriff: 21.11.2011

<http://www.wohnfonds.wien.at/html/lgsbwbsicher.htm> Zugriff: 21.11.2011

<http://www.gbstern.at/> Zugriff 27. Oktober 2011

<http://www.wien.spoe.at/gerhard-kubik> Zugriff: 03.11.2011

<http://de.wikipedia.org/wiki/Leopoldstadt#Politik> Zugriff: 03.11.2011

<http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/ra10/pdf/05.pdf> Zugriff: 02.12.2011

<http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/ra10/pdf/13.pdf> Zugriff: 02.12.2011

http://www.enev-online.de/epbd/epbd_2010_tuschinski_novelle_eu_gebaeuderichtlinie.pdf Zugriff:
2.12.2011

9.3. Primärquellen

Auswertungstabelle Umfragebogen ProjektteilnehmerInnen vom 18.06.2011

Ausschreibungstext des Bauträgerauswahlverfahrens „Interkulturelles Wohnen“

Einreichungsunterlagen zum Bauträgerauswahlverfahren.

Gemeinderatsbeschluss über das städtebauliche „Leitbild Nordbahnhof“ (1994)

Internes Protokoll der AG Nachhaltigkeit vom 17.3.2011

Internes Arbeitsdokument des Themenkreises Soziokratie vom 18.4.2011

Internes Protokoll des AG Solidarität-treffens am 01.10.2011

Interviewprotokoll mit Heinz Feldmann

Interviewtranskript Madreiter vom 5.07.2011

Interviewtranskript Mlzech vom 6.07.2011

Interviewtranskript Förster vom 20.07.2011

Interviewtranskript Kubik vom 17.08.2011

Protokoll des Wohnprojekt-treffens am 30.06.2009

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2012

Transkription BewohnerInnenInterview 1 vom 14.05.2011

Transkription BewohnerInnenInterview 2 vom 19.05.2011

Transkription BewohnerInnenInterview 3 vom 8.06.2011

APPENDICES

APPENDIX A: CD-ROM MIT TRANSKRIPTIONEN UND PROTOKOLLEN

APPENDIX B Abstrakt

APPENDIX C Abstract

APPENDIX D Lebenslauf

Abstrakt

Anhand des Wohnprojektes Wien werden in dieser Arbeit neue politische Ausdrucksformen aufgezeigt. Es soll erörtert werden ob und inwiefern es sich bei dem gewählten Projekt um politökologische Praxis handelt. Es wurde anfänglich davon ausgegangen, dass dieses Projekt eher eine Ausnahme darstellt, trotz eines Trends zu mehr derartigen Praktiken. Dabei werden die Ziele und Umsetzungsstrategien beleuchtet, sowie deren politische Wirksamkeit.

Methodisch wurde vor allem auf qualitative Leitfadeninterviews zurückgegriffen, welche mit ProjektteilnehmerInnen und außenstehenden ExpertInnen durchgeführt wurden. Zusätzlich wurde eine Medienanalyse angefertigt, um öffentliche Reaktionen zu erörtern.

Im Laufe der Auswertung hat sich bewahrheitet, dass man beim Wohnprojekt Wien von politökologischer Praxis sprechen kann, dass es sich um eine Ausnahme handelt, und dass sich derzeit nur in beschränkten Bereichen politische Wirkung erzielen lässt.

Abstract (english)

This thesis seeks to demonstrate new forms of political expression based on an example of a residential building project named „Wohnprojekt Wien“. As a first step goals and strategies of this project were reviewed. This was followed by an analysis of the political effects. Furthermore it discussed whether the project could be viewed as a case of political-ecological practice. A hypothesis stated that it can be considered as such, but that this is a rather infrequent occurrence.

In order to answer the questions raised, qualitative Interviews have been conducted with both project participants and independent experts. With an additional media analysis the external political effects were analysed.

The research suggests that this project can be viewed as political-ecological practice, but has only very limited effects on the public and political sphere. Although there is a trend to more projects of this kind, they proved to be rather the exception than the norm.

LEBENS LAUF SIMON BÜCHLER

Persönliche Angaben

- Familienstand: ledig
- Staatsangehörigkeit: Österreich
- Geburtsdatum: 14. November 1984
- Geburtsort: Passau (D)

Ausbildung

Feb. 08 – Sept. 08	Auslandssemester an der Universidad de Buenos Aires, Argentinien
Okt. 05 – dato	Politikwissenschafts- und Romanistik-Studium (Spanisch) an der Uni Wien
Okt. – Nov. 03	Ausbildung zum Rettungssanitäter beim Landesverband Niederösterreich
1999 – 2003	AHS Sillgasse, Innsbruck (Tirol), Abschluss Reifeprüfung
1995 – 1999	Bundesgymnasium Klosterneuburg (NÖ)

Berufserfahrung

Aug 11 – dato	Vorstandsmitglied und laufende Projektbetreuung bei Verein SOL • Redaktionelle Mitarbeit bei Vereinszeitung • Gestaltung und Betreuung von verschiedenen Umweltbildungsprojekten (z.B.: Clean Euro, Wachstum im Wandel, Interkultureller Clean Euro) • Vereinsarbeit im Vorstand
Juli 10 – Juli 11	Praktikum und Projektmitarbeit bei FG SOL – Forschungsgesellschaft Solidarität, Ökologie und Lebensstil
Jan 10– Juni 10	Tätigkeit bei Porgy & Bess
Juli 09 – Nov. 09	Tätigkeit bei Va Piano Herrengasse
Jan. 07 – Juni 09	Freiberufliche Tätigkeit für die Mediengruppe Österreich GmbH
Feb. 05 – Juli 05	Aushilfe im Logistik und Vertriebsbereich Tätigkeit im Wettbüro, Fima Wettpunkt • Selbstständige Filialverwaltung • Wettannahme, Beratung • Abrechnung
Okt. 03 - Nov. 04	Zivildienst beim Roten Kreuz Klosterneuburg (NÖ)

Praktika und sonstige Aktivitäten

Nov. 03 – Jan. 06	Ehrenamtliche Tätigkeit beim Roten Kreuz Klosterneuburg (NÖ)
Aug. 2002	2-wöchiger Sprachaufenthalt in Pisa (Italien)
Juli 2002	Ferialpraxis in der Konditorei Munding, Innsbruck
Sept. 2001	Praktikum an der Universitätsklinik Innsbruck im Bereich Suchtforschung

Kenntnisse und Fähigkeiten

- Englisch (verhandlungssicher, in Wort und Schrift)
- Spanisch (fließend, in Wort und Schrift)
- Italienisch (Maturaniveau)
- PC-Anwenderkenntnisse (Power User): Word, Excel, PowerPoint, Internet Explorer, Outlook